

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

April 1956



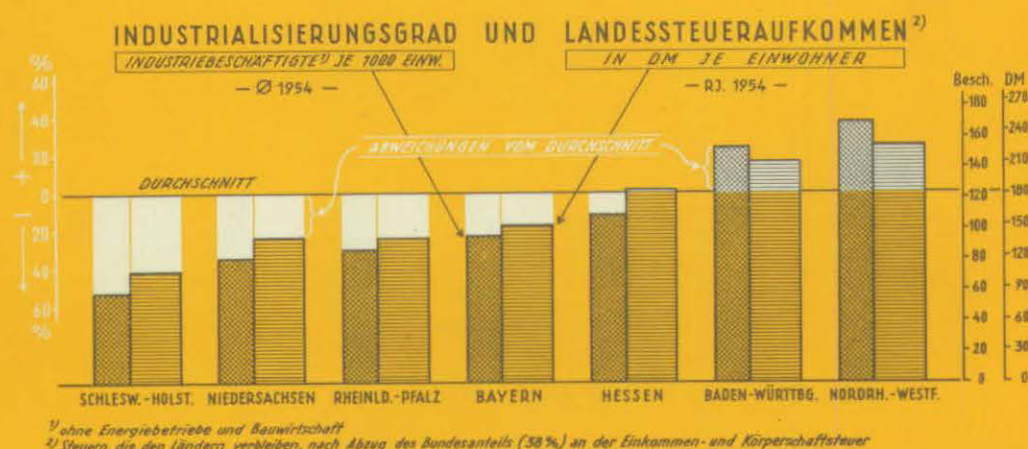
8. Jahrgang · Heft 4

Gesamtüberblick . . . . .	97	Kurzberichte	
Die Reserven des schleswig-holsteinischen Arbeitsmarktes . . . . .	99	Konkurse und Vergleichsverfahren in den Jahren 1954 und 1955 . . . . .	114
Die Schlüsselzuweisungen in den Rechnungsjahren 1950-1956 . . . . .	106	Die Wohnraumvergaben im Jahre 1955 . . . . .	116
Anbau und Ernte landwirtschaftlicher Zwischenfrüchte . . . . .	109	Wie finanzierten die deutschen Studierenden an der Christian-Albrechts-Universität Kiel ihr Studium im Wintersemester 1954/55? . . . . .	117
Über die Zuwachsraten der Stundenverdienste der Industriearbeiter . . . . .	112	Die Streiks in den Jahren 1952 bis 1955 . . . . .	118
		Die Finanzierungsmittel des Sozialen Wohnungsbaues im Jahre 1955 . . . . .	119

Graphik des Monats: „Der Vorsprung der Bundesländer vor Schleswig-Holstein“

nach Seite 112

Tabellenteil . . . . . 121



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel

# DIE ABWEICHUNGEN SCHLESWIG-HOLSTEINS VOM BUNDESDURCHSCHNITT

- in % -

Bezeichnung	Jahreszahlen <sup>1)</sup>					Vierteljahreszahlen <sup>1)</sup>				Monatszahlen			
	1950	Zeit	1953	1954	1955	Zeit/ Stand	1953	1954	1955	1955		1956	dagegen Januar 1955
			bzw. 1953/54	bzw. 1954/55	bzw. 1955/56		bzw. 1953/54	bzw. 1954/55	bzw. 1955/56	Nov.	Dez.	Jan.	
Wanderung je 1 000 Einwohner (Mobilitätsziffer)	+ 53		+ 42	+ 32		Juli- Sept.		+ 32	+ 12				
Vertriebene <sup>2)</sup> je 100 Einwohner	+ 95		+ 72	+ 64	+ 59	31.12.	+ 66	+ 61	+ 57				
Schüler <sup>3)</sup> je 10 000 Einwohner (Stand jeweils 1.5.)	+ 20 <sup>a)</sup>		+ 23	+ 20									
Ständig Beschäftigte in der Landwirtschaft <sup>4)</sup> je 1 000 Einwohner	- 26 <sup>b)</sup>		- 10 <sup>c)</sup>	- 5 <sup>d)</sup>									
Beschäftigte in d. Industrie <sup>2)</sup> je 1 000 Einwohner	- 59	Dez.- Nov.	- 53	- 51		Sept.- Nov.	- 53	- 51	- 50	- 50	- 50		
Industriearbeiter (männliche Facharbeiter) Wochenarbeitszeit	- 0,2 <sup>e)</sup>					Nov.	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,6				
Bruttostundenverdienst	- 6,0 <sup>e)</sup>					Nov.	- 3,2	- 3,7	- 2,2				
Bruttowochenverdienst	- 6,2 <sup>e)</sup>					Nov.	- 1,1	- 2,6	- 0,7				
Beschäftigte Arbeitnehmer je 1 000 Einwohner (Stand jeweils 31.3.)	- 19,4		- 16,6	- 16,0	- 15,8								
Arbeitslose <sup>2)</sup> je 100 Arbeitnehmer	+ 145	März- Febr.	+ 101	+ 97	+ 122	Dez.- Febr.	+ 84	+ 98	+ 114	+ 176	+ 149	+ 111	+ 86
Dauerarbeitslose je 100 Arbeitnehmer (Stand jeweils 31.8.)	+ 458		+ 241	+ 207	+ 272								
Pkw und Lkw Bestand (jeweils am 1.7.) je 1 000 Einwohner	- 28		- 15	- 13	- 10								
Zulassungen <sup>5)</sup> je 1 000 Einwohner	- 34	Febr.- Jan.	- 17	- 13	- 18	Nov.- Jan.	- 12	- 12	- 20	- 12	- 24	- 27	- 27
Spareinlagen <sup>2)</sup> je Einwohner	- 38	Febr.- Jan.	- 34	- 31	- 32	Nov.- Jan.	- 33	- 31	- 32	- 31	- 32	- 32	- 32
Landessteuern <sup>6)</sup> je Einwohner	- 49	Dez.- Nov.	- 44	- 46		Sept.- Nov.	- 48	- 44	- 46	- 41	- 48	- 41	- 31
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital je Einwohner	- 37		- 43	- 41	- 40	Okt.- Dez.	- 45	- 40	- 33				
Umsatzsteuer <sup>7)</sup> je Einwohner	- 34	Dez.- Nov.	- 37	- 38		Sept.- Nov.	- 34	- 37	- 37	- 41	- 38	- 36	- 33
In der offenen Fürsorge lfd. unterstützte Personen <sup>8)</sup> je 100 Einwohner	+ 29		+ 45	+ 55		30.6.	+ 40	+ 56	+ 52				

1) Kursivzahlen = rollende Jahres- bzw. Vierteljahreszahlen 2) bei Jahres- und Vierteljahreszahlen 0 des angegebenen Zeitraumes 3) in allgemeinbildenden Schulen 4) einschl. ständig beschäftigter Betriebsinhaber 5) fabrikneuer Fahrzeuge 6) einschl. Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 7) einschl. Umsatzausgleichsteuer 8) Bestand am Ende des angegebenen Zeitraumes a) 1951 b) Stand: 22. 5. 1949 c) Sommerhalbjahr 1953 d) Sommerhalbjahr 1954 e) September 1950

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

April 1956



8. Jahrgang · Heft 4

## Gesamtüberblick



### ZAHL DER BESCHÄFTIGTEN UM 6 % GESTIEGEN

Am 31. 3. 1956 wurden in Schleswig-Holstein 676 700 beschäftigte Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte und Beamte) gezählt. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich diese Zahl um 38 600 = 6 % (März 1955 gegenüber März 1954 nur + 12 000 = + 2 %). Die Zunahme war am stärksten im Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe (+ 15 000), in der Eisen- und Metallverarbeitung (+ 9 100) und im Handel, Geld- und Versicherungswesen (+ 6 600).

Im Bund erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in der gleichen Zeit um 6,6 %.

Mit insgesamt 96 300 Arbeitslosen waren Ende März in Schleswig-Holstein noch 12,5 % aller Arbeitnehmer erwerbslos (Bund: 5,5 %). Zur gleichen Zeit des Vorjahres waren es 120 200 (15,8 %).



### BEGINN DER FRÜHJAHR- BELEBUNG IN DER INDUSTRIE

Die Industriebeschäftigung nahm im März erstmalig seit Oktober 1955 wieder zu. Der Umsatz überstieg im März zum zweiten Male nach dem Kriege 400 Mio DM. Die Produktion wies – mit Ausnahme der Verbrauchsgüterindustrien – steigende Tendenz auf, und der Produktionsindex für die Gesamtindustrie (ohne Bau) überschritt das Vorjahresniveau um 11 %.



### SPRUNGHAFTER ANSTIEG DER BAUTÄTIGKEIT

Mit dem Einsetzen der milden Witterung wurden die Bauarbeiten im Hoch- und Tiefbau wieder voll aufgenommen. Die Belegschaften haben sich im März mehr als verdop-

pelt, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden war um rund die Hälfte höher als im März des Vorjahres.

### VERLÄNGERTE BAUZEITEN

Von den im Jahre 1955 fertiggestellten Wohnungen wurden nur etwa 7 % in einer Bauzeit (Zeitraum zwischen Baugenehmigungs- und Baufertigstellungsdatum) bis zu 6 Monaten erstellt. Der weitaus grössere Teil der Wohnungsfertigstellungen, rund 47 %, benötigte eine Bauzeit von 12 bis zu 18 Monaten. 27 % der Wohnungen wurden in 6 bis zu 12 Monaten erbaut, während 19 % zur Fertigstellung sogar 18 und mehr Monate brauchten.

Die Bauzeit<sup>1)</sup> der fertiggestellten Wohnungen  
in den Jahren 1953 bis 1955  
– in % der Gesamtzahl –

Länge der Bauzeit	1953	1954	1955
bis zu 6 Monaten	12	8	7
6 " " 12 "	33	29	27
12 " " 18 "	40	46	47
18 Mon. und darüber	16	18	19

<sup>1)</sup> Zeitraum zwischen Baugenehmigungs- und Baufertigstellungsdatum

Wie die Tabelle zeigt, ergibt ein Vergleich mit den Vorjahren Anhaltspunkte dafür, dass sich die durchschnittliche Bauzeit in den Jahren 1953 bis 1955 verlängert hat.



### PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG GESTIEGEN

Der Preisindex für die Lebenshaltung hat sich im März um 1 % auf 174,7 (1938 = 100) erhöht; er liegt damit um 3,5 % höher als im gleichen Monat des Vorjahres (168,8). Der Anstieg

wurde fast ausschliesslich durch Preiserhöhungen für pflanzliche und tierische Nahrungsmittel verursacht.



### HÖHERE VERDIENSTE DER INDUSTRIEARBEITER

Von Februar 1955 bis Februar 1956 ist der Stundenverdienst der Industriearbeiter (Durchschnitt aller Arbeiter- und Gewerbegruppen) von 1,65 DM auf 1,81 DM gestiegen (+ 9,6 %). Damit hat sich auch der Wochenverdienst – trotz Rückganges der wöchentlichen Arbeitszeit von 50,2 auf 48,8 Stunden – von 82,84 DM auf 88,19 DM (+ 6,5 %) erhöht. Der durchschnittliche Wochenlohn der Männer ist um 6,5 % auf 99,82 DM, derjenige der Frauen um 4,1 % auf 54,69 DM gestiegen.



### ERHÖHTER WARENVERKEHR MIT BERLIN (WEST)

Im Jahre 1955 wurden in Schleswig-Holstein aus Berlin (West) Waren im Werte von 59 Mio DM bezogen. Es handelt sich dabei vor allem um Erzeugnisse der Elektrotechnik (19 Mio DM) und des Maschinenbaues (14 Mio DM). Die Lieferungen nach Berlin (West) hatten einen Wert von 238 Mio DM, darunter waren allein für 125 Mio DM Erzeugnisse der Warengruppe Fleisch- und Fischverarbeitung und für 35 Mio DM Erzeugnisse der Landwirtschaft.

Gegenüber 1954 hat der Wert der Bezüge um zwei Drittel und der Wert der Lieferungen um ein Viertel zugenommen.



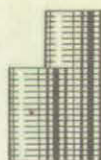
### 20 TÖDLICHE VERKEHRSUNFÄLLE IM MÄRZ

Bei 1 246 Strassenverkehrsunfällen wurden im März 20 Personen getötet und 672 verletzt. Gegenüber März 1955 ist die Zahl der Unfälle um 5 % zurückgegangen. Die Schwere der Unfälle hat dagegen zugenommen: die Zahl der Verletzten stieg um 13 % und die der Unfalltoten erhöhte sich von 12 auf 20.



### WENIGER VERSORGBERECHTIGTE KRIEGSBESCHÄDIGTE UND -HINTERBLIEBENE

Die Zahl der von den Versorgungsämtern anerkannten Versorgungsfälle nach dem Bundesversorgungsgesetz hat sich weiter vermindert. Sie betrug am 31. 12. 1955 rund 197 300 gegenüber 210 300 am 31. 12. 1954. Die Zahl der Kriegsbeschädigten ging um 3 %, die der Hinterbliebenen um 7 % zurück.



### SPAREINLAGEN JE EINWOHNER UM 21 % GESTIEGEN

Der Bestand an Spareinlagen je Einwohner erhöhte sich in Schleswig-Holstein von Ende 1954 bis Ende 1955 um 21 % auf 266 DM. Die entsprechende Zunahme im Bund betrug 22 %; hier kamen am 31. 12. 1955 im Durchschnitt auf jeden Einwohner 390 DM an Spareinlagen.



### MEHR STUDENTEN AN DER CHRISTIAN-ALBRECHTS-UNIVERSITÄT

An der Christian-Albrechts-Universität in Kiel waren im Wintersemester 1955/56 2 086 Studierende immatrikuliert, darunter 198 Ausländer. Die Gesamtzahl der Studierenden ist damit gegenüber dem Wintersemester 1954/55 um 172 (9 %) gestiegen.



### WENIGER NEUERKRANKUNGEN AN INFektionsKRANKHEITEN

Im Jahre 1955 war die Zahl der Neuerkrankungen bei den meisten meldepflichtigen Infektionskrankheiten geringer als im Vorjahr. Neben der Lungen- und Kehlkopftuberkulose kamen Neuerkrankungen an den Kinderkrankheiten Scharlach und Keuchhusten wie stets am häufigsten vor.

Meldepflichtige Krankheiten	Zahl der gemeldeten Neuerkrankungen		
	1953	1954	1955
Diphtherie	609	466	207
Scharlach	3 160	3 232	2 722
Keuchhusten	4 165	2 572	2 237
Lungen- u. Kehlkopf-Tbc <sup>1)</sup>	6 151	5 824	4 969
Tbc anderer Organe	939	743	743
Kinderlähmung	451	73	78
Unterleibstypus	289	225	284
Paratyphus	341	244	202

*1) Ein zeitlicher Vergleich ist nur bedingt möglich, da die Zahl der gemeldeten Neuerkrankungen stark von der Durchführung periodischer Röntgenreihenuntersuchungen abhängt*

### ZAHLE DER TBC-FÜRSORGEFÄLLE GESUNKEN

Von den Gesundheitsämtern wurden am 31. 12. 1955 rund 29 100 Tbc-Fürsorgefälle betreut (31. 12. 1954: rund 31 300). Auf 10 000 Einwohner kamen Ende 1955 128 Tbc-Fürsorgefälle gegenüber 136 Ende 1954. Damit hat sich der seit 1950 festgestellte Rückgang der Tbc-Fürsorgefälle weiter fortgesetzt.

# Die Reserven des schleswig-holsteinischen Arbeitsmarktes

— Eine zusammenfassende Betrachtung der Vorausberechnung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der Entwicklung der Zahl der Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein —

Schleswig-Holstein ist immer noch das Land des Bundes, das die höchste Arbeitslosigkeit aufweist. Die Arbeitslosigkeit hat in Schleswig-Holstein — besonders in den Wintermonaten — noch einen sehr bedenklich hohen Stand. Rund 17 % aller Arbeitnehmer waren im Februar 1956 ohne Beschäftigung. Andere Länder des Bundes befinden sich demgegenüber schon seit längerer Zeit in einem Zustand der Vollbeschäftigung.

Zur Linderung dieser durch den Krieg hervorgerufenen Notlage ist die Landesregierung in Schleswig-Holstein zwei verschiedene Wege gegangen: Sie hat einerseits durch Umsiedlungen versucht, den Bevölkerungsdruck zu verringern und hat andererseits die Schaffung neuer Arbeitsplätze gefördert. Es steht fest, dass die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren zu einem erheblichen Teil dadurch reduziert worden ist, dass arbeitsfähige Bevölkerungsteile durch Umsiedlungsmassnahmen in die Länder geleitet wurden, in denen günstigere Möglichkeiten für die Beschaffung von Arbeit vorhanden sind. Auf diese Weise konnten Tausende von Vertriebenen schnell in ein Dauerarbeitsverhältnis überführt werden; ihre langjährige Notlage in Schleswig-Holstein wurde damit endgültig beseitigt. Inzwischen werden jedoch in Schleswig-Holstein bereits in einigen Gebieten und in einigen Wirtschaftsbereichen Arbeitskräfte — insbesondere Facharbeiter — knapp. Es sind daher Stimmen laut geworden, die ein Abstoppen der Umsiedlungsmassnahmen fordern.

Wenn auch in Schleswig-Holstein die Schaffung neuer Arbeitsplätze besondere Schwierigkeiten bereitet, so sind doch in den letzten Jahren auf diesem Gebiete bedeutende Fortschritte erzielt worden. Während die Landwirtschaft von Jahr zu Jahr weniger familienfremde Arbeitskräfte beschäftigte, war in den gewerblichen Berufen eine stetige Zunahme der Zahl der Dauerarbeitsplätze zu verzeichnen, die den Rückgang bei den Landarbeitskräften mehr als ausglich, so dass im ganzen gesehen die Beschäftigtenzahl in Schleswig-Holstein von Jahr zu Jahr weiter anstieg.

Es stellt sich heute die Frage, wie lange es noch dauern wird, bis das Arbeitskrätereservoir des Landes, bei einer Fortführung der Expansion der schleswig-holsteinischen gewerblichen Wirtschaft in dem Ausmass der letzten Jahre, erschöpft sein wird. Zu welchem Zeitpunkt wird also Schleswig-Holstein den bereits in anderen Ländern des Bundes zu verzeichnenden Zustand der Vollbeschäftigung erreichen unter der Voraussetzung, dass die Entstehung neuer Arbeitsplätze wie in den letzten drei bis vier Jahren weiter voranschreitet.

In einer zusammenfassenden Betrachtung der Bevölkerungsstatistiken und Bevölkerungsvorausberechnungen sowie der Ergebnisse der Arbeitsmarktstatistik soll im Nachstehenden versucht werden, zu diesen Fragen einige Grössenordnungen zu vermitteln, die zur Beurteilung der heutigen Situation als Grundlage benötigt werden.

Die Ergebnisse der weiter unten im einzelnen dargestellten Überlegungen sind zusammengefasst folgende:

1. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer hat im Durchschnitt der Jahre 1951 bis 1954 — trotz bedeutender Umschichtungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft — jährlich um etwa 15 000 zugenommen. Die Zunahmen zum saisonalen Beschäftigungshöchststand im Herbst waren noch erheblich höher. Die Beschäftigungszunahme 1955 war jedoch weitaus stärker als die der genannten 3 Jahre.

2. Der Zugang von Arbeitnehmern aus dem Kreis der bisher nicht Erwerbstätigen hat sich in den letzten Jahren in kleinen Grenzen gehalten. Er hat jedoch im Jahre 1955 einen bedeutenden Umfang angenommen.

3. Unter der Annahme, dass Schleswig-Holstein durch Abwanderungen keine Bevölkerung verliert, also Abwanderung und Zuwanderung sich zahlenmässig aufheben, ist allein aus den demographischen Verhältnissen bis Ende 1958 mit einer Zunahme der Arbeitnehmerzahl um knapp 30 000 zu rechnen. Diese Zunahme würde allerdings aufgehoben werden, wenn die gesetzlich vorgesehenen Umsiedlungskontingente innerhalb dieser Zeitspanne voll abgewickelt werden.

4. Das in den Arbeitslosen zur Verfügung stehende Arbeitskräftepotential schwankt in seinem Umfang im Beschäftigungsrhythmus des Jahres, jedoch standen im Saisonhöhepunkt der Beschäftigung 1955 mindestens noch 26 000 vermittlungsfähige Arbeitskräfte und etwa 10 000 Kräfte aus dem Kreis der als nicht voll vermittlungsfähig bezeichneten Kräfte zur Verfügung — insgesamt also mindestens 35 000 Personen. In den Wintermonaten ist darüber hinaus noch eine erhebliche zusätzliche Arbeitskraftreserve vorhanden.

5. Bei programmgemässer Fortsetzung der Umsiedlungsmassnahmen verbleiben, bei einer Gesamtbetrachtung, im Lande zum Zeitpunkt der saisonalen Höchstbeschäftigung nur noch so viele unbeschäftigte Arbeitskräfte, dass sich der wirtschaftliche Aufbau im Tempo der Jahre 1951 bis 1954 für kaum zwei weitere Jahre aufrechterhalten lässt. Als zusätzliche Elastizitätsreserve kommen die aus dem Kreis der bisher nicht erwerbstätigen Bevölkerung neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Arbeitskräfte hinzu.

Die Betrachtungen, die zu den vorstehenden Ergebnissen führten, sind von der unrealistischen Voraussetzung ausgegangen, dass die Arbeitskräfte in Schleswig-Holstein völlig frei beweglich sind. Dass dies sicher nicht zutrifft, ergibt sich schon aus der regional oft sehr unterschiedlichen Arbeitslosigkeit. Mit wachsender Verbesserung der Wohnverhältnisse sinkt die Bereitschaft, einen Wohnortwechsel durchzuführen, auch dann, wenn an anderen Orten günstigere Erwerbsmöglichkeiten geboten werden. Wenn im Zeitpunkt der Höchstbeschäftigung im Herbst noch rund 35 000 zusätzliche Arbeitskräfte vorhanden sind, so sind diese nicht immer an den Plätzen verfügbar, an denen sie benötigt werden. Das bedeutet also, dass die Massnahmen der inneren Umsiedlung schon in absehbarer Zeit wirksam werden müssen, um das Tempo der Beschäftigungszunahme der letzten Jahre zu erhalten.

Die Auswirkungen, die mit dem Aufbau der Bundeswehr zu erwarten sind, können nur in grober Form in die Betrachtung einbezogen werden. Wegen der noch bestehenden Ungewissheit über Umfang und Zeitpunkt der Belastungen kann hier nur eine Grössenordnung genannt werden:

Unter der Voraussetzung, dass die Streitkräfte eine Gesamtstärke von 500 000 Mann erreichen sollen, entfallen auf Schleswig-Holstein — entsprechend seinem Bevölkerungsanteil von 4,5 % — rund 23 000 Mann. Hinzuzurechnen wären die Kräfte, die die Bundeswehr durch ihre

zusätzliche Nachfrage nach Ausrüstungs- und Versorgungsgütern sowie Dienstleistungen in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft beansprucht.

In den folgenden Ausführungen wird gezeigt, welche Gedankengänge und Berechnungen zu diesen hier vorangestellten Ergebnissen geführt haben. Es soll versucht werden, Vorstellungen über die Tendenzen und Grössenordnungen der Entwicklungen auf dem schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt zu geben und diese mit den Tendenzen, die von der demographischen Seite zu erwarten sind, in Verbindung zu bringen. Damit wird auch die Ausgangssituation gezeigt, wie sie sich jetzt zum Beginn des Kräftebedarfs der Bundeswehr darstellt.

### Zunahme der Beschäftigtenzahl und der Rückgang der Arbeitslosenzahl in den letzten Jahren

Die starken Schwankungen der Beschäftigten- und Arbeitslosenzahlen und die Abhängigkeit verschiedener Stichzahlen der Arbeitsmarktstatistik von Zufälligkeiten am jeweiligen Erhebungstichtag machen es dem Benutzer oft nicht leicht, zu einem wirklichen Eindruck von dem Umfang der Beschäftigtenzahlen zu gelangen. Es soll daher versucht werden, einen zusammenfassenden Überblick über die Grö-

ssenordnungen des Wachstums der Beschäftigung in Schleswig-Holstein und der Veränderungen der Arbeitslosenzahlen in den letzten Jahren zu geben.

Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer, die in den zurückliegenden Jahren durch die Arbeitsmarktstatistik vierteljährlich ausgewiesen wird, hat, nachdem sie von der Währungsreform bis etwa 1951 abnahm, seither fast stetig zugenommen. Über den Umfang dieser Zunahme werden häufig unterschiedliche Zahlen genannt. Die Differenzen in diesen Aussagen ergeben sich bei relativ stark schwankender Beschäftigung im Verlauf eines Jahres durch eine unterschiedliche Wahl der Stichtage. Oft wird auch in der irrtümlichen Annahme, dass die Zahl der Beschäftigten unmittelbar nach der Währungsreform ihren Tiefstand erreicht hätte, mit 1948 oder 1949 verglichen. Der Rückgang der Beschäftigten hielt jedoch, insbesondere durch die Abnahme der Zahl der familienfremden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft bedingt, noch bis in das Jahr 1951 an. Vorwiegend wird der 30. 9. zu Vergleichen herangezogen. Dieser Termin fällt nahezu mit dem Höchststand der Beschäftigung zusammen: Die Bauwirtschaft läuft auf vollen Touren, in der Landwirtschaft ist die Hackfruchternte im Gange und die Fertigwarenfabrikation ist mit der Weihnachtsproduktion beschäftigt.

Tab. 1 Beschäftigte Arbeitnehmer - in 1 000 -

Jahr	Stichtag								Jahresdurchschnitt zum 31. 12. <sup>1)</sup>	
	31. 3.		30. 6.		30. 9.		31. 12.		insgesamt	Zu- (+) bzw. Abnahme (-)
	insgesamt	Zu- (+) bzw. Abnahme (-)	insgesamt	Zu- (+) bzw. Abnahme (-)	insgesamt	Zu- (+) bzw. Abnahme (-)	insgesamt	Zu- (+) bzw. Abnahme (-)		
1949	653	- 55	649	- 17	655	- 5	621	- 13	629	- 6
1950	598	+ 4	632	- 1	650	- 17	608	- 6	623	- 6
1951	602	- 3	631	+ 3	633	+ 20	602	+ 2	617	+ 15
1952	599	+ 27	634	+ 23	653	+ 14	604	+ 17	632	+ 13
1953	626	0	657	+ 14	667	+ 16	621	s + 21	645	+ 16
1954	626	+ 12	671	s + 25	683	+ 33	s 642	s + 19	661	s + 29
1955	638	+ 39	s 696	...	716	...	661	...	s 690	...
1956	677	...	...	...	...	...	...	...	...	...

1) Stichtagsdurchschnitt der Vierteljahresendstände am 30. 6., 30. 9., 31. 12., 31. 3., 30. 6.

In der Tabelle 1 sind die jährlichen Zunahmen der Zahlen der beschäftigten Arbeitnehmer zu den verschiedenen Stichtagen dargestellt. Besonders auffällig ist hier die Zunahme vom September 1954 zum September 1955. Die Tabelle lässt erkennen, wie sich die Beschäftigtenzunahme immer stärker auf die zweite Hälfte des Jahres verlagert hat.

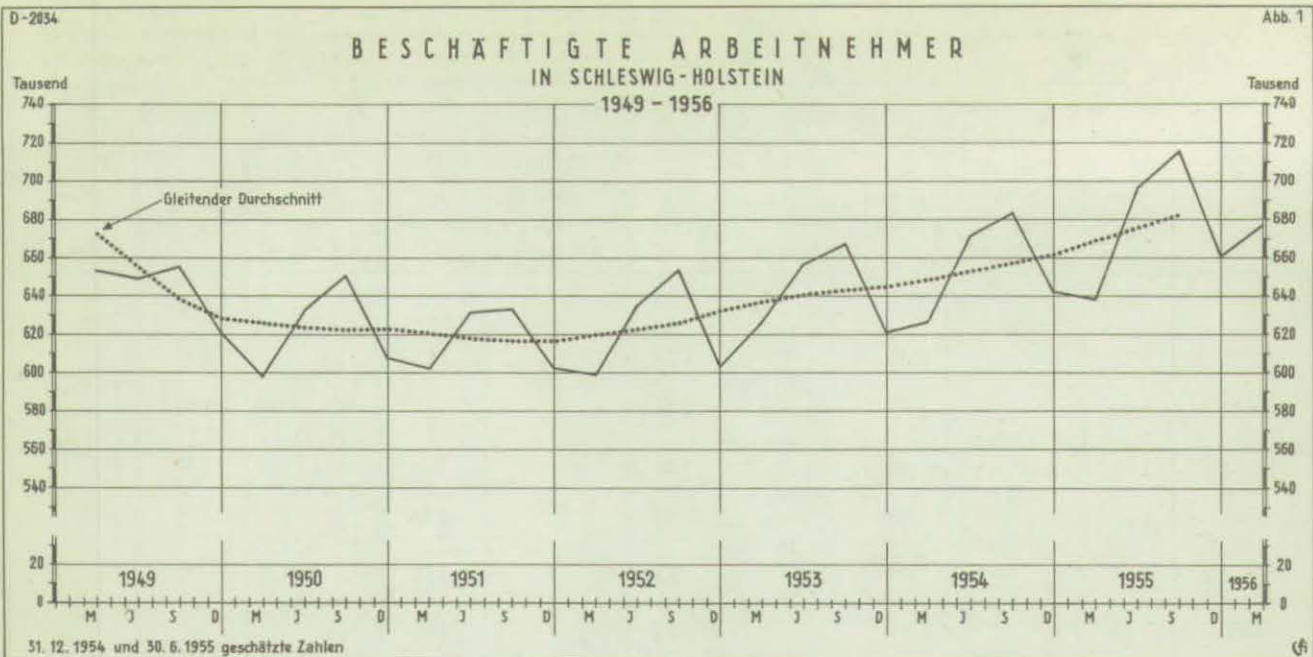
Die auf den jeweils 31. 12. bezogenen Durchschnitte über ein Jahr ergaben für die drei Jahre 1951 bis 1954 eine Zunahme von insgesamt rund 44 000 beschäftigten Arbeitnehmern, pro Jahr also durchschnittlich 14 700.

Die in den Juni- und September-Stichtagen im Jahre 1955 erreichten Beschäftigungszunahmen liegen jedoch weit über den entsprechenden Zunahmen der Vorjahre, so dass auch die Zuwachsrate des Jahresdurchschnitts wesentlich höher als die der drei vorangegangenen Jahre liegen wird.

Tab. 2 Beschäftigte Arbeitnehmer

Stichtag	beobachtete Zeit	Zahl der Jahre	Zunahme insgesamt in 1 000	im Jahresdurchschnitt in 1 000
31. 3.	1951 - 1954	3	+ 24	+ 8,1
30. 6.	1951 - 1954	3	+ 40	+ 13,3
30. 9.	1951 - 1954	3	+ 50	+ 16,7
31. 12.	1951 - 1954*	3	+ 40	+ 13,3
Jahresdurchschnitt				
31. 12.	1951 - 1954	3	+ 44	+ 14,7

\*) geschätzte Zahlen verwendet



Die Tabelle 2 fasst die Veränderungen der Beschäftigtenzahlen in den Jahren 1951 bis 1954 zu den verschiedenen Zählungstichtagen zusammen. Es zeigt sich, dass die auf der Basis des Jahresdurchschnitts gewonnene Zunahme zwischen den Septembertageswerten und den übrigen Durchschnittswerten, jedoch etwas näher bei letzteren liegt.

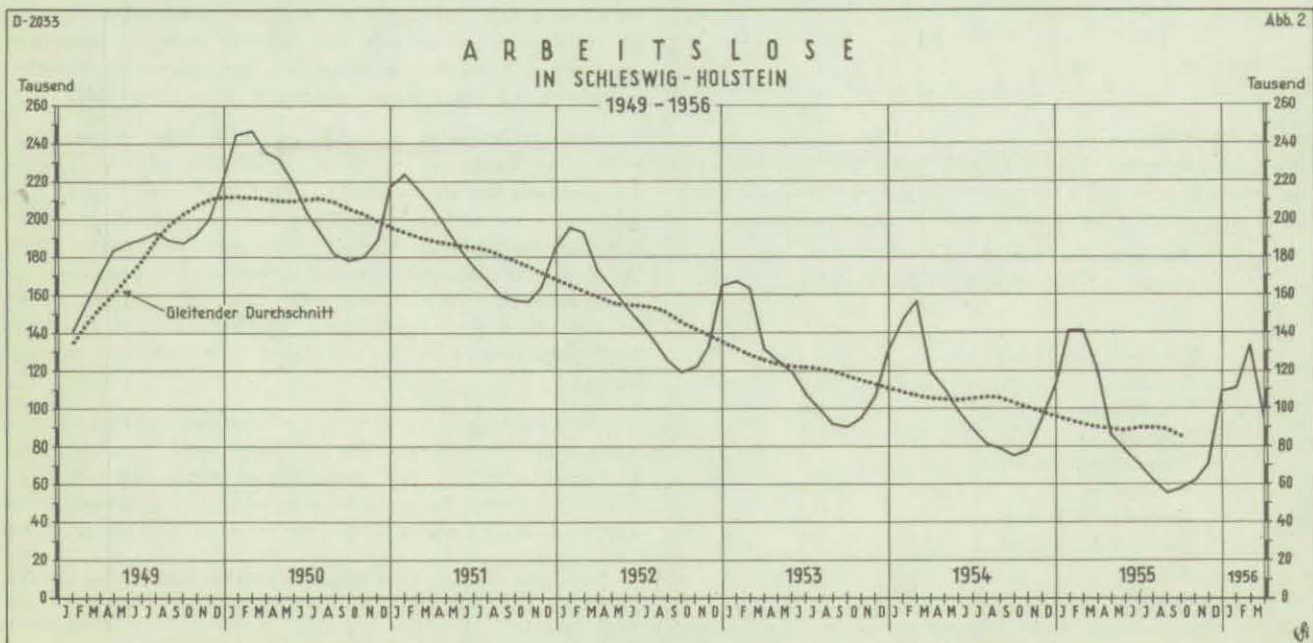
Bei der Messung des Rückganges der Arbeitslosigkeit treten die gleichen Schwierigkeiten wie bei der Beurteilung der Beschäftigtenzahlen auf. Ein Vergleich der Arbeitslosenzahlen gleicher Stichtage zeigt, dass diese Zahlen besonders stark von den Zufälligkeiten der jeweiligen Stichtage abhängen. Bei der Wahl des Stichtages 30. 9. erhalten wir wegen der Höhe der herbstlichen Beschäftigungsspitze ein zu günstiges Bild. Die oft lange Periode der Winterarbeitslosigkeit vieler Arbeitnehmer findet hierbei keine Berücksichtigung. Die übrigen Stichtage spiegeln dagegen oft zufällige saisonbedingte Einflüsse wider. Es wurden deshalb nicht nur die Veränderungen zu den üblichen Stichtagen, sondern auch Jahresdurchschnitte berechnet. Der

jährliche Rückgang der Arbeitslosigkeit, gemessen an verschiedenen Stichtagen, ergibt sich aus Tabelle 3.

Die Zahl der Arbeitslosen erreicht in jedem Jahre Ende Januar oder Februar ihren Höhepunkt. Sie fällt dann bis zum Herbst ab und steigt dann wieder steil zum Höhepunkt an.

Derjenige Teil der Arbeitnehmer, der in den Wintermonaten für mehr oder weniger lange Zeit seinen Arbeitsplatz aufgeben und seinen Lebensunterhalt durch Unterstützungen vom Arbeitsamt bestreiten muss, ist in den letzten Jahren immer grösser geworden.

Diese saisonbedingten Beschäftigungsunterschiede sind zum grossen Teil auf das Gewicht der Landwirtschaft und der Ernährungsindustrie, des Fremdenverkehrs-, des Baugewerbes, der Notstandsarbeiten und zum Teil auch auf das der Textilindustrie in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft zurückzuführen. So müssen diese jahreszeitlichen Schwankungen der Beschäftigung wohl als typisches Attribut der heutigen schleswig-holsteinischen Wirtschaft be-



Tab. 3

Arbeitslose – in 1 000 –

Jahr	Stichtag								Jahres- durchschnitt zum 31. 12. <sup>1)</sup>	
	31. 3.		30. 6.		30. 9.		31. 12.			
	ins- gesamt	Zu- (+) bzw. Ab- nahme (-)	ins- gesamt	Zu- (+) bzw. Ab- nahme (-)	ins- gesamt	Zu- (+) bzw. Ab- nahme (-)	ins- gesamt	Zu- (+) bzw. Ab- nahme (-)	ins- gesamt	Zu- (+) bzw. Ab- nahme (-)
1949	170		189		187		221		213	
		+ 65		+ 14		- 9		- 4		- 17
1950	235		203		178		217		196	
		- 28		- 28		- 21		- 32		- 27
1951	207		175		157		185		169	
		- 35		- 29		- 38		- 20		- 33
1952	172		146		119		165		136	
		- 41		- 39		- 29		- 35		- 24
1953	131		107		90		130		112	
		- 12		- 18		- 15		- 17		- 15
1954	119		89		75		113		97	
		+ 1		- 19		- 18		- 4		...
1955	120		70		57		109		...	
		- 24		...		...		...		...
1956	96		...		...		...		...	

1) Stichtagsdurchschnitt der Vierteljahresendstände am 30. 6., 30. 9., 31. 12., 31. 3., 30. 6.

Tab. 4 Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen

	Rückgang vom Winter- maximum zum Herbst- minimum	Zunahme vom Herbst- minimum zum Winter- maximum	Jährliche Abnahme vom Arbeitslosen- minimum des einen Jahres zu dem des folgenden
	in 1 000		
1951	- 67	+ 38	- 38
1952	- 76	+ 48	- 29
1953	- 77	+ 66	- 15
1954	- 81	+ 66	- 20
1955	- 86		

trachtet werden.

Die nachstehenden Zahlen zeigen, dass die Schwankungen zwischen Winter- und Herbstbeschäftigung in Schleswig-Holstein grösser sind als in allen anderen Bundesländern.

Abnahme der Zahl der Beschäftigten \*)  
am 29. 2. 1956 gegenüber 30. 9. 1955  
in %

Schleswig-Holstein	- 11
Hamburg	- 3
Niedersachsen	- 10
Bremen	- 3
Nordrhein-Westfalen	- 5
Hessen	- 8
Rheinland-Pfalz	- 10
Baden-Württemberg	- 5
Bayern	- 9

\*) Weiterschätzung der Beschäftigtenzahl vom 31. 12. 1955 unter der Annahme gleichbleibender Arbeitnehmerzahl und Berücksichtigung der Zunahme der Arbeitslosenzahl

#### Die Veränderungen des Arbeitskräftepotentials seit 1950

Die Entwicklung des Bestandes an Arbeitskräften hängt zum wesentlichen Teil davon ab, wie sich Umfang und altersmässige Zusammensetzung des für die Erwerbstätigkeit geeigneten Bevölkerungsteils verändern. Diese Einflüsse fasst man allgemein unter der Bezeichnung "demographische Gründe" zusammen, denen eine Reihe wirtschaftlicher und verschiedener soziologischer Ursachen, die wir zusammenfassend als "nichtdemographische Gründe" bezeichnen wollen, gegenüberstehen.

Für die Veränderungen der Zahl der Erwerbspersonen aus demographischen Gründen ist der jeweilige Altersaufbau der Bevölkerung von beherrschendem Einfluss. Die durch Weltkriegsverluste und Geburtenausfälle in ihrem Gefüge gestörte Alterspyramide kann allein schon die Ursache für recht erhebliche Schwankungen der Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung sein, wenn z.B. relativ stark besetzte Jahrgänge aus dem Berufsleben ausscheiden und schwache Geburtsjahrgänge ins Berufsleben nachrücken oder umgekehrt.

Die heutige Situation ist gekennzeichnet durch einen zu erwartenden Rückgang der Nachwuchskräfte als eine Folge der geringen Geburtenziffern in den Kriegs- und Nachkriegsjahren, denen zudem geringfügig anwachsende Abgangsziffern aus den höheren Altersgruppen gegenüberstehen. Doch ist z. Z. die Zahl der aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Personen noch kleiner als die Zahl der Neuzugänge, so dass – ohne Berücksichtigung der Wanderung – bis etwa 1959 ansteigende Zahlen der Erwerbspersonen zu erwarten sind<sup>1)</sup>.

Es wird im Folgenden versucht werden, ausgehend von den demographisch bedingten Veränderungen und den Zahlen der Gesamtentwicklung der vorhandenen Arbeitskräfte, durch Differenzbildung die Grössenordnungen des Einflusses dieser Ursachen zu ermitteln und für die zurückliegenden Jahre

1) siehe hierzu auch: "Die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis zum 1.1.1969 und der Erwerbspersonen bis zum 1.1.1960" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 7. Jahrgang, Heft 9, Seite 303.



die tendenzielle Entwicklung zu kennzeichnen.

Da die Bevölkerungszahl jährlich nach Geschlecht und Alter fortgeschrieben wird, lässt es sich errechnen, wieviel Personen jeweils im erwerbsfähigen Alter stehen. Geht man von der Voraussetzung aus, dass sich die Erwerbsbeteiligung in den einzelnen Altersjahrgängen – d.h. die Erwerbsquoten – nicht verändert hat, so kann man für jeden Fortschreibungsstichtag mit den festen Erwerbsquoten eine Erwerbspersonenzahl errechnen, die dann lediglich auf Veränderungen im Altersaufbau beruht und alle Veränderungen der Erwerbsquoten selbst ausklammert. Wenn man nun diese Rechenwerte mit den tatsächlich ermittelten Zahlen vergleicht, so bieten die Differenzen eine Vorstellung über den Umfang der Veränderungen der Beteiligung der Bevölkerung am Arbeitsprozess, die nur auf "nichtdemographische Gründe" zurückzuführen sind.

Da die Arbeitsmarktstatistik nur Zahlen der beschäftigten und arbeitslosen Arbeitnehmer, also nicht die zu der Gesamtheit der Erwerbspersonen gehörigen Selbständigen und Mithelfenden, feststellt, mussten die Berechnungen auf die Arbeitnehmer beschränkt bleiben. Aus der Berufszählung des Jahres 1950 ist die Erwerbsquote auch der Arbeitnehmer für einzelne Altersklassen bekannt. Diese Quoten wurden nun auf die fortgeschriebene Wohnbevölkerung der folgenden Jahre bezogen und auf diese Weise die demographisch bedingten Veränderungen in der Arbeitnehmerzahl errechnet. Diese Rechnung führte zu folgenden Ergebnissen:

Rückgang der Zahl der Arbeitnehmer aus demographischen

Gründen	im Jahre 1951	- 36 000
	1952	- 15 000
	1953	- 20 000
	1954	- 2 000

Demgegenüber wurden durch die Arbeitsmarktstatistik folgende Veränderungen der Gesamtzahl der Arbeitnehmer<sup>2)</sup> ermittelt:

	im Jahre 1951	- 34 000
	1952	- 17 000
	1953	- 12 000
	1954	+ 2 000

Daraus ergeben sich rein rechnerisch folgende Veränderungen in der Arbeitnehmerschaft, die auf nichtdemographische Gründe zurückzuführen sind:

	im Jahre 1951	+ 2 000
	1952	- 2 000
	1953	+ 8 000
	1954	+ 4 000

Die Berechnungen sind mit einer Reihe von Unsicherheitsfaktoren belastet und können keinesfalls als ganz genau angesehen werden. Beide Statistiken, die diesen Berechnungen zu Grunde liegen – die Bevölkerungsfortschreibung und auch die Statistik der Beschäftigten und Arbeitslosen – sind mit gewissen Ungenauigkeiten behaftet. Hinzu treten die Schwierigkeiten und Probleme, die mit der Durchschnittsberechnung zusammenhängen. Ausserdem wäre die Fluktuation zwischen unselbständigen Arbeitnehmern einerseits und Selbständigen und Mithelfenden andererseits mit zu be-

Tab. 5 Arbeitnehmer – in 1 000 –

	Arbeitnehmer ohne mithelfende Familienangehörige nach der Fortrechnung der Zahl der Erwerbspersonen <sup>1)</sup> der Berufszählung vom 13. 9. 1950		Arbeitnehmer (nach der Arbeitsmarktstatistik) Durchschnitt für die Zeit vom 30. 6. – 30. 6.		Veränderung durch nichtdemographische Gründe (Sp. 4-Sp. 2)
	absolut	Veränderung gegenüber Vorjahr	absolut	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	1	2	3	4	
	männlich				
31. 12. 1950	553		563		
1951	528	- 25	538	- 25	-
1952	517	- 11	526	- 12	- 1
1953	503	- 14	516	- 10	+ 4
1954	501	- 2	514	- 2	-
	weiblich				
31. 12. 1950	240		256		
1951	229	- 11	247	- 9	+ 2
1952	225	- 4	242	- 5	- 1
1953	220	- 5	240	- 2	+ 3
1954	219	- 1	244	+ 4	+ 5
	insgesamt				
31. 12. 1950	793		819		
1951	757	- 36	785	- 34	+ 2
1952	742	- 15	768	- 17	- 2
1953	722	- 20	756	- 12	+ 8
1954	720	- 2	758	+ 2	+ 4

1) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren

2) unter Verwendung von Jahresdurchschnitten

rücksichtigen. Die Berechnungen dürften uns aber auf jeden Fall gewisse Vorstellungen über die Grössenordnungen geben und auf diese sollte es hier nur ankommen. Die Gesamtzunahme des Arbeitnehmerpotentials bewegte sich danach in den Jahren von 1951 bis Ende 1954 durchschnittlich in einer Grössenordnung von mindestens 10 000 – 15 000. Die Tabelle 5, in der die bei den Arbeitnehmern aufgetretenen Veränderungen getrennt nach Geschlechtern nachgewiesen sind, zeigt, dass besonders Frauen in den letzten Jahren zusätzlich in den Arbeitsprozess aufgenommen wurden (siehe Spalte 5).

Im Jahre 1955 wurde jedoch ein überraschend starker Zustrom von bisher nicht erwerbstätigen Personen beobachtet. Die Zählung zum Stichtag 31.12.1955 ergab in Schleswig-Holstein eine Zahl von 661 000 Beschäftigten. Zur gleichen Zeit wurden 109 000 Arbeitslose gezählt, so dass also am 31.12.1955 770 000 Arbeitnehmer registriert waren; im Dezember des Vorjahres waren es rund 755 000, innerhalb des Jahres 1955 hat also die Zahl der Arbeitnehmer um 15 000 zugenommen. Diese Zahl entspricht in etwa dem zu erwartenden Zuwachs an Arbeitnehmern durch das bereits erwähnte Nachrücken stärkerer Jahrgänge ins Berufsleben unter der Voraussetzung, dass sich die Bevölkerungszahl des Landes durch Wanderungen nicht verändert hat. Nach der Wanderungsstatistik ist jedoch im Jahre 1955 ein Wanderungsverlust von rund 17 000 Erwerbspersonen<sup>3)</sup> zu verzeichnen gewesen. Da sich jedoch trotz dieses Verlustes an Erwerbspersonen durch Abwanderung die Arbeitnehmerzahl noch um 15 000 erhöht hat, muss dieser Wanderungsverlust von Arbeitskräften von einem ihm in der Grössenordnung entsprechenden Zustrom von Arbeitskräften aus dem Kreis der bisher Nichtberufstätigen ersetzt worden sein<sup>4)</sup>. Hierbei wird es sich zu einem grossen Teil um Frauen handeln. Die starke Zunahme der Beschäftigung von Frauen im Handel und auch in der verarbeitenden Industrie gibt hierfür einen Hinweis. Ob nun allerdings diese neu ins Erwerbsleben Getretenen dauernd in Beschäftigung bleiben, muss abgewartet werden.

#### Der Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Abwanderung von Arbeitskräften

Ein Rückgang der Arbeitnehmerzahl muss sich unter der Voraussetzung, dass die Zahl der besetzten Arbeitsplätze gleichbleibt, selbstverständlich in einer entsprechenden Verringerung der Arbeitslosenziffer auswirken. Gleichfalls verringert sich bei gleichbleibender Zahl von Arbeitnehmern bei einer Zunahme der Beschäftigten die Arbeitslosenziffer entsprechend und bei einer Zunahme der Gesamtzahl der Arbeitnehmer wird sich die Arbeitslosenziffer bei gleichbleibender Beschäftigtenzahl erhöhen.

Versucht man diese Zusammenhänge für Schleswig-Holstein zahlenmässig zu erfassen, um eine grobe Vorstellung über die in den Jahren von 1951 bis Ende 1954 vor sich gegangenen Veränderungen zu geben, so erhält man das in der folgenden Übersicht (Tabelle 6) wiedergegebene Bild.

Die Zahlen zeigen, dass die Abnahme der Arbeitslosenziffer in den genannten Jahren zu einem Drittel auf die Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer und zu etwa zwei Drittel auf demographische Gründe – also vorwiegend auf die Abwanderungen – zurückzuführen ist.

3) dagegen Wanderungsverlust an Erwerbspersonen:  
1951: 43 000      1953: 38 000  
1952: 35 000      1954: 21 000

4) Auch hier kann nur eine Grössenordnung vermittelt werden. Wegen der verschiedenen nicht zu vermeidenden Erhebungsfehler der benutzten Statistiken und wegen des jahreszeitlich ungleichmässigen Eintritts der Neuberufstätigen in das Erwerbsleben ist eine exakte Bestimmung dieser Zahl nicht möglich.

Tab. 6  
Der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen 1951 – 1954

	insges.	männlich	weiblich
	in 1 000		
1. Errechneter Rückgang der Arbeitnehmer aus demographischen Gründen	73	52	21
2. Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer	38	23	15
3. Zunahme der Arbeitnehmer aus nicht-demographischen Gründen	12	3	9
4. Abnahme der Zahl der Arbeitslosen (1. + 2. - 3.)	99	73	26

#### Die weitere Entwicklung der Zahl der Arbeitnehmer

Nach der im Statistischen Landesamt im Jahre 1955 durchgeführten Bevölkerungsvorausberechnung<sup>5)</sup> wird sich die Zahl der Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren wie folgt entwickeln:

Ende 1955	1 512 000*
1956	1 500 000
1957	1 495 000
1958	1 491 000
1959	1 497 000

\* ) tatsächliches Ergebnis

Die Zahl der Arbeitnehmer würde sich dann unter der Annahme, dass die Arbeitnehmerquoten der Berufszählung 1950 bestehen bleiben – d.h. aus rein demographischen Gründen – in den nächsten Jahren jeweils gegenüber dem Vorjahr wie folgt ändern:

im Jahr 1956	+ 1 000
“ “ 1957	+ 1 000
“ “ 1958	+ 6 000
“ “ 1959	+ 3 000

Diesen Bevölkerungsvorausberechnungen, die Anfang 1955 durchgeführt wurden, liegt die Annahme zugrunde, dass die z.Z. gesetzlich geregelten Umsiedlungskontingente in der vorgesehenen Höhe in den Jahren bis Ende 1957 voll abgewickelt werden. Aus den obigen Zahlen ist zu ersehen, dass auch hierbei das Arbeitskräftepotential bis 1957 leicht und von 1958 an etwas stärker steigen wird. Wenn jedoch die Umsiedlungskontingente nicht in vollem Masse oder – wie es sich heute schon abzeichnet – später abgerufen werden, kann bereits in den Jahren 1956 und 1957 mit einem entsprechenden Anwachsen der Arbeitnehmerzahl gerechnet werden. Um hierüber zu einer Vorstellung zu kommen, wurde eine zu erwartende Arbeitnehmerzahl errechnet, die keinerlei Abwanderungen berücksichtigt. Unter diesen Umständen würde im Jahre 1956 eine Zunahme von rund 14 000 auftreten und in den Jahren 1957 und 1958 Zunahmen von 9 000 bzw. 8 000, insgesamt also bis Ende 1958 mindestens 30 000.

#### Verwendbarkeit der Arbeitslosen

Über die noch in der Zahl der Arbeitslosen des Landes ruhende Reserve an brauchbaren Arbeitskräften bestand län-

5) siehe "Die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis zum 1.1.1969 und der Erwerbspersonen bis zum 1.1.1960" a. a. O. Seite 102

gere Zeit völlige Unklarheit. Einige Sondererhebungen des Landesarbeitsamtes über die Arbeitsverwendbarkeit der Arbeitslosen haben hier wertvolle Einblicke ermöglicht.

Die Feststellung der Arbeitsverwendbarkeit ist nicht ganz ohne Problematik. Massgebend für die Einordnung in die eine oder andere Kategorie sollen nur die persönlichen Voraussetzungen des Arbeitslosen sein, die örtliche Arbeitsmarktlage darf keine Berücksichtigung finden. Es dürfte jedoch feststehen, dass Personen, die in einem Gebiet mit grosser Arbeitslosigkeit wegen fortgeschrittenen Alters, gewisser gesundheitlicher Schäden oder geringer beruflicher Fähigkeiten nicht in Arbeit vermittelt werden können, in Gebieten, in denen Arbeitskräftemangel herrscht, noch gute Beschäftigungsmöglichkeiten finden. Es ist daher recht schwer, von diesen Umständen bei der Beurteilung der Vermittlungsfähigkeit ganz zu abstrahieren. Auf jeden Fall hat sich gezeigt, dass auch in Schleswig-Holstein bei steigendem Arbeitskräftebedarf ein nicht unerheblicher Teil der vorher als beschränkt oder nicht vermittlungsfähig bezeichneten Arbeitslosen einige Zeit später Beschäftigung erhielt.

Bei einer von den Arbeitsämtern zum Stichtag 30. 4. 1955 durchgeführten Sondererhebung<sup>6)</sup> wurden von

insgesamt 86 000 Erwerbslosen  
42 000 als im Beruf voll vermittlungsfähig

bezeichnet. Der Anteil der Vollvermittlungsfähigen war bei den Männern grösser als bei den Frauen. Diese Feststellung erfolgte zu einem Zeitpunkt verhältnismässig hoher Arbeitslosigkeit. Inzwischen ist hiervon ein recht grosser Teil in ein vielleicht oft nur vorübergehendes Beschäftigungsverhältnis gekommen.

Die Arbeitsämter haben dann erneut zum Stichtag 15. 10. 1955, also zu einem Zeitpunkt, der dem der jahreszeitlichen Höchstbeschäftigung wesentlich näher liegt, eine neue Erhebung ähnlich der vom 30. 4. 1955 durchgeführt. Im Oktober 1955 wurden nunmehr bei einer Zahl von insgesamt 59 400 Arbeitslosen 26 000 vollvermittlungsfähige Arbeitslose gezählt, davon waren 14 000 Männer und 12 000 Frauen. Die Zahl der vermittlungsfähigen Männer ist in der Zeit vom 1. 4. bis 15. 10. 1955 um rund 13 000 zurückgegangen. Die Zunahme der Beschäftigtenzahl, die für diesen Zeitraum mit rund 25 000 angenommen wird, kann also nur zu einem Teil aus dem Bestand der am 30. 4. als vermittlungsfähig Bezeichneten gedeckt worden sein. Auf der einen Seite sind, wie es die durch die Arbeitsmarktstatistik ermittelten Zahlen der registrierten Arbeitnehmer zeigen, im Oktober 1955 6 000 männliche Arbeitnehmer mehr registriert worden, was auf einen entsprechenden Nettozugang von Kräften, die bisher ausserhalb der erwerbstätigen Bevölkerung standen, hinweist<sup>7)</sup>. Darüber hinaus werden aber etwa 6 000 bis 7 000 Männer, die am 30. 4. als nicht vollvermittlungsfähig bezeichnet worden waren, im Oktober ebenfalls Arbeit gefunden haben.

Bei den Frauen war der Zustrom neuer Arbeitskräfte mit etwa 9 000 in der fraglichen Zeit stärker als bei den Männern. Die Zahl der als vermittlungsfähig bezeichneten Frauen hat in der Spanne von April bis Oktober nur um 4 000 ab-

genommen. Wenn die Zahl der weiblichen Arbeitslosen in der Zeit vom 1. 4. bis 15. 10. um rund 7 000 abnahm, so ist dies ein Anhalt dafür, dass mindestens noch weitere 3 000 Frauen aus dem Kreis der am 1. 4. 1955 als nicht vollvermittlungsfähig Bezeichneten im Oktober beschäftigt waren.

Diese Überlegungen zeigen, dass auch in dem Kreis der als nicht vollvermittlungsfähig bezeichneten Personen noch eine wichtige Reserve an Arbeitskräften ruht.

Zu den am 15. 10. 1955, einem Zeitpunkt relativ hohen Beschäftigungsstandes, als vollvermittlungsfähig gezählten 26 000 Personen kann daher noch ein Teil der übrigen 33 000 Arbeitslosen gerechnet werden. Man wird nicht zu hoch greifen, wenn man hier mit mindestens einem Drittel rechnet, so dass für den Arbeitsmarkt auch zum Zeitpunkt der Saisonhochbeschäftigung im Jahre 1955 noch mindestens 35 000 brauchbare Arbeitslose zur Verfügung gestanden haben dürften.

Diese Gesamtzahlen können allerdings über das örtliche Kräfteangebot an den Stätten des wirklichen Bedarfs nichts aussagen. Es zeigt sich jedoch auch aus diesen Zahlen, dass der Umsiedlung innerhalb des Landes mit einer Annäherung an die Vollbeschäftigung steigende Bedeutung zukommt.

Die hohe Winterarbeitslosigkeit bedeutet eine nicht unerhebliche Belastung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. In der Zahl der Winterarbeitslosen steckt jedoch auf der anderen Seite ein beträchtliches Arbeitskräftereservoir, aus dem noch für einige Jahre hinaus Dauerarbeitsplätze besetzt werden könnten.

Expandierende Betriebe sehen sich in den Wintermonaten noch einem im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet recht guten Angebot von Arbeitskräften gegenüber. Am 29. 2. 1956 waren zum Beispiel insgesamt 77 000 Arbeitslose gemeldet, die nicht zu den saisonabhängigen Aussenberufen gehörten. Das waren 20 000 (15 000 männliche und 5 000 weibliche) Erwerbslose mehr als am 30. 9. 1955. Wenn auch ein Teil dieser Arbeitslosen in der einen oder anderen Form indirekt von der Beschäftigung in den Aussenberufen abhängig ist, so gehört hierzu doch eine Reihe durchaus qualifizierter Kräfte, die ohne weiteres für eine Dauerbeschäftigung zu verwenden wäre.

Der evidente Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Arbeitnehmerzahl und der Entwicklung der Bevölkerungszahl lenkt die Aufmerksamkeit auf die Wanderungen über die Landesgrenzen, da diese in den letzten Jahren den Rückgang der Bevölkerungszahl verursacht haben. Bestimmend für den Wanderungsverlust war jedoch die staatlich gelenkte Umsiedlung. Der Wanderungsverlust durch die sogenannte freie Wanderung – das sind die Wanderungen ausserhalb der Umsiedlungsmassnahmen – wurde zum grössten Teil wieder durch Zuwanderungen nach Schleswig-Holstein ausgeglichen. In einer früheren Arbeit<sup>8)</sup> ist gezeigt worden, dass die Zu- und Abwanderungen ausserhalb der Umsiedlung in ihrem Umfang in den letzten Jahren verhältnismässig stetig geblieben sind<sup>9)</sup>, so dass man annehmen kann, dass auch nach Auslaufen der Umsiedlungsmassnahmen kein bedeutender Bevölkerungsverlust mehr eintreten wird. Ein evtl. geringfügiger Wanderungsverlust dürfte durch den weiteren Geburtenüberschuss ausgeglichen werden.

Wie jedoch oben dargestellt wurde, wird auch eine vollständige Abwicklung der vorgesehenen Umsiedlungen keinen Rückgang der Arbeitnehmerzahlen zur Folge haben. Werden aber die Umsiedlungskontingente nicht voll erfüllt, so wird auch

6) H.-P. Kühl: Die soziologische Schichtung der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein. Informationsdienst der Landesregierung Schleswig-Holstein, Jahrgang 3, Nr. 21/22, Seite 162.

7) Wie oben erwähnt, liegt der Bevölkerungsvorausberechnung die Tatsache zu Grunde, dass die gesetzlich festgelegten Umsiedlungskontingente in den Jahren bis 1957 abgewickelt werden. Da aber der Umfang der Umsiedlung bereits 1955 nicht das vorgeschätzte Ausmass annahm, dürfte auch der für 1955 geschätzte Rückgang der Arbeitnehmerzahl um rund 3 000 (männliche - 2 000, weibliche - 1 000) nicht eingetreten sein. Man kann annehmen, dass in der Zahl der Arbeitnehmer im Jahre 1955 aus demographischen Gründen keine bedeutenden Veränderungen eingetreten sind.

8) "Die Umsiedlung im Jahre 1954". Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 7. Jahrgang, Heft 7, Seite 262 ff.

9) Diese Beobachtung ist auch für 1955 wieder bestätigt worden.

die Arbeitnehmerzahl in entsprechender Relation steigen. Das bedeutet dann, dass auch im gleichen Umfang für neue Arbeitsplätze im Lande gesorgt werden muss bzw. dass bei entsprechender konjunktureller Lage neue Arbeitsplätze besetzt werden können.

Vorerst liegt das Hauptreservoir an Arbeitskräften im Kontingent der Arbeitslosen; wir haben es für den Zeitpunkt der Höchstbeschäftigung mit 35 000 beziffert. Hiernach würde das bisherige Wirtschaftswachstum mit einer jährlichen Mindestanforderung von über 15 000 Arbeitskräften noch nicht zwei Jahre durchgehalten werden können. Sollte sich jedoch die Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität im gleichen Umfang wie im vergangenen Jahr fortsetzen, so werden die heute sichtbaren Reserven des Arbeitsmarktes noch schneller aufgezehrt sein. Den Reserven aus dem Kreis der z.Z. noch nicht Erwerbstätigen kommt dann verstärkte Bedeutung zu. Die Aktivierung der noch vorhandenen Kräftereserve setzt jedoch eine kräftige Erhöhung der Mobilität der Arbeitskräfte im Lande voraus. Ohne staatliche Hilfsmassnahmen wird sich also die schleswig-holsteinische Wirtschaft in den Sommer- und Herbstmonaten bald einem hemmenden Arbeitskräftemangel gegenübersehen. Die Arbeitgeber werden in den nächsten Jahren gezwungen sein, die Anforderungen

an die Qualität der Arbeitsplatzbewerber, besonders in bezug auf Alter und berufliche Vorbildung, weiter zurückzuschrauben, ein Vorgang, der im industriellen Zentrum des Bundes bereits stattgefunden hat. Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird immer mehr aus dem Kreis der heute nicht erwerbstätigen erwachsenen Bevölkerung, also in erster Linie durch Frauen gedeckt werden müssen. Hier dürften in Schleswig-Holstein noch wesentliche Reserven liegen.

Die Besonderheit der Situation in Schleswig-Holstein wird noch für einige Jahre darin liegen, dass im Sommer und Herbst fast Vollbeschäftigung erreicht wird, während im Winter bemerkenswerte Arbeitslosigkeit herrschen wird. In dem Masse, in dem zusätzliche neue Dauerarbeitsplätze geschaffen und durch einen Arbeitskräfteaustausch innerhalb des Landes besetzt werden, wird es schwieriger werden, den Spitzenbedarf an Arbeitskräften im Herbst zu decken. Die bereits von der Landwirtschaft und auch der Bauwirtschaft her bekannten Schwierigkeiten werden sich in Zukunft verstärken. Aus diesem Grunde werden Investitionen auf dem industriellen Sektor parallel laufen müssen mit einer weiteren Technisierung der Arbeitsgänge in der saisonabhängigen Land- und Bauwirtschaft.

Dipl.-Volksw. G. Muske

## Die Schlüsselzuweisungen in den Rechnungsjahren 1950-1956

Eine Darstellung der allgemeinen Schlüsselzuweisungen und ihrer Entwicklung in einem grösseren Zeitraum für sich allein ist unbefriedigend, denn um die Bedeutung dieser Zahlungen beurteilen zu können, müssen sie im Rahmen des gesamten gemeindlichen Haushalts und der im gleichen Zeitraum sich ändernden Aufgaben- und Lastenverteilung gesehen werden<sup>1)</sup>. Im folgenden kann nur kurz auf diese an sich bedeutsamen Änderungen eingegangen werden; ebenso ist eine eingehendere Behandlung der Schlüsselzuweisungen im Rahmen der Haushaltsrechnungen nur bis zum Rechnungsjahr 1954 möglich, da nur bis zu diesem Rechnungsjahr die für diese Untersuchungen notwendigen Ergebnisse der Gemeindefinanzstatistik vorliegen.

Die Schlüsselzuweisungen haben sich in ihrer Höhe von 27,3 Mio DM im Rechnungsjahr 1950 auf 27,7 Mio DM im Rechnungsjahr 1954 nicht nennenswert verändert. Sie stiegen allerdings im Rechnungsjahr 1951 um 15 % und im Jahre 1952 nochmals um 1 %, sanken jedoch 1953 um 14 % bzw. 4,4 Mio DM<sup>2)</sup>. Von 1953 auf 1954 stiegen sie dann wieder geringfügig um ½ Mio DM.

Die Bedeutung der Schlüsselzuweisungen für die kommunalen Gebietskörperschaften lässt sich gut an der Relation

1) So spielen in diesem Zusammenhang z. B. die zweckgebundenen Zuweisungen eine grosse Rolle; im Rechnungsjahr 1950 sind den kommunalen Gebietskörperschaften im ordentlichen Haushalt 64,7 Mio DM und im ausserordentlichen Haushalt 14,6 Mio DM zur Verfügung gestellt worden, gegenüber 59,7 Mio DM im ordentlichen Haushalt und 32,6 Mio DM im ausserordentlichen Haushalt im Rechnungsjahr 1954 (Die Zuweisungen vom Bund sind in dieser Summe mit enthalten). Trotz gleichbleibender Schlüsselzuweisungen sind die zweckgebundenen Zuweisungen also um 16,4 % gestiegen.

2) Allein 4 Mio DM dieser Kürzung sind darauf zurückzuführen, dass die kreisfreien Städte und Landkreise vom 1. 4. 1953 ab in dieser Höhe keine Polizeikostenbeiträge mehr leisten müssen.

3) Nach dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein für das Rechnungsjahr 1952 vom 9. April 1953 wurde unter anderem der Hauptsatz für die Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern von 70 % im Rechnungsjahr 1952 auf 80 % im Rechnungsjahr 1953 und nach dem Gesetz vom 25. Mai 1955 auf 95 % im Rechnungsjahr 1955 erhöht.

zwischen Schlüsselzuweisung und Zuschussbedarf veranschaulichen. Tabelle 1 zeigt, dass einmal infolge geänderter gesetzlicher Grundlage<sup>3)</sup>, zum anderen infolge der unterschiedlichen Entwicklung des Gemeindesteueraufkommens die kleineren Gemeinden von Jahr zu Jahr höhere Schlüsselzuweisungen erhielten.

Der Anteil dieser Zuweisungen am Zuschussbedarf erhöhte sich bei den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern von 14 % im Rechnungsjahr 1950 auf 20 % im Rechnungsjahr 1954. Auch bei den Gemeinden mit 1 000 bis unter 2 000 Einwohnern stieg der Anteil, allerdings nicht mehr in dem Masse wie bei den kleinsten Gemeinden. In allen anderen Gemeindegrössenklassen ging der Anteil der Schlüsselzuweisungen am Zuschussbedarf zurück, und zwar bei den Gemeinden mit 2 000 bis unter 10 000 Einwohnern geringfügig, stark dagegen bei den kreisfreien Städten. Dies ist nicht allein eine Folge der nach Gemeindegrössenklassen unterschiedlichen Entwicklung der Schlüsselzuweisungen – absolut sanken die Schlüsselzuweisungen vom Rechnungsjahr 1950 bis 1954 lediglich in den Gemeinden von 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern sowie in den kreisfreien Städten –, sondern auch auf den sich unterschiedlich entwickelnden Zuschussbedarf zurückzuführen. Dieser stieg insbesondere in den kreisfreien Städten stark an (Rechnungsjahr 1950 bis Rechnungsjahr 1954 um 58 % bzw. 34,3 Mio DM), obwohl infolge der Übernahme der Polizeikosten durch das Land eine Entlastung des Zuschussbedarfes der kreisfreien Städte von rund 1,8 Mio DM eintrat. Bei den Landkreisen ernässigte sich der Zuschussbedarf aus demselben Grund um 2,2 Mio DM. Andererseits war die Verlagerung der Schlüsselzuweisungen auf die kleineren Gemeinden ausser durch Änderung des Gesetzes auch dadurch bedingt, dass sich das Steueraufkommen in den grösseren Gemeinden günstiger entwickelte als in den ländlichen Gemeinden, veranlasst durch das schnell steigende Aufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital. Bekanntlich steigt die finanzielle Bedeutung dieser Steuer mit wachsender Gemeindegrössenklasse (der Anteil der Gewerbesteuer betrug im Rechnungsjahr 1954 bei den Ge-

Tab. 1 Zuschussbedarf und Schlüsselzuweisungen der kommunalen Gebietskörperschaften nach Gemeindegrößenklassen<sup>1)</sup> in den Rechnungsjahren 1950 – 1954

Größenklassen	1950			1951			1952			1953			1954		
	Zu-	Schlüs-	Schlüs-	Zu-	Schlüs-	Schlüs-	Zu-	Schlüs-	Schlüs-	Zu-	Schlüs-	Schlüs-	Zu-	Schlüs-	Schlüs-
	s-	sel-	sel-	s-	sel-	sel-	s-	sel-	sel-	s-	sel-	sel-	s-	sel-	sel-
	chuss-	zu-	zu-	chuss-	zu-	zu-	chuss-	zu-	zu-	chuss-	zu-	zu-	chuss-	zu-	zu-
	bedarf	wei-	wei-	bedarf	wei-	wei-	bedarf	wei-	wei-	bedarf	wei-	wei-	bedarf	wei-	wei-
		sungen	sungen		sungen	sungen		sungen	sungen		sungen	sungen		sungen	sungen
		in %	in %		in %	in %		in %	in %		in %	in %		in %	in %
		des Zu-	des Zu-		des Zu-	des Zu-		des Zu-	des Zu-		des Zu-	des Zu-		des Zu-	des Zu-
		schuss-	schuss-		schuss-	schuss-		schuss-	schuss-		schuss-	schuss-		schuss-	schuss-
		bedarfs	bedarfs		bedarfs	bedarfs		bedarfs	bedarfs		bedarfs	bedarfs		bedarfs	bedarfs
		in Mio	in Mio		in Mio	in Mio		in Mio	in Mio		in Mio	in Mio		in Mio	in Mio
		DM	DM		DM	DM		DM	DM		DM	DM		DM	DM
Kreisangehörige Gemein-															
den mit															
weniger als 1 000 Einw.	10,0	1,4	14	10,9	1,5	14	11,0	1,9	17	12,3	2,8	23	13,2	2,7	20
1 000 b.u. 2 000 Einw.	7,7	1,3	17	7,6	1,4	18	8,5	1,5	18	9,4	2,0	21	9,6	2,0	21
2 000 " 5 000 "	8,5	1,6	19	8,8	1,8	20	10,5	2,1	20	11,3	2,0	18	12,0	2,1	18
5 000 " 10 000 "	13,0	1,7	13	14,1	2,0	14	16,3	2,1	13	17,9	2,2	12	18,4	2,2	12
10 000 " 20 000 "	9,6	0,9	9	11,2	1,3	12	13,8	1,1	8	14,2	0,8	6	14,7	0,7	5
20 000 und mehr "	14,6	1,7	12	16,2	2,3	14	19,1	2,2	12	19,0	2,0	11	20,1	1,9	9
Kreisfreie Städte	58,7	10,5	18	69,8	11,5	16	81,0	10,3	13	85,8	7,4	9	93,0	7,5	8
Gemeinden zusammen	122,1	19,0	16	138,7	21,8	16	160,2	21,1	13	169,8	19,2	11	180,9	19,2	11
Landkreisverwaltungen	30,7	8,3	27	34,4	9,5	28	36,6	10,5	29	38,1	8,0	21	40,8	8,5	21
insgesamt	152,8	27,3	18	173,1	31,3	18	196,8	31,6	16	208,0	27,2	13	221,8	27,7	12

<sup>1)</sup> Die hier wiedergegebenen Beträge des Zuschussbedarfs und der Schlüsselzuweisungen sind der Gemeindefinanzstatistik entnommen. Die Schlüsselzuweisungen weichen – insbesondere im Rechnungsjahr 1950 – etwas von den tatsächlich errechneten Beträgen ab

meinden mit weniger als 1 000 Einwohnern 20 %, bei den kreisfreien Städten dagegen 50 % des Steueraufkommens der jeweiligen Gemeindegrößenklasse).

Das Steueraufkommen hat sich in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen von 1950 zu 1954 unterschiedlich entwickelt (Tabelle 2).

Die unterschiedliche Bevölkerungsabnahme innerhalb der Gemeindegrößenklassen zwischen den zwei Vergleichsjahren hat die Unterschiede in den Zuwachsraten verhältnismässig ausgeglichen. Die Bevölkerungsabnahme beträgt bei den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern 21 %, bei den kreisfreien Städten 2 %. Die übrigen Gemeindegrößenklassen weisen Abnahmen zwischen diesen beiden Prozentsätzen auf.

Absolut stiegen die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen in den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern nur um

ein Viertel, die der Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern um die Hälfte und die der kreisfreien Städte um annähernd drei Viertel. Die unterschiedliche Bedeutung der Schlüsselzuweisungen in den Gemeindegrößenklassen und in den verschiedenen Zeiträumen wird durch folgende Ergebnisse umrissen:

Im Rechnungsjahr 1950 erreichten die Schlüsselzuweisungen bei den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern 13 % der Steuereinnahmen (ohne Kreisumlage). Dieser Prozentsatz stieg 1954 auf 21 %. Auch bei den Gemeinden mit 1 000 bis unter 2 000 Einwohnern stieg der Anteil, bei allen übrigen Gemeindegrößenklassen verringerte er sich mehr oder weniger stark, bei den kreisfreien Städten betrug der Anteil 1950 24 % und sank bis 1954 auf 10 %.

Nahmen an dem Finanzausgleich 1950 nur 77 % aller Gemeinden teil, so sind es im Rechnungsjahr 1956 92 %.

Tab. 2 Die Steuereinnahmen und die Schlüsselzuweisungen in den Rechnungsjahren 1950 und 1954

Gemeindegrößenklassen	Rechnungsjahr 1950		Rechnungsjahr 1954		Veränderung 1954 gegenüber 1950 in %		
	Steuern und steuerähnliche Einnahmen unter Berücksichtigung der Kreisumlagen <sup>1)</sup>	Schlüsselzuweisungen	Steuern und steuerähnliche Einnahmen unter Berücksichtigung der Kreisumlagen <sup>1)</sup>	Schlüsselzuweisungen	Steuern und steuerähnliche Einnahmen unter Berücksichtigung der Kreisumlagen <sup>1)</sup>	Schlüsselzuweisungen	Steuern und steuerähnliche Einnahmen unter Berücksichtigung der Kreisumlagen <sup>1)</sup> u. Schlüsselzuweisungen
	DM je Einwohner						
Gemeinden mit							
weniger als 1 000 Einw.	22,90	3,00	35,90	7,50	+ 57	+ 151	+ 68
1 000 b.u. 2 000 "	22,90	3,60	34,80	7,10	+ 52	+ 97	+ 58
2 000 " 5 000 "	25,00	5,20	41,70	8,20	+ 67	+ 56	+ 65
5 000 " 10 000 "	31,10	5,20	50,10	7,40	+ 61	+ 44	+ 59
10 000 " 20 000 "	34,60	4,10	57,30	3,20	+ 66	- 21	+ 56
20 000 " 50 000 "	38,20	6,50	64,40	7,80	+ 69	+ 19	+ 61
Kreisfreie Städte	65,50	15,70	115,20	11,40	+ 76	- 27	+ 56
Landkreisverwaltungen	11,60	4,30	19,50	5,10	+ 67	+ 18	+ 54
insgesamt	46,30	10,50	79,60	11,90	+ 72	+ 13	+ 61

<sup>1)</sup> Bei den Gemeinden wurden die an den Kreis zu zahlenden Umlagen von den Steuereinnahmen abgesetzt und den Steuereinnahmen der Landkreise hinzugefügt.

Gemeinden mit Schlüsselzuweisungen in % aller Gemeinden einer Gemeindegrößenklasse  
in den Rechnungsjahren 1950–1956

Tab. 3

Gemeindegrößenklassen	Rechnungsjahr						
	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Gemeinden mit							
weniger als 1 000 Einw.	73	74	75	82	81	91	91
1 000 b.u. 2 000 "	82	80	79	84	83	92	95
2 000 " 5 000 "	88	89	88	87	82	87	92
5 000 " 10 000 "	98	93	89	87	87	85	87
10 000 " 20 000 "	90	94	81	69	56	75	81
20 000 " 50 000 "	100	100	89	89	78	89	89
Kreisfreie Städte	100	100	100	100	100	100	100
Gemeinden insgesamt	77	77	77	83	82	90	92

Dieser gestiegene Anteil ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die sehr zahlreichen kleinsten Gemeinden nicht nur der Höhe nach, sondern auch nach der Zahl der Fälle im Laufe der Jahre im Finanzausgleich in weitaus grösserem Masse berücksichtigt wurden.

In den drei kleinsten Gemeindegrößenklassen stieg der Anteil der Gemeinden, die Schlüsselzuweisungen erhielten, an der Gesamtzahl der Gemeinden von 76 % im Rechnungsjahr 1950 auf 92 % im Rechnungsjahr 1956. In allen übrigen

Gemeindegrößenklassen, abgesehen von den 4 kreisfreien Städten, die sämtlich in jedem der hier dargestellten 7 Rechnungsjahre Schlüsselzuweisungen erhielten, sank der Anteil geringfügig. Diesem sich unterschiedlich entwickelnden Anteilsatz entspricht eine Verlagerung der Finanzausgleichsmasse. Der Anteil der unteren Gemeindegrößenklassen mit weniger als 5 000 Einwohnern an der gesamten Schlüsselmasse (ohne Schlüsselzuweisungen an die Gemeindeverbände) stieg von 22,2 % im Rechnungsjahr 1950

Tab. 4 Schlüsselzuweisungen<sup>1)</sup> nach Gemeindegrößenklassen in den Rechnungsjahren 1950 bis 1956

Gemeindegrößenklassen	Rechnungsjahr						
	1950	1951	1952	1953 <sup>2)</sup>	1954	1955 <sup>3)</sup>	1956 <sup>3)</sup>
	in 1 000 DM						
Gemeinden mit							
weniger als 1 000 Einw.	1 377	1 548	1 865	2 837	2 742	4 401	5 292
1 000 b.u. 2 000 "	1 274	1 357	1 486	1 962	2 005	3 194	4 048
2 000 " 5 000 "	1 567	1 846	2 055	1 966	2 106	2 741	3 588
5 000 " 10 000 "	1 673	2 017	2 071	2 209	2 235	2 399	2 945
10 000 " 20 000 "	904	1 274	1 052	793	680	1 094	1 652
20 000 " 50 000 "	1 718	2 316	2 212	1 998	1 922	1 782	2 243
Kreisfreie Städte	10 481	11 464	10 339	7 428	7 494	7 972	10 619
Gemeinden zusammen	18 994	21 822	21 080	19 193	19 185	23 582	30 387
Landkreisverwaltungen	8 273	9 508	10 476	7 957	8 479	10 752	14 137
Insgesamt	27 267	31 330	31 556	27 151	27 663	34 334	44 523
	in % der Schlüsselzuweisungen an Gemeinden insgesamt						
Gemeinden mit							
weniger als 1 000 Einw.	7,2	7,1	8,8	14,8	14,3	18,7	17,4
1 000 b.u. 2 000 "	6,7	6,2	7,0	10,2	10,5	13,5	13,3
2 000 " 5 000 "	8,2	8,5	9,7	10,2	11,0	11,6	11,8
5 000 " 10 000 "	8,8	9,2	9,8	11,5	11,6	10,2	9,7
10 000 " 20 000 "	4,8	5,8	5,0	4,1	3,5	4,6	5,4
20 000 " 50 000 "	9,0	10,6	10,5	10,4	10,0	7,6	7,4
Kreisfreie Städte	55,2	52,5	49,0	38,7	39,1	33,8	34,9
Gemeinden insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
	in % der Schlüsselzuweisungen insgesamt						
Gemeinden insgesamt	69,7	69,7	66,8	70,7	69,4	68,7	68,2
Landkreisverwaltungen	30,3	30,3	33,2	29,3	30,7	31,3	31,8

1) Die Bedarfszuweisungen (Rechnungsjahr 1956 = 2,2 Mio DM) und die seit dem Rechnungsjahr 1952 ausgezahlten Amtsdotationen (jährlich 1,5 Mio DM), sind in den Angaben der Tabellen nicht enthalten

2) Die Finanzmasse ist ab Rechnungsjahr 1953 um die Polizeikostenbeiträge, die nunmehr vom Land übernommen wurden, gekürzt; vergleiche auch Fussnote 2 Seite 106

3) Rechnungsjahr 1955 und 1956 einschliesslich Grundsteuerausfallsentschädigung in einem Gesamtbetrag von 1,5 Mio DM bzw. 1,4 Mio DM

auf 35,7 % im Rechnungsjahr 1954 und 42,5 % im Rechnungsjahr 1956. Der Anteil der Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern stieg – wenn auch geringfügig – von 8,8 % auf 9,7 %. In allen übrigen Gemeindegrößenklassen verringerte sich der Anteil an der Zuweisungsmasse, und zwar besonders stark bei den kreisfreien Städten. Die absoluten Beträge stiegen allerdings seit 1950 in jeder Gemeindegrößenklasse, und zwar am stärksten bei den Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern (+ 206 %), bei den übrigen kreisangehörigen Gemeinden um 59 %, bei den kreisfreien Städten nur um 1 % und bei den Landkreisen um 71 %. Dies ist nicht allein eine Folge der Änderungen des Hauptansatzes, sondern der sinkende Anteil entspricht auch einem nach Gemeindegrößenklassen unterschiedlich wachsenden Steueraufkommen.

Auf Grund des im Rechnungsjahr 1955 eingeführten Steuer-

verbundes<sup>4)</sup> und der Notwendigkeit, die Finanzmasse entscheidend zu erhöhen, wurden im Rechnungsjahr 1955 um 24 % mehr Schlüsselzuweisungen ausgezahlt, als im Rechnungsjahr 1954. Da das Steueraufkommen des Landes anstieg, erhöhte sich die Schlüsselmasse im Rechnungsjahr 1956 um weitere 10,2 Mio DM (30 %) gegenüber der Schlüsselmasse 1955.

Dipl.-Volksw. J. Sachse

4) Seit dem Rechnungsjahr 1955 werden 21 % des dem Lande verbleibenden Aufkommens aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie des Aufkommens weiterer 10 Landessteuern als allgemeine Finanzzuweisungen verteilt. Hiervon entfallen im Rechnungsjahr 1956 auf die Schlüsselzuweisungen (einschliesslich Grundsteuerausfallsentschädigungen) an die Gemeinden 59,3 % und an die Landkreise 27,5 %. Die Höhe der Schlüsselmasse wird sich also zukünftig nach der Entwicklung des Landessteueraufkommens richten.

## Anbau und Ernte landwirtschaftlicher Zwischenfrüchte

Zwischenfrüchte sind landwirtschaftliche Kulturen, die bei unterschiedlichem Bestellungstermin nach Aberntung der Hauptfrucht eines Jahres und vor Bestellung der Hauptfrucht des nächsten Jahres genutzt werden. Sie dienen der zusätzlichen Futtergewinnung für die landwirtschaftlichen Betriebe oder der Förderung der Bodenfruchtbarkeit in Form einer Gründüngung; meistens sind beide Nutzungen miteinander verknüpft.

Eine zusätzliche Futterquelle zum Hauptfruchtfutterbau wird für die Betriebe ausser durch Zwischenfruchtanbau unter bestimmten Bedingungen auch durch Neuansaat von Klee und Klee gras als Hauptfrucht für das Folgejahr geschaffen. Aus diesem Grund wird – sofern diese Flächen im Herbst des Ansaatjahres bereits genutzt werden – dieser Anbau hier mit in den Zwischenfruchtanbau einbezogen, obgleich es sich dabei betriebswirtschaftlich nicht um einen Zwischenfruchtanbau handelt, sondern um eine Vornutzung der Hauptfrucht des Folgejahres. In der Statistik lässt sich eines nicht vom anderen trennen, da bei der Fragestellung in erster Linie Wert darauf gelegt wird, die Flächen zusätz-

lichen Futterbaues zu erfassen.

Die Möglichkeiten zum Zwischenfruchtanbau sind an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft. In erster Linie sind es klimatische Faktoren und im Zusammenhang mit der Betriebsgrößenstruktur Fragen der Organisation der Betriebe, insbesondere hinsichtlich der Arbeitswirtschaft und der Hauptbetriebsrichtung, durch die sich Unterschiede im Umfang des Zwischenfruchtanbaues zwischen den einzelnen Ländern ergeben. Der Umfang der Klee- und Klee gras neuansaat ist im wesentlichen abhängig von der Verbreitung und der Nutzungsdauer des Klee- und Klee grasbaues. Im allgemeinen werden die neu angesäten Flächen im Herbst des Anbaujahres bereits vorgeerntet. Das durch die Vornutzung gewonnene Futter kann jedoch nur dann als Zusatz zum Hauptfruchtfutterbau angesehen werden, wenn der Umbruch der nunmehr ersetzten Altanlagen recht spät im Jahr erfolgt, so dass sie noch eine volle Futtermutzung zulassen. Das wird immer dann der Fall sein, wenn die Folgefrucht eine Hackfrucht oder Sommergetreide ist. Meistens wird jedoch nach dem Wechselgrünlandumbruch Wintergetreide

Tab. 1

Der Zwischenfruchtanbau in den einzelnen Bundesländern 1955

Land	Neuansaat von Klee, Klee gras, Klee in gemischtem Anbau <sup>1)</sup> , Stoppelklee				Übrige Sommerzwischenfrüchte				Winter- zwischen- früchte	
	zur Futtergewinnung		zum Unterpflügen		zur Futtergewinnung		zum Unterpflügen		ha	in % des Acker- landes
	ha	in % des Acker- landes	ha	in % des Acker- landes	ha	in % des Acker- landes	ha	in % des Acker- landes		
Schleswig-Holstein	19 396	2,9	6 283	0,9	4 413	0,7	4 228	0,6	2 672	0,4
Hamburg	407	3,1	87	0,7	185	1,4	97	0,7	54	0,4
Niedersachsen	41 180	2,6	39 636	2,5	65 040	4,2	46 259	3,0	8 618	0,6
Bremen	40	0,8	7	0,1	111	2,2	34	0,7	25	0,5
Nordrhein-Westfalen	36 019	3,0	19 665	1,6	82 637	6,9	7 155	0,6	9 927	0,8
Hessen	10 082	1,5	2 520	0,4	4 232	0,6	1 488	0,2	2 726	0,4
Rheinland-Pfalz	2 662	0,4	271	0,0	2 816	0,4	551	0,1	1 031	0,2
Baden-Württemberg	29 530	2,8	910	0,1	21 835	2,1	2 012	0,2	3 529	0,3
Bayern	104 846	4,6	2 993	0,1	40 910	1,8	5 735	0,3	7 417	0,3
Bundesgebiet	244 162	3,0	72 372	0,9	222 179	2,7	67 559	0,8	35 999	0,4

1) als Hauptfrüchte für das nächste Jahr, sofern bereits im Anbaujahr zur Futtergewinnung genutzt und als Zwischenfrucht

oder gar Raps angebaut und durch den dazu erforderlichen frühzeitigeren Umbruch die Nutzungsdauer im Umbruchjahr verkürzt. Über das Ausmass des Wechselgrünlandumbruchs besonders zu den verschiedenen Zeiten des Jahres liegen bisher aus der Statistik keine Unterlagen vor.

### Der Anbau im Bundesgebiet

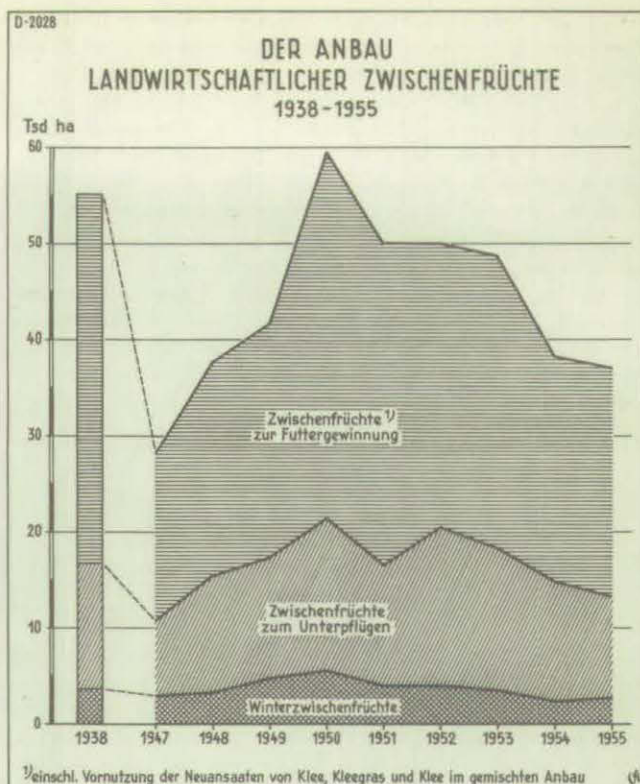
Im Bundesgebiet wurden 1955 rund 3 % des Ackerlandes mit Zwischenfrüchten zur Futtergewinnung bebaut. Hinzu kommen weitere 3 % des Ackerlandes, auf denen Klee und Klee-gras als Zwischenfrucht bzw. als Vornutzung der Hauptfrucht des Folgejahres Futter lieferten und knapp 2 % des Ackerlandes, auf denen Zwischenfrüchte zur ausschliesslichen Gründüngung eingesetzt wurden.

Schleswig-Holstein liegt bei fast allen diesen Positionen unter dem Bundesdurchschnitt. Den stärksten Futterzwischenfruchtanbau (ohne Klee usw.) von allen Bundesländern hat Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Niedersachsen. Die Herbstnutzung von Klee- und Klee-grasneumansaat ist dagegen in Bayern am stärksten verbreitet. Ausschliesslich zur Gründüngung werden am meisten Zwischenfrüchte in Niedersachsen angebaut. Die eigentlichen Gebiete mit stärkerem Zwischenfruchtanbau würden sich natürlich erst bei einer feineren Gebietsunterteilung herausheben, denn in fast jedem Land sind wieder Landesteile mit stärkerem und weniger starkem oder gar keinem Anbau vorhanden.

### Die Entwicklung in Schleswig-Holstein

Durch den Düngemittelmangel und die schwierige Arbeitskräftelage in der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit war der Umfang des Zwischenfruchtanbaues in Schleswig-Holstein bis 1947 auf die Hälfte des Standes im letzten Vorkriegsjahr gesunken. In den folgenden Jahren wurde die Anbaufläche dann schnell wieder vergrössert, bis 1950 mit insgesamt fast 60 000 ha der Vorkriegsstand nicht nur erreicht, sondern um rund 4 400 ha überschritten wurde. Damit war aber auch gleichzeitig ein Höhepunkt erreicht, denn seitdem ist die Anbaufläche bis 1955 wieder um 22 500 ha kleiner geworden.

Eine starke Anbaueinschränkung wird für das Jahr 1951 ausgewiesen. Ein gewisser, nicht genau zu bestimmender Einfluss muss hier einer Änderung der Fragestellung<sup>1)</sup> in der Statistik bei der in Schleswig-Holstein wichtigsten Fläche, der Klee- und Klee-grasanbaufläche, zugeschrieben werden. Da aber im gleichen Jahr auch von den anderen Zwischenfrüchten erheblich weniger angebaut wurden, kann



geschlossen werden, dass der Einfluss der Änderung der Fragestellung bei den Klee-grasflächen nur gering war und die ausgewiesene Veränderung gegenüber dem Vorjahr zum grössten Teil auf einer tatsächlichen Einschränkung beruht. 1952 und 1953 blieb die Gesamtfläche dann annähernd konstant. Es ergaben sich lediglich einige Verschiebungen zwischen ausschliesslicher Gründüngung und hauptsächlich Futternutzung. 1954 trat dann erneut ein starker Rückgang ein. Die grosse Nässe im Sommer und Herbst jenes Jahres erschwerte die Bestellung und liess auch eine Vornutzung der Klee- und Klee-grasflächen im Herbst vielfach nicht zu. 1955 herrschten witterungsmässig umgekehrte Verhältnisse. Auf vielen Böden fehlten die Niederschläge im Spätsommer und Herbst. Eine erneute Einschränkung des Anbaues, wenn auch nicht so stark wie im Vorjahr, war die Folge. Hinzu kommt in den letzten Jahren, dass die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft erheblich geringer geworden ist. Da aus Gründen der Witterung meist nur beschränkte Zeit für Bestellung und Bearbeitung der Zwischenfrüchte zur Verfügung steht, wird der Anbaurückgang auch hierauf mit zurückzuführen sein.

Tab. 2 Die Entwicklung des Zwischenfruchtanbaues 1950 - 1955

Jahr	Neumansaat von Klee, Klee-gras und Klee in gemischtem Anbau <sup>1)</sup>		Übrige Sommerzwischenfrüchte		Winterzwischenfrüchte insgesamt
	zur Futtergewinnung	zum Unterpflügen	zur Futtergewinnung	zum Unterpflügen	
	Hektar				
1950	27 702	4 036	10 468	11 777	5 523
1951	24 171	4 783	9 428	7 758	3 906
1952	21 044	7 059	8 482	9 390	4 029
1953	23 095	8 278	7 212	6 513	3 576
1954	18 783	8 562	4 549	3 871	2 372
1955	19 396	6 283	4 413	4 228	2 672

1) als Hauptfrüchte für das nächste Jahr, sofern bereits im Anbaujahr zur Futtergewinnung genutzt und als Zwischenfrucht

1) Einschränkung von den gesamten Neumansaat auf die davon im Herbst genutzten Ansaaten.



Nr.	Naturraum Name	Zwischenfrüchte insgesamt		und zwar				
				Neuansaat von Klee und Klee gras <sup>1)</sup>	übrige Sommer- zwischen- früchte	Winter- zwischen- früchte	Zwischenfrüchte	
							zur Futter- gewin- nung	zum Unter- pflügen
ha	in % des Ackerlandes							
	Marsch zusammen	632	1,0	0,7	0,1	0,1	0,9	0,1
680	Nordfriesische Geestinseln	28	0,7	0,4	0,3	-	0,7	-
690	Lecker Geest	308	2,2	2,1	0,1	0,1	1,9	0,4
691	Bredstedt-Husumer Geest	656	3,0	2,5	0,4	0,1	1,0	2,0
692	Eider-Treene-Niederung	180	1,9	1,6	0,2	0,1	0,9	1,0
693	Heide-Itzehoer Geest	4 695	9,3	7,3	1,8	0,3	4,7	4,6
694	Barmstedt-Kisdorfer Geest	1 247	6,8	4,3	2,2	0,3	5,2	1,6
695	Hamburger Ring	2 001	7,8	4,7	2,9	0,3	5,0	2,8
696	Lauenburger Geest	1 100	9,3	6,1	2,6	0,6	6,7	2,6
	Hohe Geest zusammen	10 215	6,6	4,7	1,6	0,2	3,9	2,7
697	Schleswiger Vorgeest	1 492	2,4	1,8	0,5	0,1	1,4	1,0
698	Holsteinische Vorgeest	3 571	8,4	5,6	2,3	0,5	4,4	3,9
740	Hagenower Sandplatte	616	9,8	2,1	7,1	0,6	3,8	6,0
	Vorgeest zusammen	5 679	5,1	3,3	1,5	0,3	2,7	2,4
700	Angeln	1 761	3,0	2,4	0,5	0,2	2,9	0,2
701	Schwansen, Dänischer Wohld	2 881	6,6	5,0	1,0	0,6	5,5	1,2
702a	Ostholst. Hügel- und Seenland (NW)	4 230	5,4	3,4	1,3	0,7	4,4	1,1
702b	Ostholst. Hügel- und Seenland (SO)	8 491	7,3	4,9	1,8	0,6	6,0	1,3
703	Nordoldenburg und Fehmarn	1 596	6,2	5,0	0,6	0,7	5,9	0,3
733	Ratzeburger Seenplatte	1 507	9,2	5,9	2,5	0,8	5,8	3,5
	Hügelland zusammen	20 466	6,1	4,2	1,3	0,6	5,0	1,0
	Schleswig-Holstein	36 992	5,5	3,8	1,3	0,4	4,0	1,6

1) als Hauptfrucht für das nächste Jahr, sofern bereits im Anbaujahr zur Futtergewinnung genutzt und als Zwischenfrucht

### Der Anbau in den Naturräumen des Landes

Innerhalb des Landes konzentriert sich der Zwischenfruchtanbau hauptsächlich auf die holsteinische Geest und die Ratzeburger Seenplatte. Im grössten Teil dieses Gebiets wird fast ein Zehntel des Ackerlandes mit Zwischenfrüchten bebaut. Es folgt das Hügelland – mit Ausnahme Angeln – wo auf ca. 5 – 7 % des Ackerlandes Zwischenfrüchte angebaut werden. In Angeln und auf der schleswigschen Geest ist der Anbau bereits praktisch bedeutungslos und in der Marsch kaum noch vorhanden. In allen Naturräumen überwiegt der Anbau bzw. die Vornutzung von Klee und Klee gras gegenüber den anderen Zwischenfrüchten. Der Winterzwischenfruchtanbau ist überall bedeutungslos. In der Mehrzahl der Naturräume werden die Zwischenfrüchte in erster Linie zur Futtergewinnung angebaut. Nur auf den ganz leichten Böden der Hagenower Sandplatte steht die Gründüngungsnutzung weit im Vordergrund. Auf der Heide-Itzehoer Geest und auf der holsteinischen Vorgeest halten sich der Anbau zur hauptsächlich Futtermutzung und der zur ausschliesslichen Gründüngungsnutzung etwa die Waage.

### Die Ernten der Futterzwischenfrüchte

Die Grünmasseerträge der einzelnen Zwischenfrüchte unterliegen erheblichen jährlichen Schwankungen. Dadurch glei-

chen sich die Anbaueinschränkungen in den einzelnen Jahren wieder etwas aus oder verstärken sich. Insgesamt ergibt sich jedoch von 1950 bis 1955 ein Ernterückgang, der etwa der Flächeneinschränkung entspricht. Durch den hohen Anteil der Klee- und Klee grasflächen werden die Gesamtternten besonders durch diese Fruchtarten bestimmt. Hier kommt es in erster Linie wieder darauf an, welche Nutzungsmöglich-

Die Erträge landwirtschaftlicher Zwischenfrüchte  
in Schleswig-Holstein  
in 1 000 t Grünmasse

Tab. 4

Zwischenfrüchte	1950	1953	1955
	1 000 t Grünmasse		
Sommerzwischenfrüchte	437	403	264
darunter			
Klee, Klee gras usw. und Serradella	329	266	182
Futterkohl	50	56	35
Stoppel- und Steckrüben	30	53	32
Winterzwischenfrüchte	79	76	36
insgesamt	516	479	300

keiten im Herbst in Abhängigkeit von der Witterung gegeben sind. Im Jahre 1955 wurden rund 300 000 t Zwischenfruchtfutter geerntet gegenüber gut 500 000 t im Jahre 1950. Davon entfielen 1955 264 000 t auf Sommerzwischenfrüchte und 36 000 t auf Winterzwischenfrüchte.

Vergleiche auch: "Landwirtschaftlicher Zwischenfruchtan-

bau weiter eingeschränkt" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 4. Jahrgang, Heft 2, Februar 1952, Seite 58 und "Anbau und Ernte von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten 1955" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 8. Jahrgang N.F., Heft 1, Januar 1956, Seite 24 ff.

Dipl.-Landw. D. Mohr

## Über die Zuwachsraten der Stundenverdienste der Industriearbeiter

Die amtliche Lohnstatistik umfasst alle wesentlichen Bereiche der Investitions- und Konsumgüterindustrie einschliesslich des Baugewerbes, ohne den Handel, Verkehr und die Dienstleistungen. In den schleswig-holsteinischen Zahlen ist kein Bergbau enthalten (der vorhandene Erdölbergbau ist erst ab Februar 1956 in die Lohnstatistik aufgenommen worden). Die Ergebnisse werden für Gewerbegruppen und zum Teil Fabrikationszweige getrennt aufgestellt. Von den 21 Gewerbegruppen, die in Schleswig-Holstein unterschieden werden, sind im folgenden lediglich die fünf mit der zahlenmässig geringsten Bedeutung ausser Betracht geblieben. Es handelt sich dabei um die NE-Metallindustrie, die Glasindustrie, das Flachdruckgewerbe, die lederverarbeitende Industrie und das Braugewerbe.

Von den Geschlechtern und Leistungsgruppen, die die Lohnstatistik unterscheidet, werden für den folgenden Vergleich nur die männlichen Facharbeiter herangezogen. Dies erscheint aus zwei Gründen berechtigt; einerseits sollte aus methodischen Gründen ein solcher Vergleich nur an Hand einer statistisch homogenen Gruppe vorgenommen werden, um alle jene Verschiebungen des Durchschnittsverdienstes von vornherein auszuschalten, die auf der Verlagerung der Gewichte von Einzelgruppen innerhalb einer inhomogenen

Sammelgruppe beruhen (strukturelle Verschiebungen; siehe hierzu die Ausführungen in "Statistische Monatshefte" 10/1955, S. 337 ff.); zum anderen fällt die Wahl gerade auf die männlichen Facharbeiter, weil diese sowohl die an Zahl bedeutendste Gruppe (neben den angeleiteten und Hilfsarbeitern und den entsprechenden weiblichen Arbeitergruppen) sind, als auch für einen Verdienstvergleich besonders geeignet erscheinen, weil sie wegen der verhältnismässig klaren Begriffsbestimmung (abgeschlossene Fach-Lehre) den saubersten Vergleich zwischen verschiedenen Gewerbegruppen mit ihren oft sehr verschiedenen Produktionsmethoden und Berufsbildern ermöglichen. Als Vergleichszahl bietet der Bruttostundenverdienst gegenüber dem Wochenverdienst, der an sich mehr über das effektive Einkommen aussagt, den Vorteil, von den allein durch wechselnde Arbeitszeit verursachten Verdienstunterschieden frei zu sein. Schliesslich wurden nicht die Zahlen einzelner Erhebungsmonate zugrunde gelegt, sondern Jahresdurchschnitte aus 4 Erhebungsmonaten<sup>1)</sup>, damit etwaige zufällige Besonderheiten im einzelnen Monat sich nicht auswirken können, und weil es hier ja gerade auf die langfristige Entwicklung ankommt, die an derart "geglätteten" Zahlen besser zu erkennen ist.

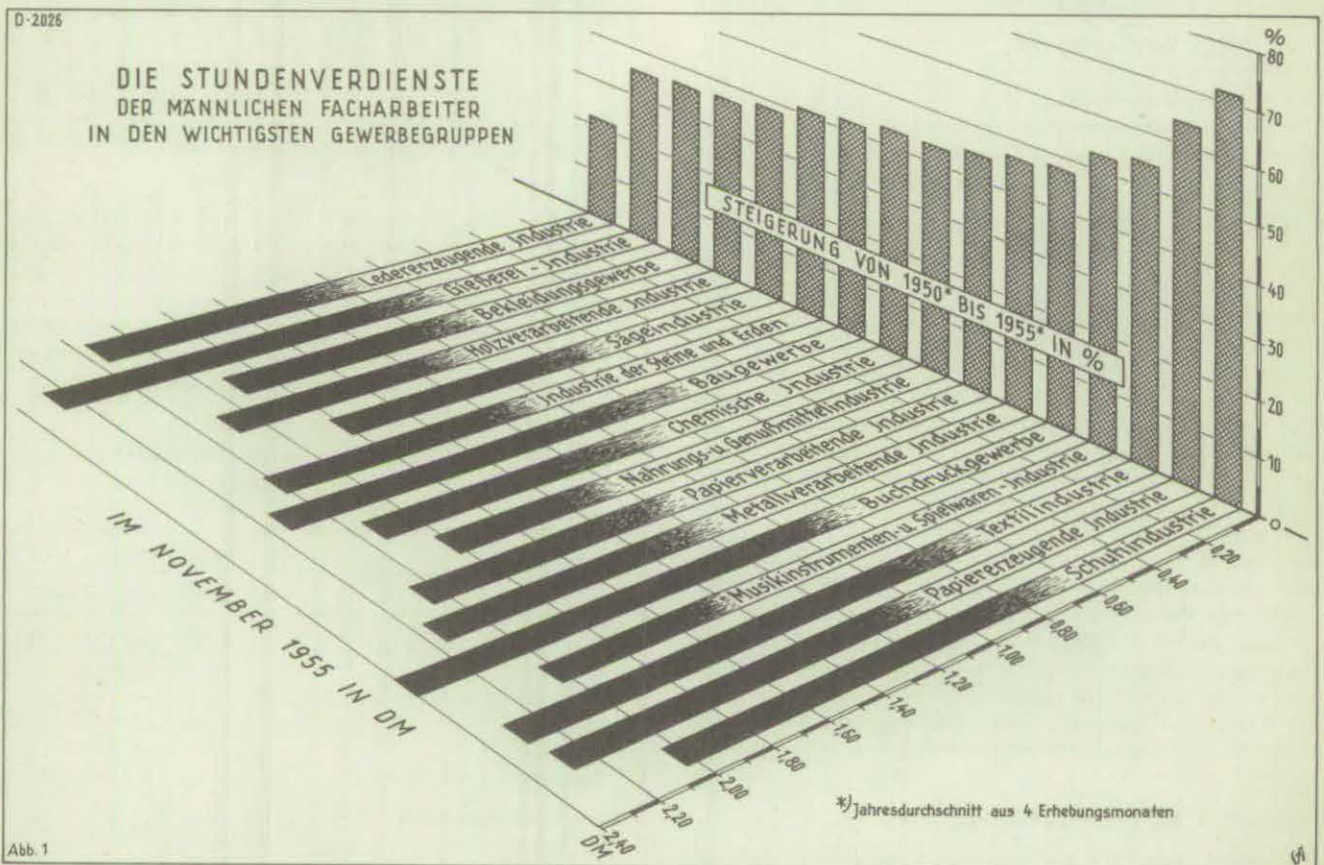
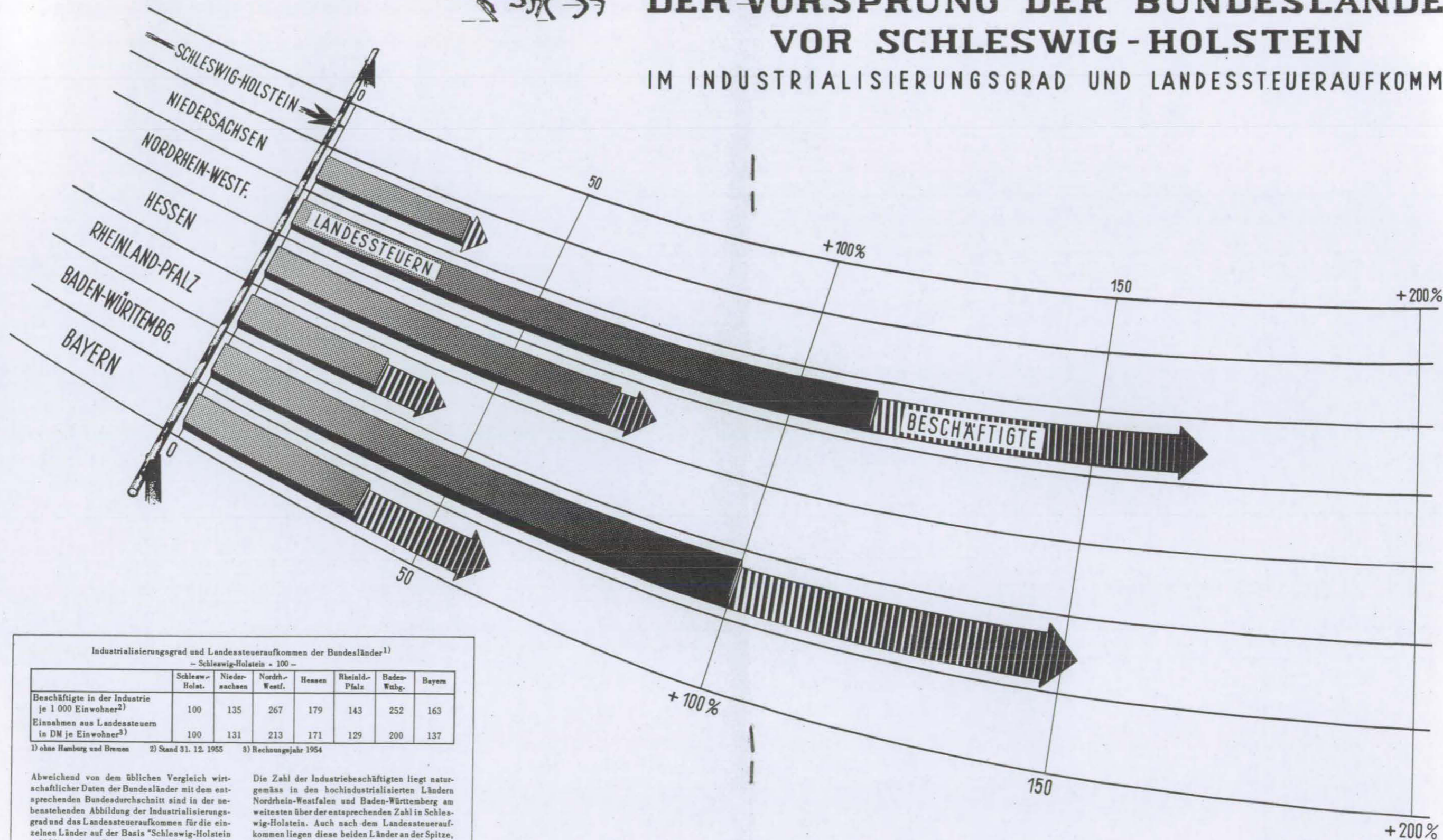


Abb. 1

1) Ausnahme: 1951 nur drei, da die November-Erhebung ausfiel



# DER VORSPRUNG DER BUNDESLÄNDER VOR SCHLESWIG-HOLSTEIN IM INDUSTRIALISIERUNGSGRAD UND LANDESSTEUERAUFKOMMEN



Industrialisierungsgrad und Landessteueraufkommen der Bundesländer<sup>1)</sup>  
- Schleswig-Holstein = 100 -

	Schlesw.-Holst.	Nieder-sachsen	Nordrh.-Westf.	Hessen	Rheinld.-Pfalz	Baden-Würtbg.	Bayern
Beschäftigte in der Industrie je 1 000 Einwohner <sup>2)</sup>	100	135	267	179	143	252	163
Einnahmen aus Landessteuern in DM je Einwohner <sup>3)</sup>	100	131	213	171	129	200	137

1) ohne Hamburg und Bremen 2) Stand 31. 12. 1955 3) Rechnungsjahr 1954

Abweichend von dem üblichen Vergleich wirtschaftlicher Daten der Bundesländer mit dem entsprechenden Bundesdurchschnitt sind in der nebenstehenden Abbildung der Industrialisierungsgrad und das Landessteueraufkommen für die einzelnen Länder auf der Basis "Schleswig-Holstein = 100" errechnet. Durch diese Berechnungsweise kommt in der Darstellung zum Ausdruck, wie gross der Vorsprung ist, den die anderen Bundesländer vor Schleswig-Holstein haben.

Die Zahl der Industriebeschäftigten liegt naturgemäß in den hochindustrialisierten Ländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg am weitesten über der entsprechenden Zahl in Schleswig-Holstein. Auch nach dem Landessteueraufkommen liegen diese beiden Länder an der Spitze, jedoch ist ihr Abstand zu dem nächstfolgenden Land Hessen hier wesentlich geringer als beim Industrialisierungsgrad. Den kleinsten Vorsprung vor Schleswig-Holstein hat Niedersachsen.

Landessteueraufkommen : je Einwohner im Rechnungsjahr 1954  
Industrialisierungsgrad : Beschäftigte in der Industrie je 1000 Einwohner am 31.12. 1955

Die Abbildung 1 zeigt für den gesamten Zeitraum von 5 Jahren, welche Steigerung die Stundenverdienste der männlichen Facharbeiter in den einzelnen Gewerbegruppen erfahren haben.

Daneben wurden in der Darstellung die neuesten Verdienste eingezeichnet. So kann man feststellen, ob etwa die Gewerbegruppen mit der grössten Verdienststeigerung auch zuletzt ungefähr die absolut höchsten Verdienste gewährten. Die Abbildung lässt nun bezeichnenderweise einen ausgeprägten Schluss weder in dieser noch in der entgegengesetzten Richtung zu. Absolut hohe Verdienste finden sich sowohl bei Gewerbegruppen mit starker Verdienststeigerung seit 1950 als auch bei solchen mit schwacher Steigerung. Auch die Anwendung eines mathematischen Verfahrens, der sogenannten Rangreihen-Korrelation, bringt nur eine leichte Entsprechung in folgendem Sinne zutage<sup>2)</sup>: Gewerbegruppen mit starker Verdienststeigerung sind, schwach überwiegend, auch solche mit heute hohen Verdiensten.

Diese Entsprechung (Korrelation) ist jedoch recht gering; sie verliert noch an deutungsfähigem Gewicht, wenn man sich der Abbildung 2 zuwendet. Jahrweise aufgeteilt zeigen die einzelnen Zuwachsraten kein einheitliches Bild. Vielmehr sind sie in den einzelnen Gewerbegruppen in verschiedenen Jahren einmal grösser, einmal kleiner. Durchgehend – von zwei Ausnahmen abgesehen – stimmt nur, dass die Zuwachsrate von 1950 auf 1951 die grösste in allen untersuchten Jahren war und infolgedessen auch grösser als die des zweiten Zeitraumes (1951 bis 1952). Mit dem dritten Zeitraum (1952 bis 1953) beginnen aber dann die Unterschiede. Für manche Gewerbegruppen setzt sich die Anfangsentwicklung fort: das Tempo der Stundenverdienststeigerung verlangsamt sich bei ihnen immer weiter (bei der papierverarbeitenden Industrie) oder steigt erst 1954/55 wieder an (bei der Schuhindustrie, dem Buchdruckgewerbe, der metallverarbeitenden Industrie, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, dem Baugewerbe, der Industrie der Steine und Erden und der Giesserei-Industrie). Die bis jetzt genannten 8 Gewerbegruppen (von 16 untersuchten) hatten also seit 1950 sinkende Zuwachsraten der Stundenverdienste aufzuweisen, allerdings fingen 7 von ihnen im letzten Zeitraum (1954 bis 1955) diese Tendenz wieder ab.

Die 8 übrigen Gewerbegruppen weisen alle möglichen wei-

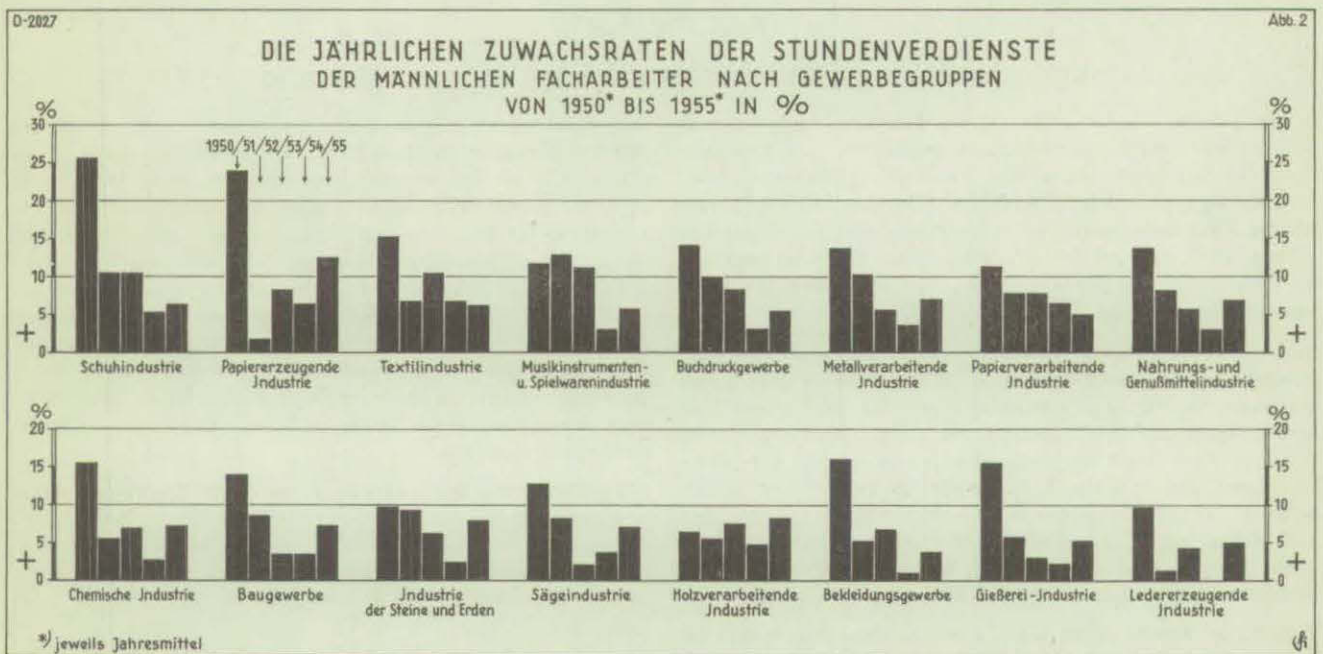
teren Entwicklungsformen der Zuwachsraten auf. Am stetigsten verhielt sich diese Ziffer bei der holzverarbeitenden Industrie; seit 1951/52 im Anstieg begriffen ist sie bei der Papiererzeugung; recht hoch im Ganzen, aber langsam fallend, bei der Textilindustrie. Auf eine Besprechung aller Gewerbegruppen sei hier verzichtet, da die Abbildung 2 die Verhältnisse aufzeigt.

Es wird noch einmal betont, dass die obigen Aussagen sich keineswegs auf die Lohnhöhe in einzelnen Gewerbegruppen beziehen, sondern auf die unterschiedliche Geschwindigkeit, mit der die Stundenverdienste von Jahr zu Jahr, am Jahresdurchschnitt gemessen, gestiegen sind.

Die genauen Werte der Zuwachsraten sind in der Tabelle zusammengestellt, wobei die Gewerbegruppe mit der höchsten Stundenverdienststeigerung im Gesamtzeitraum 1950/55 voran steht.

Zusammenfassend lässt sich folgendes sagen: gemäss der technischen (Industriegruppen) und organisatorischen (Industriegewerkschaften) Struktur unserer Wirtschaft sind die Lohnbewegungen in der Industrie nicht einheitlich. Auf der Basis eines im Ganzen allgemeinen Anstiegs gibt es in jedem Jahr Bereiche, in denen die Stundenverdienste, durch Tarifänderungen und neue Lohn tafeln bedingt, stärker steigen und andere, in denen diese Bewegung nur schwach ausgeprägt ist. Die Reihenfolge der Gewerbegruppen nach der Höhe der bei ihnen gezahlten Verdienste ändert sich somit ständig, wenn auch extreme Umschichtungen kaum vorkommen, weil es so etwas wie eine ungefähre Rangfolge gibt, die ihre Wurzel in den besonderen Anforderungen jeder Produktion hat.

Ihre Bestätigung findet diese Aussage wiederum in der Anwendung der Rangreihen - Korrelationsberechnung. Bringt man die Gewerbegruppen nach den im Jahresdurchschnitt 1950 und 1955 erzielten Stundenverdiensten in zwei Reihenfolgen und stellt diese einander gegenüber, so stellt man folgendes fest<sup>3)</sup>: 3 Gewerbegruppen haben in beiden Rangreihen denselben Platz inne; 3 andere haben dagegen ihre Rangstelle um 8 und mehr Plätze verändert, 4 Gewerbegruppen um 3 – 5 Plätze, und die restlichen 10 um nur einen oder zwei Plätze. Die drei Fälle stärkerer Abweichung sind die ledererzeugende Industrie, die vom 5. auf den 15. Platz



2) der Korrelationskoeffizient beträgt  $\rho = +0,53$

3) der Korrelationskoeffizient beträgt  $\rho = +0,75$

Die prozentuale Steigerung der Stundenverdienste der männlichen Facharbeiter von Jahr zu Jahr (Jahresmittel)  
in den Gewerbegruppen – 1950 bis 1955

Gewerbegruppen	1950/51	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1950/55
Schuhindustrie	25,6	10,5	10,5	5,3	6,4	71,8
Papiererzeugende Industrie	23,9	1,8	8,3	6,4	12,5	63,7
Textilindustrie	15,2	6,7	10,5	6,8	6,2	54,2
Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	11,8	12,9	11,2	3,1	5,7	53,0
Buchdruckgewerbe	14,1	9,9	8,3	3,1	5,5	47,8
Metallverarbeitende Industrie	13,7	10,2	5,6	3,6	7,0	46,7
Papierverarbeitende Industrie	11,3	7,8	7,8	6,5	5,0	44,7
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	13,7	8,3	5,7	3,1	6,9	43,5
Chemische Industrie	15,4	5,5	6,9	2,8	7,2	43,5
Baugewerbe	13,9	8,6	3,5	3,5	7,3	42,0
Steine und Erden	9,7	9,3	6,2	2,4	8,0	40,9
Sägeindustrie	12,7	8,2	2,1	3,8	7,1	38,4
Holzverarbeitende Industrie	6,5	5,6	7,5	4,7	8,2	37,0
Bekleidungsgewerbe	15,9	5,2	6,8	1,0	3,7	36,4
Giessereiindustrie	15,5	5,7	3,1	2,2	5,3	35,5
Ledererzeugende Industrie	9,8	1,2	4,3	-0,1	5,0	21,5
<b>Gesamte Industrie</b>	<b>13,8</b>	<b>9,1</b>	<b>5,9</b>	<b>3,2</b>	<b>7,1</b>	<b>45,3</b>
<b>Fabrikationszweige der metallverarbeitenden Industrie:</b>						
Eisen-, Stahl-, Blech-, Metallwarenherstellung	12,5	12,5	7,1	3,1	1,7	42,0
Stahlbau	.	9,5	8,6	5,4	6,2	.
Maschinenbau	.	8,9	4,6	2,2	7,7	.
Schiffbau	.	10,2	5,6	3,6	7,0	.
Strassenfahrzeugbau	.	10,0	6,3	5,0	4,5	.
Elektrotechnik	13,4	10,6	6,3	5,1	5,6	47,8
Feinmechanik und Optik	12,2	8,8	7,0	3,5	6,6	44,1

abgesunken ist, die Schuhindustrie, die vom 19. auf den 10. Platz aufgerückt ist, und die papiererzeugende Industrie,

die es vom 12. auf den 4. Platz gebracht hat.

A. Heinemann

## Kurzberichte

### Konkurse und Vergleichsverfahren in den Jahren 1954 und 1955

In den Jahren 1954 und 1955 ist die Zahl der Insolvenzen in Schleswig-Holstein laufend zurückgegangen, und zwar die Zahl der Konkurse ebenso wie die der Vergleichsverfahren, während im Bund noch für das Jahr 1954 eine leichte Zunahme der Konkursverfahren zu verzeichnen war. Im Ablauf des Jahres 1955 sind in Schleswig-Holstein 191 Konkurse und 34 Vergleiche angemeldet worden, das sind 23 % Insolvenzen weniger als 1954.

Nicht ganz so günstig verlief die Entwicklung für Erwerbsunternehmen, die nach dem 8. 5. 1945 in Schleswig-Holstein gegründet oder ansässig wurden, sowie für die Gruppe "Anderer Gemeinschuldner", welche vor allem natürliche Personen und Nachlässe umfasst. Der Anteil der in der Nachkriegszeit gegründeten bzw. ansässig gewordenen Unternehmen an den insolventen Erwerbsunternehmen erhöhte sich daher von 62 % auf 65 %, während der Anteil der "Anderen Gemeinschuldner" an allen angemeldeten Insolvenzen sich von 17 % im Jahre 1954 auf 19 % erhöhte.

Günstig zu bewerten ist die Tatsache, dass der Anteil der Konkurse, die mangels Masse abgelehnt wurden, von 38 % im Jahre 1954 auf 32 % im Jahre 1955 zurückging. Da nach

den Erfahrungen der letzten Jahre jedoch nach Eröffnung des Verfahrens noch etwa 10 % der Konkurse mangels Masse eingestellt werden, ist damit zu rechnen, dass 1954<sup>1)</sup> fast die Hälfte und 1955 ca. 40 % aller Konkurse mit einem Totalverlust für die Gläubiger abschlossen. Das Verhältnis der mangels Masse abgelehnten zu den eröffneten Konkursen ist sowohl bei den natürlichen Personen und Nachlässen als auch bei den nach dem Kriege gegründeten Erwerbsunternehmen ungünstiger als bei den schon länger in Schleswig-Holstein bestehenden Erwerbsunternehmen. Immerhin wurde auch noch in der Gruppe der "alteingesessenen" Unternehmen etwa jeder dritte Antrag auf Eröffnung eines Konkursverfahrens abgelehnt.

Eine Gliederung der insolvent gewordenen Erwerbsunternehmen nach Wirtschaftsgruppen (Tabelle 1) zeigt, dass an dem allgemeinen Rückgang der Insolvenzen alle Wirtschaftsgruppen mit Ausnahme des Grosshandels beteiligt waren. Besonders stark verringerten sich jedoch die Insolvenzen indu-

1) Voraussichtlich im Juli wird an dieser Stelle über die finanziellen Ergebnisse der in den Jahren 1953 und 1954 eröffneten Konkursverfahren berichtet werden.

Tab. 1

Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren nach Wirtschaftsgruppen 1954 und 1955

Wirtschaftsgruppen	1954			1955		
	Konkurse		Vergleichs- verfahren	Konkurse		Vergleichs- verfahren
	insges.	darunter mangels Masse abgelehnt		insges.	darunter mangels Masse abgelehnt	
Industrie	38	6	10	19	4	2
Handwerk	46	12	9	36	14	2
Grosshandel	21	7	8	23	3	9
Einzelhandel	70	36	19	54	20	20
sonstige	19	8	2	16	3	1
Erwerbsunternehmen zusammen	194	69	48	148	44	34
Andere Gemeinschuldner	47	22	2	43	17	-
insgesamt	241	91	50	191	61	34

strieller Unternehmen, die 1955 um mehr als die Hälfte gegenüber 1954 abnahmen. Beachtlich ist ebenfalls, dass die Zahl der insolventen Handwerksunternehmen 1955 um etwa ein Drittel der im Vorjahre angemeldeten Fälle zurückging.

Wie schon in den Vorjahren entfällt 1954 wie auch 1955 wieder der grösste Teil der Insolvenzen auf den Einzelhandel. Trotz eines leichten Rückganges in den letzten Jahren gehörten im Jahre 1954 37 % der insolventen Erwerbsunter-

nehmen dem Einzelhandel an. Dieser Anteil erhöhte sich 1955 sogar noch auf 41%. Innerhalb des Einzelhandels hatte 1954 der Handel mit Bekleidungsgegenständen die meisten Insolvenzen zu verzeichnen, während 1955 die Zusammenbrüche im Nahrungs- und Genussmittelhandel überwogen. Beachtung verdient daneben noch, dass sich der Rückgang der Insolvenzen von Industrieunternehmen sehr stark auf das Textil- und Bekleidungs- sowie das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe konzentriert.

Tab. 2

Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren nach Rechtsformen 1954 und 1955

Rechtsformen	1954				1955			
	Konkurse			Vergleichs- verfahren	Konkurse			Vergleichs- verfahren
	insges.	davon			insges.	davon		
		eröff- net	mangels Masse abgelehnt		eröff- net	mangels Masse abgelehnt		
Nicht eingetragene Erwerbsunternehmen	102	58	44	15	79	48	31	13
Einzelfirmen	54	40	14	22	39	31	8	12
Personengesellschaften	23	16	7	8	14	13	1	9
Kapitalgesellschaften	15	11	4	3	14	10	2	-
Eingetragene Genossenschaften	-	-	-	-	2	2	-	-
Erwerbsunternehmen insgesamt	194	125	69	48	148	104	44	34
darunter Unternehmen, die nach dem 8. 5. 1945 in Schleswig-Holstein gegründet oder ansässig wurden	128	73	55	23	96	63	33	22

An dem gegenüber 1954 eingetretenen Rückgang der Insolvenzen sind alle Rechtsformen beteiligt, mit Ausnahme der eingetragenen Genossenschaften, die allerdings mit zwei eröffneten Konkursen im Jahre 1955 nur eine geringe Rolle spielen. Besonders stark jedoch gingen die Zusammenbrüche von nicht eingetragenen Erwerbsunternehmen und Einzelfirmen zurück. Allerdings entfallen auf diese beiden Rechtsformen 1954 ebenso wie 1955 allein mehr als zwei Drittel aller eröffneten Konkurse und Vergleichsverfahren. Auf Kapitalgesellschaften entfielen in den beiden Jahren jeweils 7 % bzw. 8 % der insolventen Erwerbsunternehmen.

Bei mehr als der Hälfte aller in den Jahren 1954 und 1955 eröffneten Konkurse wurden Forderungen in Höhe von 10 000 bis 100 000 DM angemeldet. Auf weniger als 10 000 DM lauteten die Forderungen 1954 in 33 % und 1955 in 26 %

Zahl der Konkurse  
nach der Höhe der voraussichtlichen Forderungen  
Tab. 3  
1954 und 1955

Voraussichtliche Forderungen in DM	1954		1955	
	abs.	%	abs.	%
unter 1 000	14	6	7	4
1 000 b.u. 10 000	66	27	42	22
10 000 " 100 000	121	50	103	54
100 000 " 500 000	34	14	33	17
500 000 " 1 000 000	4	2	1	1
1 000 000 und darüber	1	0	-	-
unbekannt	1	0	5	3
insgesamt	241	100	191	100

aller Fälle. Gleichzeitig stieg der Anteil der Konkurse mit Forderungen von 100 000 bis 500 000 DM von 14 % auf 17 % aller Konkurse.

In Konkursen der Industrie und des Grosshandels werden vorwiegend mittlere bis grössere Forderungen angemeldet, während kleinere und mittlere Forderungen im "Einzelhandel", "Handwerk" und in den "Sonstigen Wirtschaftsgruppen" überwiegen.

Vergleiche auch: "Konkurse und Vergleichsverfahren im Jahre 1953" in *Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein*, 6. Jahrgang, Heft 10, Oktober 1954, Seite 393 ff und "Die Zahlungsschwierigkeiten im Bundesgebiet und in Berlin (West) im Jahr 1955 und Anfang 1956" in *Wirtschaft und Statistik*, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 8. Jahrgang N.F., Heft 4, April 1956, Seite 216 ff.

V.

## Die Wohnraumvergaben<sup>1)</sup> im Jahre 1955

Die Wohnungsämter des Landes vergaben – nach den Ergebnissen der Wohnraumvergabestatistik – im Jahre 1955 an 8 900 Mehrpersonenhaushaltungen und an rund 600 Einpersonenhaushaltungen mit zusammen rund 30 400 Personen Wohnraum in neuerstellten Wohnungen<sup>2)</sup>; ausserdem wurden im Rahmen der Wohnraumbewirtschaftung 19 600 Mehrpersonenhaushaltungen und etwa 2 500 Einpersonenhaushaltungen mit zusammen 63 800 Personen in bereits bewohnt gewesenen Wohnraum eingewiesen. Die Zahl der Wiedervergaben liegt also mit 22 100 Wiedervergabefällen beträchtlich über der Zahl der Erstvergaben. Die relative Häufigkeit der Wiedervergaben im Verhältnis zu den Erstvergaben hat gegenüber 1954 nur geringfügig zugenommen. Während 1954 auf 10 Erstvergaben 22 Wiedervergaben entfielen, kamen im Berichtsjahr auf 10 Erstvergaben 23 Wiedervergaben.

Die Wohndichte (Personen je Wohnraum) als Ausdruck für die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt zeigt, dass die aktive Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre in der Wohnraumversorgung schon eine gewisse Entlastung gebracht hat. So betrug die Wohndichte in den zugeteilten Wohnungen im Jahre 1955 im Gesamtdurchschnitt knapp 1,0 Personen, während sie 1952 noch 1,2 ausgemacht hatte. Bei den Erstvergaben war die Zahl der eingewiesenen Personen je Wohnraum 1955 noch etwas günstiger als bei den Wiedervergaben (Tabelle 1).

Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist allerdings zu beachten, dass die hier angewandte Berechnung der Wohndichte

Tab. 1 Personen je Wohnraum bei Erst- und Wiedervergaben 1952 – 1955

Jahr	Vergaben insgesamt	Erstvergaben	Wiedervergaben
1952	1,2	1,0	1,3
1953	1,1	1,0	1,2
1954	1,0	0,9	1,1
1955	1,0	0,9	1,0

Tab. 2

Die Wohnraumvergabefälle 1952/55 nach Personenkreisen – in % –

Art der Personenkreise	1952			1953			1954			1955		
	Vergaben insgesamt	Erstvergaben	Wiedervergaben	Vergaben insgesamt	Erstvergaben	Wiedervergaben	Vergaben insgesamt	Erstvergaben	Wiedervergaben	Vergaben insgesamt	Erstvergaben	Wiedervergaben
Bevorrechtigte darunter	74	83	71	71	82	67	67	80	61	64	79	58
Vertriebene	61	67	60	61	69	58	57	67	53	53	61	50
Nichtbevorrechtigte	26	17	29	29	18	33	33	20	39	36	21	42

1) zur Methode vergleiche "Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein", Jahrgang 1955, Heft 9, Seite 317

2) Die Zahl der Erstvergaben ist aus methodischen Gründen nicht identisch mit der Zahl der von der Landestreuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus geförderten Wohnungen

die Raumgrösse ausser Betracht lässt.

Die Verteilung der Wohnraumvergaben auf die einzelnen Personengruppen<sup>3)</sup> – Bevorrechtigte und Nichtbevorrechtigte – zeigt im Jahresergebnis 1955 erneut die Tendenz eines weiter rückläufigen Anteils der Gruppe der Bevorrechtigten zugunsten der Gruppe der Nichtbevorrechtigten (Tabelle 2).

Die Erhöhung des Anteils der Nichtbevorrechtigten von 26 % im Jahre 1952 auf 36 % im Jahre 1955 und der entsprechende Rückgang der bevorrechtigten Gruppe von 74 auf 64 % in dem gleichen Zeitraum deuten daraufhin, dass von den Wohnungsämtern des Landes bei der Wohnraumvergabe in stärkerer Masse Personen, die nicht zu den "Kriegsfolgehilfegruppen" gehören, berücksichtigt werden konnten. Als weitest grösster Personenkreis war die Gruppe der Vertriebenen an den Wohnraumvergabefällen beteiligt, und zwar im Jahre 1952 mit 61 % und im Jahre 1955 mit einem Satz von 53 %. Obgleich sich absolut der Anteil der Vertriebenen an den Vergaben insgesamt um 8 % verringert hat, ist der Anteil der Vertriebenen an der Gruppe der Bevorrechtigten annähernd gleich geblieben (1952: 83 %, 1955: 82 %). Diese Entwicklung spiegelt die Tatsache wider, dass bei der Verteilung des verfügbaren Wohnraumes auf die Gruppe der Bevorrechtigten der Personenkreis "Vertriebene" weiterhin als vordringlich gilt.

Eine Aufgliederung nach Erst- und Wiedervergaben macht ersichtlich, dass die bevorrechtigten Bevölkerungskreise 1955 grössere Anteile an den Erstvergaben als an den Wiedervergaben hatten. Das ist verständlich, da diese Gruppe auf zusätzliche Finanzierungshilfen für die Wohnraumbeschaffung zurückgreifen konnte. Bei der Gruppe der Nichtbevorrechtigten stehen die Anteile an den Erstvergaben und Wiedervergaben – wie die Tabelle 2 zeigt – in umgekehrtem Verhältnis.

Eine regionale Aufgliederung der Erst- und Wiedervergaben auf die vier kreisfreien Städte und 17 Landkreise Schles-

3) Die Wohnraumvergabestatistik unterscheidet die Gruppe der Bevorrechtigten und der Nichtbevorrechtigten. Zu den Bevorrechtigten zählen hauptsächlich Personen, die durch Kriegsfolgen einen vordringlichen Bedarf an Wohnungen haben, wie beispielsweise Heimatvertriebene, Sachgeschädigte, Evakuierte, politisch, rassistisch und religiös Verfolgte, Schwerbeschädigte, Spätheimkehrer, Sowjetzonenflüchtlinge und Kasernen- und Besatzungsverdrängte.

wig-Holsteins ergibt folgendes Bild: An den Erstvergaben insgesamt haben die kreisfreien Städte, deren Anteil an der Landesbevölkerung etwa 30 % ausmacht, 1955 einen Anteil von 47 %, während auf die 17 Landkreise ein Satz von 53 % entfiel. Bei den Wiedervergaben ergab sich ein Verhältnis von 36:64. Die Wohndichte errechnete sich für die kreisfreien Städte bei den Erstvergaben mit 0,87 Personen je Raum und bei den Wiedervergabefällen mit 1,0. Dagegen wurde 1955 in den Landkreisen eine durchschnittliche Belegungs-

dichte von 0,91 bei den Erstvergaben und 1,05 bei den Wiedervergaben festgestellt. In den kreisfreien Städten kamen auf 10 Erstvergaben 18 Wiedervergabefälle, während auf 10 Erstvergaben in den Landkreisen rund 28 Wiedervergabefälle entfielen.

Vergleiche auch: "Die Wohnraumvergaben im Jahr 1955" in *Wirtschaft und Statistik*, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 8. Jahrgang N.F., Heft 4, April 1956, Seite 210 ff. Kn.

## Wie finanzierten die deutschen Studierenden an der Christian-Albrechts-Universität ihr Studium im Wintersemester 1954/55?

Neben den Fragen nach der fachlichen Gliederung des Studiums sind in der "Grossen Hochschulstatistik" die Fragen nach der wirtschaftlichen Lage der Studierenden und ihrer sozialen Herkunft von Interesse. Die wirtschaftliche Lage der Studierenden wird durch die Frage nach der vorwiegenden Finanzierung des Studiums festgestellt.

Die Ergebnisse der Hochschulstatistik im Wintersemester 1954/55 zeigen, dass 55 % der an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel Studierenden ihr Studium vorwiegend durch Unterstützung der Eltern und aus sonstigen eigenen Mitteln finanzieren. Im Durchschnitt der wissenschaftlichen Hochschulen des Bundesgebietes finanzierten 56 % der Studierenden auf diesem Wege das Studium. Etwas mehr als ein Fünftel der immatrikulierten Studierenden beschaffte sich die Mittel zum Besuch der Universität vorwiegend durch eigene Erwerbstätigkeit vor, in oder zwischen den Semestern; im Durchschnitt des Bundesgebietes waren es 29 %.

Bei der Finanzierung des Studiums durch Darlehen aus öffentlichen oder privaten Mitteln und aus öffentlichen Mitteln in Form von verlorenen Zuschüssen liegen die Anteile bei den Studierenden an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel höher als im Durchschnitt des Bundesgebietes. Wäh-

rend 16 % der Studierenden der Universität in Kiel solche Mittel in Anspruch nehmen, sind es im Durchschnitt des Bundesgebietes 10 %. Dieser höhere Anteil ist darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Studierenden, die zum Personenkreis der Vertriebenen und Zugewanderten zählt, an der Christian-Albrechts-Universität im Vergleich zu den übrigen deutschen Universitäten relativ am höchsten ist.

Um festzustellen, aus welchen Bevölkerungsgruppen der Nachwuchs für die Berufe mit Hochschulbildung hervorgeht, wird auf dem Individualfragebogen für Studierende nach dem Beruf des Vaters gefragt. In der folgenden Tabelle ist der Beruf des Vaters nur in der Unterteilung "akademische" und "nichtakademische" Berufe gebracht. In der Gruppe der nichtakademischen Berufe sind noch die selbständigen Landwirte besonders ausgewiesen.

Der Prozentsatz der Studierenden, die aus landwirtschaftlichen Haushaltungen stammen, beträgt in Schleswig-Holstein 5,5 % und liegt um 1,2 Punkte höher als im Bundesdurchschnitt. Auch der Anteil der Studierenden, deren Väter Akademiker sind, ist mit 36,5 % höher als im Bundesdurchschnitt (30 %).

Die deutschen Studierenden an der Christian-Albrechts-Universität Kiel und im Bundesgebiet nach der Art der Finanzierung ihres Studiums - Wintersemester 1954/55 -

Beruf des Vaters	Von 100 Studierenden finanzierten ... ihr Studium überwiegend durch							
	Unterstützung von den Eltern	Zuwendungen dritter Personen oder Vereinigungen	Darlehen aus öffentlichen oder privaten Mitteln	Öffentliche Mittel in Form von verlorenen Zuschüssen	Versehrtenrenten oder sonstige Renten	eigene Erwerbstätigkeit vor, in und zwischen den Semestern	sonstige eigene Mittel	nicht angegebene Finanzierungsquellen
	in %							
Akademische Berufe								
Schleswig-Holstein	70	2	2	7	2	15	1	1
Bundesgebiet	70	2	1	6	1	18	1	0
Nichtakademische Berufe								
Schleswig-Holstein	47	4	4	16	2	26	1	1
Bundesgebiet	50	3	1	10	1	33	1	0
darunter selbständige Landwirte								
Schleswig-Holstein	37	4	5	29	2	19	2	1
Bundesgebiet	53	5	1	16	1	22	2	0
Zusammen								
Schleswig-Holstein	55	3	3	13	2	22	1	1
Bundesgebiet	56	3	1	9	1	29	1	0

Kli.



# Schleswig-Holstein und der Bund

## Die Streiks in den Jahren 1952 bis 1955

Die folgenden Zahlen und Ausführungen beruhen auf dem Statistischen Bericht VI/18/5 des Statistischen Bundesamtes über "Die Streiks im Jahre 1955".

Im Bundesgebiet wurde das Bild der Streiks des letzten Jahres entscheidend von dem eintägigen Proteststreik im Bergbau Nordrhein-Westfalens (Reusch-Aktion) bestimmt. Von allen Arbeitstagen, die 1955 im ganzen Bundesgebiet durch Streiks verloren gingen, entfallen fast zwei Drittel auf diese Protestaktion. Stellt man diese Tage ausser Rechnung, so beträgt der Anteil der in Schleswig-Holstein ausgefallenen Arbeitstage etwa 4 % der Bundessumme, weniger also als der Anteil des Landes an der Bevölkerung oder den Erwerbstätigen des Bundesgebietes.

Mit rund 13 000 Arbeitstagen haben Streiks in Schleswig-Holstein zwar 1955 weit mehr Ausfälle als in den beiden Vorjahren verursacht, doch darf man das Zahlenverhältnis von mehr als 1 : 10 nicht überschätzen. Je geringer die Zahl der durch Streiks verursachten Ausfalltage ist, desto stärker

fällt es dann ins Gewicht, wenn in einem Jahr einmal ein Streik von gewisser Bedeutung vorkommt. Für 1955 war dies der Streik von 215 Angehörigen einer Firma aus der Eisen- und Metallgewinnung, die fast sieben Wochen lang um die Zubilligung einer höheren Ortsklasse kämpften, ohne ihr Ziel zu erreichen. Über 10 000 Arbeitstage fielen dadurch aus. Die übrigen Ausfalltage waren zum grössten Teil (über 2 000) durch die Helgoländer Bauhandwerker verursacht, die mit mehr Erfolg um die weitere Anerkennung der Gefahrenzulage und anderer tariflicher Erschwernisbedingungen in den Streik getreten waren.

Im Bundesgebiet lagen die Schwerpunkte – wenn man von der Reusch-Aktion absieht – in der metallverarbeitenden Industrie und dem Baugewerbe.

Eine Vergleichszahl ist noch die durchschnittliche Länge der Streiks in den Ländern, dargestellt als durchschnittlich ausgefallene Arbeitstage je beteiligten Arbeitnehmer. Für 1955 ergeben sich da erhebliche Unterschiede. Die Zahl der

Tab. 1 Die Streiks in den Jahren 1952 bis 1955 in den Ländern

Land	1952		1953		1954		1955	
	Betroffene Arbeitnehmer	Verlorene Arbeitstage	Betroffene Arbeitnehmer	Verlorene Arbeitstage	Betroffene Arbeitnehmer	Verlorene Arbeitstage	Betroffene Arbeitnehmer	Verlorene Arbeitstage
Schleswig-Holstein	20 184	44 582	185	1 100	501	1 057	693	12 660
Hamburg	4 971	26 657	317	1 902	8 955	71 541	8 387	79 910
Niedersachsen	9 609	49 433	11 047	501 722	1 263	30 211	23 878	66 415
Bremen	2 952	6 296	15 489	567 555	-	-	3 754	20 777
Nordrhein-Westfalen	23 764	224 612	17 977	346 959	1 570	8 029	541 514	601 671
Hessen	5 061	20 510	555	8 216	635	4 904	8 789	54 752
Rheinland-Pfalz	1 975	12 981	-	-	-	-	7 003	7 004
Baden-Württemberg	7 770	28 098	1 414	14 354	1 463	7 952	117	156
Bayern	7 811	29 708	3 641	46 410	101 512	1 462 829	3 218	3 302

Tab. 2 Die im Jahre 1955 verlorenen Arbeitstage nach Wirtschaftsabteilungen und Ländern

Land	Wirtschaftsabteilungen							
	Insgesamt	Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei (einschl. Gartenbau und Tierzucht)	Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Energiewirtschaft	Eisen- und Metall-erzeugung und -verarbeitung	Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	Handel, Geld- und Versicherungs-wesen	Verkehrswirtschaft
Schleswig-Holstein	12 660	-	-	10 449	58	2 048	105	-
Hamburg	79 910	-	-	77 728	2 182	-	-	-
Niedersachsen	66 415	194	23 040	-	2 413	40 768	-	-
Bremen	20 777	-	-	5 447	-	-	-	15 330
Nordrhein-Westfalen	601 671	-	427 609	114 841	15 236	43 825	-	160
Hessen	54 752	-	314	30 439	23 999	-	-	-
Rheinland-Pfalz	7 004	-	1 066	5 921	-	17	-	-
Baden-Württemberg	156	-	-	-	-	21	135	-
Bayern	3 302	-	3 302	-	-	-	-	-
Bundesgebiet	846 647	194	455 331	244 825	43 888	86 679	240	15 490

ausgefallenen Arbeitstage je beteiligten Arbeitnehmer betrug in:

Schleswig-Holstein	18,3 Tage
Hamburg	9,5 "
Niedersachsen	2,8 "
Bremen	5,5 "
Nordrhein-Westfalen	1,1 "
ohne Reusch-Aktion	7,3 "
Hessen	6,2 "

Rheinland-Pfalz	1,0 Tage
Baden-Württemberg	1,3 "
Bayern	1,0 "

Die hohe Zahl für Schleswig-Holstein hängt, wie schon oben erwähnt, mit der absolut niedrigen Zahl von Streiks zusammen, so dass ein einzelner mit grosser Härte geführter Arbeitskampf das Durchschnittsergebnis so stark beeinflussen konnte.

### Die Finanzierungsmittel des Sozialen Wohnungsbaues im Jahre 1955

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht in "Statistische Berichte", Arbeitsnummer VI/25/5 vom 20. April 1956 einen Aufsatz über die Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau im Jahr 1955. Diesem Bericht sind die folgenden Ausführungen entnommen.

Die im "allgemeinen" sozialen Wohnungsbau benötigten Finanzierungsmittel - im Jahre 1955 waren es 5 765,2 Mio DM, gegenüber 5 518,4 Mio DM im Jahre 1954 - sind trotz sinkender Wohnungszahl gestiegen. Durch die verstärkte Bereitstellung von Kapitalmarktmitteln und Mitteln der eigenen Finanzierung hielten sich die öffentlichen Baudarlehen auf etwa der gleichen Höhe. Über die im Jahre 1955 bewilligten öffentlichen Baudarlehen von 2 106,6 Mio DM hinaus wurden aus Bundes-, Landes- und Lastenausgleichsmitteln über dritte Stellen weitere 230,5 Mio DM erstellig bereitgestellt (hauptsächlich in Bayern und Baden-Württemberg), weitere 27,8 Mio DM als Nachfinanzierungsmittel und 23,4 Mio DM für Instandsetzungen bewilligt. Unter Einbeziehung von 510,1 Mio DM Eingliederungsdarlehen aus Lastenausgleichsmitteln und 29,0 Mio DM Finanzierungshilfen aus Landesmitteln, die in der Gruppe der eigenen Finanzierung ausgewiesen sind, und weiterer im "gehobenen" Wohnungsbau bewilligter 13,1 Mio DM wurden somit im Berichtsjahr über 2,9 Mrd DM Finanzierungsmittel des sozialen Wohnungsbaues direkt oder indirekt von der öffentlichen Hand gegeben; hierin sind jedoch die nicht erfassbaren Wohnungsbauvorhaben, die ausschliesslich mit Gemeindefinanzierungsmitteln gefördert wurden, nicht enthalten.

Aus der Tabelle 1 ist der Anteil der wichtigsten Finanzierungsquellen an der Mittelbereitstellung für diese Wohnungsbauvorhaben in den letzten zwei Jahren ersichtlich.

Im Bundesdurchschnitt sank der Anteil der öffentlichen Baudarlehen seit 1954 laufend, trotzdem war er auch 1955 noch

höher als die Anteile der restlichen Finanzierungsquellen. In den Ländern zeigten sich allerdings erhebliche Unterschiede. In Baden-Württemberg überwogen 1955 z.B. sowohl die Kapitalmarktmittel als auch die eigene Finanzierung; letztere allein war in Hessen, Rheinland-Pfalz und in Bayern die stärkste Gruppe. In den nördlichen Ländern des Bundesgebietes überwogen die öffentlichen Finanzierungsmittel.

Noch klarer zum Ausdruck kommt die Bedeutung der Förderungsmassnahmen in den einzelnen Ländern, wenn man sie zur Bevölkerungszahl in Beziehung setzt. Hierbei ergibt sich die nachstehende Reihenfolge:

	Geförderte Wohnungen <sup>1)</sup> je 10 000 Einwohner		Finanzierungsmittel <sup>1)</sup> je Einwohner in DM	
	1955	1954	1955	1954
Nordrhein-Westfalen	78	79	137	126
Bremen	58	105	101	167
Niedersachsen	55	47	92	72
Bundesgebiet	52	54	90	86
Schleswig-Holstein	49	46	81	77
Hamburg	47	74	90	121
Baden-Württemberg	43	53	78	86
Hessen	35	41	56	61
Bayern	33	33	57	53
Rheinland-Pfalz	28	25	53	42
Berlin (West)	78	69	141	137

1) "Allgemeiner" sozialer Wohnungsbau - vollgeforderte reine Wohnbauten

Die Verteilung der Finanzierungsmittel nach ihren Quellen  
- Allgemeiner sozialer Wohnungsbau insgesamt -

Tab. 1

Land	Von 100 DM Finanzierungsmitteln entfielen auf															
	1954								1955							
	öf- fent- liche Mittel	Kapi- tal- markt	darunter		Eigene Finan- zie- rung	darunter			öf- fent- liche Mittel	Kapi- tal- markt	darunter		Eigene Finan- zie- rung	darunter		
		Pfand- brief- insti- tute	Spar- kas- sen		Ar- beit- geber- dar- lehen	LAG- Mittel	Eigen- ka- pital			Pfand- brief- insti- tute	Spar- kas- sen			Ar- beit- geber- dar- lehen	LAG- Mittel	Eigen- ka- pital
Schleswig-Holstein	41,2	29,4	0,8	6,1	29,4	0,7	13,2	12,2	38,9	33,0	1,3	4,5	28,1	1,0	14,4	10,4
Hamburg	46,2	30,2	0,5	12,8	23,6	0,8	2,0	14,6	38,7	34,9	0,8	17,4	26,4	0,5	6,4	14,1
Niedersachsen	38,6	24,7	9,6	9,7	36,7	6,2	12,1	17,7	40,1	24,1	9,8	8,8	35,8	5,8	11,8	15,0
Bremen	44,5	34,9	0,7	9,0	20,6	4,1	4,9	10,5	39,5	34,3	0,7	10,7	26,2	2,5	8,0	13,0
Nordrhein-Westfalen	39,2	27,5	10,6	11,0	33,3	7,7	8,6	13,4	38,1	28,9	11,1	12,2	33,0	7,4	8,7	12,8
Hessen	38,8	27,7	6,9	6,7	33,5	2,6	8,5	18,4	34,3	29,6	11,1	7,7	36,1	2,9	9,7	20,4
Rheinland-Pfalz	36,6	26,4	9,5	9,1	37,0	2,4	9,7	22,6	33,0	29,8	8,9	11,7	37,2	3,4	8,4	23,5
Baden-Württemberg	34,3	32,5	10,9	11,9	33,2	2,1	5,2	21,9	30,7	35,3	11,9	11,4	34,0	2,4	5,6	22,7
Bayern	34,2	28,4	12,9	8,8	37,4	4,9	10,9	18,1	34,9	28,5	12,6	8,4	36,6	5,1	8,5	19,3
Bundesgebiet	38,3	28,5	9,3	10,3	33,2	5,0	8,4	16,1	36,5	29,8	10,3	10,8	33,7	5,2	8,8	16,3
Berlin (West)	59,9	10,6	6,7	2,3	29,5	0,9	6,7	21,5	61,8	13,4	7,2	1,9	24,8	0,4	11,8	12,2

Bewilligte Wohnungen nach Gebäudearten in den Ländern

Tab. 2

- "Allgemeiner" sozialer Wohnungsbau - vollgeförderter reiner Wohnbau

Land	1954					1955				
	Wohnungen insgesamt	davon in				Wohnungen insgesamt	davon in			
		Mehrfamilienhäusern	Einfamilienhäusern mit Nutzgarten und Stall	sonstigen Einfamilienhäusern	Kleinsiedlerstellen		Mehrfamilienhäusern	Einfamilienhäusern mit Nutzgarten und Stall	sonstigen Einfamilienhäusern	Kleinsiedlerstellen
Schleswig-Holstein	10 780	40,9	7,0	34,3	17,8	11 182	52,6	2,3	29,4	15,7
Hamburg	12 805	75,2	0,3	22,0	2,5	8 318	72,2	0,1	21,9	5,8
Niedersachsen	30 881	49,1	26,9	14,7	9,3	36 103	48,6	29,0	12,9	9,5
Bremen	6 459	76,4	1,2	22,4	0	3 614	77,7	-	22,3	-
Nordrhein-Westfalen	112 009	66,5	22,9	2,6	8,0	112 909	64,8	27,1	2,3	5,8
Hessen	18 248	56,8	14,9	27,6	0,7	15 652	55,6	3,1	40,9	0,4
Rheinland-Pfalz	8 099	41,3	6,7	50,2	1,8	9 190	40,7	2,1	54,9	2,3
Baden-Württemberg	36 348	49,4	1,4	48,3	0,9	30 302	50,7	1,0	47,4	0,9
Bayern	30 413	64,0	1,6	29,2	5,2	30 014	64,0	7,2	24,8	4,0
Bundesgebiet	266 042	60,0	14,7	19,2	6,1	257 284	59,3	17,3	18,0	5,4
Berlin (West)	15 090	97,5	0,4	1,7	0,4	17 175	95,6	0,6	2,6	1,2

Der auffällige Rückgang der Bewilligungen in Bremen, Hamburg und Hessen ist wohl im wesentlichen durch die in diesen Ländern im Jahre 1955 häufig angewandte Förderung durch Zins- und Tilgungshilfen zu erklären. Diese Bewilligungen, die z.Z. nur in den genannten Ländern und - in einer anderen Form - in Schleswig-Holstein ausgesprochen werden, können im Rahmen der bisherigen Bewilligungsstatistik nicht erfasst werden, weil hierbei keine öffentlichen Baudarlehen als Finanzierungsmittel, sondern jährliche Beihilfen zur Verbilligung des Kapitaldienstes der nachstellig eingesetzten Fremdmittel gewährt werden. Diese Annuitätshilfen werden in der Regel für die Laufzeit der subventionierten Hypotheken in jährlich gleicher Höhe bewilligt; hierbei wird der Zinsanteil, der sich durch die allmähliche Tilgung der Hypothek laufend verringert, als verlorenere Zuschuss, der um die eingesparten Zinsen laufend

ansteigende Tilgungsanteil als Darlehen gewählt, das aus den nach der Rückzahlung der subventionierten Hypothek freigewordenen Erträgen seinerseits zu verzinsen und zu tilgen ist.

Die 1955 in vollgeförderten reinen Wohnbauten geplanten 257 284 Wohnungen liegen im Bundesdurchschnitt zu 59,3 % in Mehrfamilienhäusern (im Vorjahr 60 %). Naturgemäß überwiegt in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen - und in Berlin (West) - der Bau von Mehrfamilienhäusern; es dürfte aber überraschen, dass ausser in Nordrhein-Westfalen, wo die Massierung der Bevölkerung in Städten diese Wohnform bedingt, auch in Bayern noch rund zwei Drittel aller geförderten Wohnungen als Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern vorgesehen sind. Der Bau und die Förderung von Einfamilienhäusern aller Art dominiert in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Baden-Württemberg.

Zeichenerklärung

Ø	bedeutet Durchschnitt	x	in einer Tabelle: Angaben aus sachlogischen Gründen nicht möglich
p	vorläufige Zahl	-	Zahlenwert genau null
r	berichtigte Zahl	0	mehr als nichts aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
s	geschätzte Zahl	.	Zahlenwert nicht bekannt
		...	Zahlenwert noch nicht bekannt

In Klammern gesetzte Zahlen in Tabellen haben eine eingeschränkte Aussagefähigkeit. Kleine Differenzen bei Additionen erklären sich durch Rundungen; allen Rechnungen liegen die ungekürzten Zahlen zugrunde. Zahlen ohne besondere Quellenangabe sind im Statistischen Landesamt erstellt.

# TABELLENTEIL

## SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

### a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1954	1955			1955/56			
		Mts.- bzw. Vj.- Durchschnitt <sup>+</sup>		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
<b>BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT</b>										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Bevölkerung insgesamt	1000	2 611	2 325	2 301	2 299	2 297	2 277	2 276	...	...
darunter										
Vertriebene <sup>1)</sup>										
*absolut	1000	856 <sup>a</sup>	653	637	636	635	622	621	...	...
in % der Bevölkerung		33,0	28,1	27,7	27,7	27,6	27,3	27,3	...	...
Zugewanderte <sup>2)</sup>										
*absolut	1000	135 <sup>a</sup>	132	132	132	132	133	134	...	...
in % der Bevölkerung		5,2	5,7	5,7	5,7	5,7	5,9	5,9	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen <sup>3)</sup>										
*absolut		2 078	1 423	749	943	1 183	1 662	739	...	...
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,6	7,3	3,8	5,3	6,1	8,6	3,8	...	...
Lebendgeborene <sup>4)</sup>										
*absolut		3 447	2 721	2 675	2 569	2 912	2 537	2 585	...	...
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		15,8	14,0	13,7	14,6	14,9	13,1	13,4	...	...
Gestorbene <sup>5)</sup> (ohne Totgeborene)										
insgesamt		2 059	2 101	2 189	2 164	2 451	2 113	2 107	...	...
*absolut		9,5	10,8	11,2	12,3	12,6	10,9	10,9	...	...
darunter										
im ersten Lebensjahr		172	102	103	107	99	112	102	...	...
*absolut		5,0	3,7	3,9	4,2	3,4	4,4	3,9	...	...
*je 100 Lebendgeborene										
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben		+ 1 388	+ 620	+ 486	+ 405	+ 461	+ 424	+ 478	...	...
*absolut		+ 6,4	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,5	...	...
*je 1000 Einw. und 1 Jahr										
<b>Wanderungen</b>										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	4 675	4 146	3 294	4 382	4 283	4 453	...	...
darunter										
Vertriebene		2 173	1 536	1 173	1 128	1 323	1 229	1 298	...	...
Zugewanderte		.	843	738	517	778	758	869	...	...
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	8 729	6 954	6 171	6 889	6 565	6 343	...	...
darunter										
Vertriebene		9 662	4 215	2 895	2 551	2 632	2 752	2 202	...	...
Zugewanderte		.	914	713	627	754	723	756	...	...
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	-4 054	-2 808	-2 877	-2 507	-2 282	-1 890	...	...
darunter										
Vertriebene		-7 489	-2 679	-1 722	-1 423	-1 309	-1 523	- 904	...	...
Zugewanderte		.	- 71	+ 25	- 110	+ 24	+ 35	+ 113	...	...
*Umzüge innerhalb des Landes <sup>6)</sup>		11 614	10 766	8 473	7 034	10 111	9 524	8 604	...	...
Wanderungsfälle <sup>6)</sup>										
insgesamt		31 221	24 170	19 573	16 499	21 382	20 372	19 400	...	...
absolut		200	183	143	133	161	154	145	...	...
je 1000 Einw. und 1 Jahr <sup>7)</sup>										
darunter										
Umsiedler		6 329 <sup>b</sup>	3 513	2 349	2 113	2 061	1 409	2 024	923	556
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	2 435	1 728	1 682	1 601	749	1 371	569	328
Baden-Württemberg		2 602	514	97	112	127	113	120	69	23
Rheinland-Pfalz		2 928	80	78	47	92	26	82	27	27
Hessen		238	60	24	22	20	22	16	5	5
Hamburg		41	405	380	247	212	480	402	238	172
Bremen		9	19	42	3	9	19	33	15	1
<b>Arbeitslage</b>										
*Beschäftigte Arbeitnehmer <sup>8)</sup>	1000	624 <sup>+</sup>	8 653 <sup>+</sup>	.	.	638	661	.	.	677
darunter										
*Männer	1000	429 <sup>+</sup>	8 446 <sup>+</sup>	.	.	430	445	.	.	458
*Arbeitslose										
insgesamt		210	104	141	141	120	109	111	133	96
absolut	1000	25,2	13,7	18,7	18,7	15,8	14,1	14,4	17,3	12,5
je 100 Arbeitnehmer										
darunter										
*Männer	1000	146	70	103	104	83	73	76	98	62
Vertriebene	1000	119 <sup>c</sup>	43	55	55	47	40	.	.	35
Dauerarbeitslose <sup>9)</sup>	1000	.	.	.	36	.	.	.	27	.

\*) Die mit einem vorangestellten Stern (\*) versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht. +) Alle mit einem Kreuz (+) versehenen Positionen = Vierteljahresdurchschnitte

1) Vertriebene sind Personen, die am 1. September 1939 in den (zur Zeit) unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Gebietsstand von 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 2) Zugewanderte sind Personen, die am 1. September 1939 in Berlin, der sowjetischen Besatzungszone oder im Saargebiet gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte 9) über 52 Wochen in der Alfa Unterstützte a) am 13.9.1950 (Volkszählung) b) ohne Anrechnungsfälle c) Vertriebene und Zugewanderte

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1954	1955			1955/56			
		Mts.- bzw. Vj.- Durchschnitt*		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 <sup>d</sup>	.	.	.	.	1 040	.	.	.
darunter										
*Milchkühe	1000	458 <sup>d</sup>	.	.	.	.	429	.	.	.
*Schweine	1000	1 031 <sup>d</sup>	.	.	.	1 154	1 184	.	.	1 067 <sup>e</sup>
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 <sup>d</sup>	.	.	.	124	110	.	.	119 <sup>e</sup>
darunter										
*trächtig	1000	68 <sup>d</sup>	.	.	.	77	67	.	.	77 <sup>e</sup>
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	12	11	9	10	11	9	8	...
*Kälber	1000 St	14	11	12	13	20	11	8	9	...
*Schweine	1000 St	45	62	88	79	84	107	94	83	...
darunter										
*Hausschlachtungen <sup>10)</sup>	1000 St	35 <sup>f</sup>	32 <sup>g</sup>	40	32	25	50	38	28	...
*Gesamtschlachtgewicht (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5	8	8	7	8	8	8	7	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	2	3	3	2	2	2	2	2	...
*Schweine	1000 t	3	4	5	4	5	5	5	5	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	229	241	231	233	217	240	229	...
*Kälber	kg	26	35	40	33	32	36	38	38	...
*Schweine	kg	98	95	94	91	91	88	92	90	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	137	108	104	138	106	110	105	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,0	7,7	8,2	9,9	7,9	8,3	8,5	...
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86,3 <sup>h</sup>	86,5 <sup>h</sup>	82,3	82,0	82,9	81,5	82,4	82,1	...
<b>INDUSTRIE<sup>11)</sup></b>										
*Beschäftigte	1000	109	136	137	138	139	152	150	149	...
darunter										
*Arbeiter <sup>12)</sup>	1000	91	114	115	116	116	128	125	124	...
*Geleistete Arbeiterstunden <sup>13)</sup>	1000	18 055	22 553	22 395	21 737	24 211	26 106	24 854	23 627	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	20,4	35,3	35,5	34,0	37,5	48,3	42,7	40,6	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	5,6	9,8	10,4	10,3	10,5	13,8	12,0	12,2	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE <sup>14)</sup>	81	78	78	70	80	97	83	79	...
Gasverbrauch	1000 Nm <sup>3</sup>	.	8 468	8 973	8 679	9 623	11 308	11 585	10 671	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	13	17	15	17	23	23	23	...
*Stromverbrauch	Mio kWh	30	51	53	50	57	64	62	56	...
*Stromerzeugung (netto) d. industr. Eigenanl. <sup>15)</sup>	Mio kWh	11	16	18	17	20	22	21	19	...
*Umsatz	Mio DM	201	312	270	298	360	437	339	313	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mio DM	10	46	21	51	54	84	50	27	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau)	1936=100	108	151	144	153	153	177	r 163	162	...
darunter										
Erdölgewinnung u. Mineralölverarb.		315	840	972	930	758	1 214	1 150	1 003	...
Industrie der Steine und Erden		119	164	80	84	102	177	133	59	...
Eisenschaffende Industrie		100	125	137	143	142	141	141	134	...
NE-Metalle		70	108	118	125	128	118	114	132	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		79	58	36	43	53	42	45	45	...
Papier- und Papperzeugung		122	282	310	326	331	305	334	338	...
Gummiverarbeitung		104	135	123	130	145	111	117	131	...
Schiffbau		54	98	104	107	108	115	116	111	...
Maschinenbau		109	177	175	218	223	267	212	240	...
Fahrzeugbau		158	185	126	182	224	163	169	167	...
Elektroindustrie		436	728	894	955	780	1 068	r 915	1 051	...
Feinmechan. u. optische Industrie		88	204	234	250	222	269	258	265	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		107	146	125	140	151	154	137	139	...
Ledererzeugende Industrie		52	45	48	52	51	53	r 62	58	...
Schuhindustrie		443	716	757	774	826	726	989	976	...
Textilindustrie		126	122	124	118	125	119	106	95	...
Bekleidungsindustrie		366	463	389	523	571	361	446	485	...
Fleischwarenindustrie		49	86	91	93	96	107	92	95	...
Fischverarbeitende Industrie		56	93	88	109	94	88	69	79	...
Milchverwertung		140	161	114	120	157	111	122	124	...
Tabakverarbeitende Industrie		4 440	4 061	3 394	3 792	4 124	5 900	5 585	6 270	...
<b>ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG</b>										
*Stromerzeugung (brutto) d. öfftl. Kraftwerke	Mio kWh	66	95	102	96	95	122	120	105	...
*Stromverbrauch <sup>16)</sup>	Mio kWh	70	100	113	101	106	132	127	119	...
*Gaserzeugung (brutto) d. öfftl. Werke <sup>17)</sup>	Mio obm	11	15	16	15	16	17	17	18	...

10) Gewerbliche Schlachtungen 11) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 12) einschl. gewerbl. Lehrlinge 13) einschl. Lehrlingsstunden 14) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts oder ballastreiche Steinkohle; = 3 t Rohbraunkohle 15) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 16) einschl. Verluste 17) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases  
d) Dezember 1950 e) repräsentative Erhebung (vorläufiges Ergebnis) f) Durchschnitt Oktober - Dezember 1950 und Januar - März 1951 g) Durchschnitt Oktober - Dezember 1954 und Januar - März 1955 h) Jahresdurchschnitt

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1954	1955			1955/56			
		Mts.- bzw. Vj.- Durchschnitt <sup>18)</sup>		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
<b>BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN</b>										
Bauhauptgewerbe <sup>18)</sup>										
*Beschäftigte		22 094	30 841	16 314	14 360	26 067	30 045	24 200	14 005	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	3 923	5 594	2 634	2 076	2 746	5 533	4 375	1 895	...
darunter										
*für Wohnungsbauten	1000	1 677	2 230	979	864	1 219	2 334	1 911	810	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	5,0	9,9	5,1	3,7	4,7	12,0	8,7	3,7	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	0,4	0,7	0,7	0,7	0,7	1,1	0,9	0,9	...
*Umsatz	Mio DM	13,3	27,2	19,0	15,4	16,4	48,4	28,0	21,3	...
Baugenehmigungen <sup>19)</sup>										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) <sup>20)</sup>		726	874	668	519	659	719	524	573	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	355	226	241	354	321	215	228	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mio DM	22,2	30,5	24,1	19,8	29,4	39,7	29,1	25,1	...
darunter										
*für Wohngebäude	Mio DM	16,9	21,8	19,7	15,8	19,1	30,0	21,8	18,9	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	744	543	478	698	814	621	541	...
darunter										
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	497	422	335	402	595	438	380	...
*Wohnungen <sup>21)</sup>		2 306	1 735	1 465	1 238	1 439	2 132	1 640	1 285	...
darunter										
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 622	1 358	1 096	1 217	1 880	1 405	1 105	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen <sup>22)</sup>		1 478	1 661	510	361	457	6 281	567	658	...
Wohnräume <sup>23)</sup>		4 926	5 823	1 804	1 302	1 626	23 607	2 119	2 287	...
<b>HANDEL</b>										
Index der Einzelhandelsumsätze										
*insgesamt	1950=100	100	120	101	105	119	197	...	...	...
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		100	113	104	103	117	158	...	...	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		100	110	84	93	91	224	...	...	...
*Hausrat und Wohnbedarf		100	135	110	108	129	254	...	...	...
*Sonstige Waren		100	146	124	135	168	244	...	...	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 VE <sup>24)</sup>	824	218	155	137	110	1 602	253	163	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 VE <sup>24)</sup>	1 309	905	20	656	2 009	3 729	3 838	915	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	2 971	4 002	4 355	4 372	6 423	5 347	3 624	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	15 858	17 716	15 457	18 118	27 765	23 109	19 751	...
Ausfuhr nach Warengruppen <sup>25)</sup>										
*insgesamt	Mio DM	7,2	42,5	44,7	28,8	65,7	65,9	66,7	36,1	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mio DM	0,7	2,8	2,8	3,5	3,6	4,2	3,1	2,9	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mio DM	6,5	39,6	42,0	25,3	62,1	61,7	63,6	33,3	...
davon										
*Rohstoffe	Mio DM	0,2	1,1	1,3	1,4	1,3	2,1	2,2	2,0	...
*Halbwaren	Mio DM	2,3	4,0	3,4	3,7	3,3	5,7	3,3	3,8	...
*Fertigwaren	Mio DM	4,0	34,5	37,3	20,2	57,5	53,9	58,1	27,4	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mio DM	0,5	2,2	1,7	2,3	1,8	3,5	3,3	3,2	...
*Enderzeugnisse	Mio DM	3,5	32,4	35,6	17,8	55,8	50,4	54,9	24,2	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern <sup>25)</sup>										
UdSSR	Mio DM	-	0,1	-	-	-	15,1	15,9	7,5	...
Niederlande	Mio DM	0,6	2,2	2,5	2,7	3,2	3,8	2,6	3,6	...
Vereinigte Staaten von Amerika	Mio DM	0,3	1,9	2,0	2,2	1,8	1,9	1,7	2,7	...
Dänemark	Mio DM	0,8	2,0	1,7	2,0	2,2	2,9	2,5	2,1	...
Schweden	Mio DM	0,6	3,7	8,4	4,1	3,6	5,5	2,3	2,1	...
Italien	Mio DM	0,2	1,2	1,1	1,3	1,0	1,5	1,0	1,5	...
Schweiz	Mio DM	0,3	1,3	0,9	1,1	1,2	1,8	1,3	1,4	...
Großbritannien	Mio DM	0,1	2,1	5,2	0,6	1,1	1,7	1,3	1,2	...
<b>VERKEHR</b>										
Seeschifffahrt <sup>26)</sup>										
Güterempfang	1000 t	141	244	207	195	274	311	203	112	...
Güterversand	1000 t	86	122	177	133	119	107	130	50	...
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1000 t	.	85	49	61	66	102	91	10	...
*Güterversand	1000 t	.	147	49	65	75	155	124	4	...
Nord-Ostsee-Kanal										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	4 724	3 979	3 688	3 805	4 835	4 737	1 544	...
darunter										
deutsche	%	64,0	62,1	57,7	61,7	60,9	59,5	63,6	57,3	...
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 145	2 580	1 939	2 147	2 893	2 658	1 140	...
darunter										
deutscher Anteil	%	23,3	27,3	23,6	27,2	25,8	23,9	27,5	23,6	...

18) nach den Ergebnissen der monatlichen Bauberichterstattung (Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Jahreszahlen: Durchschnitte jeweils Bauwirtschaftsjahr Oktober bis September. 19) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 20) bis 1955 Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude, ab 1956 nur Neubau und Wiederaufbau 21) 1950 - 1955 Normal- und Notwohnungen; ab 1956 nur Normalwohnungen 22) 1950: Normal- und Notbau; 1954 - 1955: Normalbau 23) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 24) VE = Verrechnungseinheiten 25) ab Dezember 1955 vorläufige Ergebnisse 26) Monatsangaben 1955 und 1956 = vorläufige Zahlen

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1954	1955			1955/56			
		Mts.- bzw. Vj.- Durchschnitt <sup>1)</sup>		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
noch: VERKEHR										
noch: Nord-Ostsee-Kanal										
Güterverkehr										
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 284	3 658	2 834	2 995	4 326	3 949	1 557	...
darunter										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	29,6	26,5	28,6	28,2	26,7	29,6	25,9	...
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	1 660	2 119	1 671	1 906	2 350	2 156	958	...
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 624	1 539	1 163	1 089	1 976	1 793	599	...
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
*insgesamt		1 244	2 407	1 195	1 590	2 987	1 600	1 545	1 509	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	822	131	287	887	127	130	105	...
*Personenkraftwagen		398	939	711	838	1 362	1 031	950	956	...
*Kombinationskraftwagen		.	73	43	52	90	76	65	69	...
*Lastkraftwagen		247	227	129	153	229	232	231	187	...
Straßenverkehrsunfälle <sup>26)</sup>										
*Unfälle insgesamt		826	1 494	1 128	1 232	1 308	1 744	1 354	1 464	1 246
davon										
*nur mit Personenschaden		417	734	70	75	95	85	96	61	100
mit Personen- und Sachschaden		409	761	274	273	397	587	430	283	460
nur mit Sachschaden		17	30	784	884	816	1 072	828	1 120	686
*Getötete Personen <sup>27)</sup>		493	897	16	13	12	26	22	20	20
*Verletzte Personen				404	402	597	822	626	408	672
Fremdenverkehr <sup>28)</sup>										
*Fremdenneumeldungen	1000	61 <sup>i</sup>	103 <sup>i</sup>	33	35	42	35	45	41	...
darunter										
*von Ausländern	1000	3 <sup>i</sup>	17 <sup>i</sup>	2	2	3	4	3	3	...
*Fremdenübernachtungen <sup>28)</sup>	1000	377 <sup>i</sup>	674 <sup>i</sup>	104	101	123	116	130	130	...
darunter										
*von Ausländern	1000	8 <sup>i</sup>	40 <sup>i</sup>	5	5	7	7	6	6	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB)										
*Kredite an Nichtbanken <sup>29)</sup>	Mio DM	565	1 559	1 774	1 758	1 827	2 180	2 185	2 213	...
davon										
*Kursfristige Kredite	Mio DM	405	698	752	752	757	861	847	860	...
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	389	687	746	747	752	857	843	855	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mio DM	161	861	1 021	1 006	1 069	1 318	1 337	1 354	...
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	144	756	897	876	940	1 135	1 151	1 164	...
*Sicht- und befristete Einlagen von Nichtbanken <sup>29)</sup>	Mio DM	397	997	1 124	1 155	1 174	1 245	1 253	1 269	...
darunter										
*von Wirtschaft und Privaten	Mio DM	216	396	438	441	441	493	499	488	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mio DM	123	435	517	529	540	606	618	628	...
darunter										
*bei Sparkassen	Mio DM	89	304	354	362	369	410	418	424	429
*Gutschriften auf Sparkonten	Mio DM	9	37	37	29	32	57	41	...	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mio DM	7	23	27	17	20	48	29	...	...
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	20	17	18	15	17	13	13	15
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	4	4	3	2	3	2	2	5
Wechselproteste	Anzahl	682	1 239	1 323	1 017	1 199	1 477	1 084	...	...
	Wert	1000 DM	517	628	491	541	776	710	...	...
OFFENTLICHE FÜRSORGE										
*Laufend Unterstützte in der offenen Fürsorge										
*Parteien	1000	58 <sup>j</sup>	48 <sup>j</sup>	.	.	48 <sup>k</sup>	42 <sup>m</sup>	.	.	...
Personen										
*absolut	1000	94 <sup>j</sup>	72 <sup>j</sup>	.	.	70 <sup>k</sup>	61 <sup>m</sup>	.	.	...
*je 1000 Einwohner		36,1 <sup>j</sup>	31,1 <sup>j</sup>	.	.	30,7 <sup>k</sup>	27,0 <sup>m</sup>	.	.	...
Aufwand <sup>30)</sup>										
insgesamt										
*absolut	1000 DM	15 499 <sup>+</sup>	19 266 <sup>+</sup>	.	.	24 970 <sup>n</sup>	18 502 <sup>q</sup>	.	.	...
*je Einwohner	DM	6,02 <sup>+</sup>	8,35 <sup>+</sup>	.	.	10,86 <sup>n</sup>	8,12 <sup>q</sup>	.	.	...
darunter für										
Offene Fürsorge										
*Laufende Unterstützung	1000 DM	7 388 <sup>+</sup>	8 006 <sup>+</sup>	.	.	9 136 <sup>n</sup>	6 777 <sup>q</sup>	.	.	...
Einmalige Unterstützung	1000 DM	4 082 <sup>+</sup>	3 215 <sup>+</sup>	.	.	6 031 <sup>n</sup>	4 084 <sup>q</sup>	.	.	...
*Geschlossene Fürsorge	1000 DM	3 900 <sup>+</sup>	7 129 <sup>+</sup>	.	.	8 777 <sup>n</sup>	6 662 <sup>q</sup>	.	.	...

26) Monatsangaben 1955 und 1956 = vorläufige Zahlen 27) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 28) 1955 und 1956 = vorläufige Zahlen 29) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 30) einschl. Sonderleistungen  
 i) Durchschnitt Sommerhalbjahr j) Ø aus 5 Stichtagen k) Stand: 31.3.1955 m) Stand: 31.12.1955 n) 4. Rechnungs- vierteljahr 1954 q) 3. Rechnungsvierteljahr 1955

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1954	1955			1955/56			
		Mts.- bzw. Vj.- Durchschnitt <sup>31)</sup>		Jan.	Febr.	März	Des.	Jan.	Febr.	März
<b>STEUERN <sup>31)</sup></b>										
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	53 722	67 412	43 931	51 827	72 644	81 675	53 482	66 167
davon										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatz- ausgleichsteuer	1000 DM	14 580	23 858	33 777	21 302	18 808	27 248	36 691	22 663	21 234
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	634	658	524	543	674	767	547	735
*Zölle	1000 DM	1 381	4 615	4 915	5 397	4 786	6 239	6 649	4 800	5 692
*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	22 231	25 621	15 118	23 704	33 676	34 761	23 737	34 430
darunter										
*Tabaksteuer <sup>32)</sup>	1000 DM	22 295	14 266	16 793	11 562	12 795	21 520	22 273	17 746	21 732
*Nctopfer Berlin	1000 DM	951	2 384	2 440	1 591	3 987	4 807	2 807	1 736	4 076
außerdem										
*Lastenausgleichsabgaben <sup>33)</sup>	1000 DM	5 569	7 491	5 491	10 800	3 161	10 199	11 686	12 789	8 480
*Landessteuern <sup>34)</sup>	1000 DM	14 273	30 523	33 358	20 061	43 818	49 408	28 788	20 139	41 967
darunter										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	8 955	9 459	8 989	8 734	11 855	13 594	9 183	6 869
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	12 413	13 395	5 047	22 985	22 732	8 484	3 881	21 748
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	288	525	41	66	603	713	120	80
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	4 546	5 397	848	8 899	9 184	1 173	39	8 315
*Vermögensteuer	1000 DM	268	918	374	1 484	232	727	488	2 668	643
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	1 916	2 195	1 650	2 081	2 498	2 708	2 172	2 616
*Biersteuer	1000 DM	248	228	176	243	146	232	215	274	200
Gemeindesteuern										
*Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 <sup>+</sup>	41 121 <sup>+</sup>	.	43 977 <sup>+</sup>	.	.	.	45 703 <sup>t</sup>	.
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 <sup>+</sup>	6 517 <sup>+</sup>	.	6 616 <sup>t</sup>	.	.	.	6 787 <sup>t</sup>	.
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 <sup>+</sup>	10 671 <sup>+</sup>	.	11 116 <sup>t</sup>	.	.	.	11 067 <sup>t</sup>	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 <sup>+</sup>	21 001 <sup>+</sup>	.	23 135 <sup>t</sup>	.	.	.	24 765 <sup>t</sup>	.
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 <sup>+</sup>	2 933 <sup>+</sup>	.	3 110 <sup>t</sup>	.	.	.	3 084 <sup>t</sup>	.
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 <sup>+</sup>	4 352 <sup>+</sup>	.	4 332 <sup>t</sup>	.	.	.	4 834 <sup>t</sup>	.
<b>PREISE</b>										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	103	104	103	103	105	104	p 105	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1938=100	192	235	238	236	-	247	p 245	p 248	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1950=100	100	116	118	118	119	120	120	121	...
landwirtschaftlicher Produkte	1949/50 =100	100	108	110	109	110	118	p 119	p 122	...
Wohnungsbaupreise	1936=100	191	229	.	236	.	.	.	...	.
Verbraucherpreise für sächliche Betriebsmittel der Landwirtschaft	1938=100	162	208	.	214	.	.	.	...	.
Einzelhandelspreise	1950=100	100	104	105	104	104	105	105	105	...
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>35)</sup>	1950=100	100	108	110	109	109	112	112	112	...
darunter										
Ernährung	1950=100	100	114	116	115	115	118	117	118	...
Wohnung	1950=100	100	107	107	107	107	116	116	116	...
Heizung und Beleuchtung	1950=100	100	127	129	129	129	131	131	131	...
Bekleidung	1950=100	100	97	96	97	97	97	97	97	...
Hausrat	1950=100	100	102	102	103	103	103	104	104	...
<b>LÖHNE DER INDUSTRIEARBEITER <sup>36)</sup></b>										
Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste										
*Männer	DM	64,16	89,74	.	93,72	.	.	.	...	.
darunter										
*Facharbeiter	DM	68,90	96,98	.	100,60	.	.	.	...	.
*Frauen	DM	37,09	50,72	.	52,55	.	.	.	...	.
Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste										
*Männer	Pf	130,4	176,7	.	183,0	.	.	.	...	.
darunter										
*Facharbeiter	Pf	139,8	189,6	.	194,9	.	.	.	...	.
*Frauen	Pf	80,8	107,1	.	111,0	.	.	.	...	.
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit										
*Männer	Std	49,2	50,8	.	51,2	.	.	.	...	.
*Frauen	Std	45,9	47,4	.	47,3	.	.	.	...	.

31) Rechnungsjahr 32) ohne Abgabe auf Postsendungen 33) 1950 nur Soforthilfe-Abgaben 34) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an den Einkommensteuern 35) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen 36) Effektivverdienste, nach der vierteljährlichen Lohnsummenstatistik  
t) 1. Oktober bis 31. Dezember



b) Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954
<b>BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT</b>							
Bevölkerung insgesamt	JD	1000	2 611	2 521	2 458	2 385	2 325
darunter 2)							
Vertriebene							
absolut	JD	1000	912	839	754	699	653
in % der Bevölkerung			34,9	33,3	30,7	29,3	28,1
Zugewanderte 3)							
absolut	JD	1000	104	101	131	131	132
in % der Bevölkerung			4,0	4,0	5,3	5,5	5,7
Beschäftigte Arbeitnehmer 4)	30.9.	1000	650	633	653	667	683
darunter in den Wirtschaftsbereichen							
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1000	104	97	95	92	88
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1000	260	249	264	279	294
Handel und Verkehr	30.9.	1000	121	123	130	134	140
Arbeitslose							
insgesamt							
absolut	30.9.	1000	178	157	119	90	75
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9
darunter							
Dauerarbeitslose 5)	30.9.	1000	58	72	58	44	35 <sup>a</sup>
<b>UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR</b>							
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen 6) 7)							
absolut	1.5.	1000	467	436	407	384	359
je 1000 Einwohner	1.5.		177	172	165	160	154
<b>INDUSTRIE 8)</b>							
Beschäftigte							
absolut	JD	1000	109	115	119	126	136
je 1000 Einwohner			41,7	45,7	48,2	52,7	58,4
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mio DM	245	301	334	378	424
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mio DM	68	80	92	103	117
Umsatz 9)	JS	Mio DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747
darunter							
Auslandsumsatz	JS	Mio DM	115	258	322	363	551
Index der industriellen Produktion	JD	1936=100	108	123	127	136	151
je Einwohner berechnet	JD	1936=100	60	71	75	84	95
<b>BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN</b>							
Baufertigstellungen							
Wohnungen 10)							
absolut	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9
je 1000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1
Wohnräume 11)							
absolut	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9
je 1000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3
<b>HANDEL</b>							
Index der Einzelhandelsumsätze insgesamt	JD	1950=100	100	107	110	117	120
Ausfuhr nach Warengruppen							
absolut	JS	Mio DM	87	233	314	375	510
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3
<b>VERKEHR</b>							
Kraftfahrzeugbestand							
Kraftfahrzeuge insgesamt	1.7.	1000	66 <sup>b</sup>	88 <sup>b</sup>	112	139	167
darunter							
Krafträder	1.7.	1000	22 <sup>b</sup>	31 <sup>b</sup>	41	52	63
Pkw	1.7.	1000	20 <sup>b</sup>	27 <sup>b</sup>	34	42	54
Lkw	1.7.	1000	16 <sup>b</sup>	19 <sup>b</sup>	23	26	28
<b>STEUERN</b>							
Bundessteuern							
absolut	Rj.(JS)	Mio DM	536	617	682	647	645
je Einwohner		DM	210	248	277	271	277
Landessteuern 12)							
absolut	"	Mio DM	171	251	329	345	366
je Einwohner		DM	67	101	134	145	158
Gemeindesteuern							
absolut	"	Mio DM	119	140	158	170	182
je Einwohner		DM	47	56	64	71	78

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Stand = Stichtag (Monat), Rj = Rechnungsjahr 2) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingenausweisen A, ab 1952 wie Anmerkung 1, Tab. a 3) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingenausweisen B 1, ab 1952 wie Anmerkung 2, Tab. a 4) Arbeiter, Angestellte und Beamte 5) über 52 Wochen in der Alfa Unterstützte  
6) Stand 1950 - 1952: 15.5. 7) ohne Minderheitsschulen 8) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 9) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 10) 1950/51: Normal- und Notbau, 1952/54: Normalbau  
11) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 12) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils  
a) Stand: 31.8. b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge; der Gesamtbestand, also einschl. der stillliegenden, wurde in diesen beiden Jahren nicht gezählt

c) Kreiszahlen

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung am 31.1.1956						Industrie <sup>3)</sup>		Kraftfahrzeugbestand am 1.1.1956 <sup>5)</sup>			
	insgesamt	darunter				Veränderung in % gegenüber Volkszählung		Beschäftigte am 29.2. 1956	Umsatz <sup>4)</sup> in Mio DM im Febr. 1956	Kraft-räder	Pkw <sup>6)</sup>	Lkw
		Vertriebene 1)		Zugewanderte 2)		1939	1950					
		absolut	in %	absolut	in %							
Flensburg	94 226	21 505	22,8	6 017	6,4	+ 33,0	- 8,4	6 864	16,9	1 635	2 917	1 189
Kiel	257 475	49 161	19,1	15 388	6,0	- 5,9	+ 1,2	31 559	33,7	4 898	8 644	3 884
Lübeck	228 704	68 021	29,7	19 143	8,4	+ 47,7	- 4,0	31 021	47,4	4 054	6 765	2 895
Neumünster	72 437	19 124	26,4	4 126	5,7	+ 33,9	- 1,4	11 070	18,2	1 552	2 364	1 020
Eckernförde	68 246	21 581	31,6	3 668	5,4	+ 59,5	- 21,2	1 495	2,3	2 393	2 032	797
Eiderstedt	20 238	3 858	19,1	1 115	5,5	+ 33,7	- 22,7	317	0,6	933	709	204
Eutin	90 222	30 515	33,8	7 197	8,0	+ 75,2	- 15,8	3 295	7,9	2 815	2 592	990
Flensburg-Land	62 422	15 055	24,1	2 501	4,0	+ 39,7	- 20,8	739	1,6	2 695	2 418	676
Hsgt. Lauenburg	131 500	45 131	34,3	11 312	8,6	+ 80,6	- 12,5	8 023	12,2	5 211	3 625	1 264
Husum	63 277	11 884	18,8	2 304	3,6	+ 33,3	- 19,3	732	1,7	2 477	1 996	695
Norderdithmarschen	61 011	15 774	25,9	2 848	4,7	+ 37,6	- 21,3	810	1,5	1 957	2 201	816
Oldenburg/Holstein	81 950	24 597	30,0	5 186	6,3	+ 54,8	- 17,7	1 085	7,4	3 130	2 643	851
Pinneberg	191 984	59 549	31,0	9 451	4,9	+ 72,3	- 3,9	16 673	42,8	5 972	5 492	2 564
Plön	108 109	29 452	27,2	5 941	5,5	+ 60,3	- 13,0	1 452	4,4	3 899	2 922	1 236
Rendsburg	156 276	43 232	27,7	7 421	4,7	+ 57,3	- 15,6	8 358	10,6	5 317	4 554	2 010
Schleswig	101 043	23 934	23,7	4 732	4,7	+ 30,2	- 20,9	3 255	20,5	3 354	3 408	1 167
Segeberg	92 607	28 739	31,0	5 317	5,7	+ 72,3	- 16,8	4 076	8,9	4 646	3 098	1 255
Steinburg	125 492	37 190	29,6	5 720	4,6	+ 45,7	- 19,6	8 386	19,2	4 519	3 553	1 502
Stormarn	133 859	43 200	32,3	8 106	6,1	+ 97,2	- 8,6	5 453	38,7	4 150	3 434	1 389
Süderdithmarschen	75 965	18 965	25,0	2 905	3,8	+ 40,7	- 22,7	3 463	15,4	2 704	2 554	605
Südtondern	58 885	11 021	18,7	3 228	5,5	+ 27,3	- 18,1	930	1,6	2 301	1 969	710
Schleswig-Holstein	2 275 928	621 488	27,3	133 626	5,9	+ 43,2	- 12,3	149 056	313,2	70 612	69 890	27 719

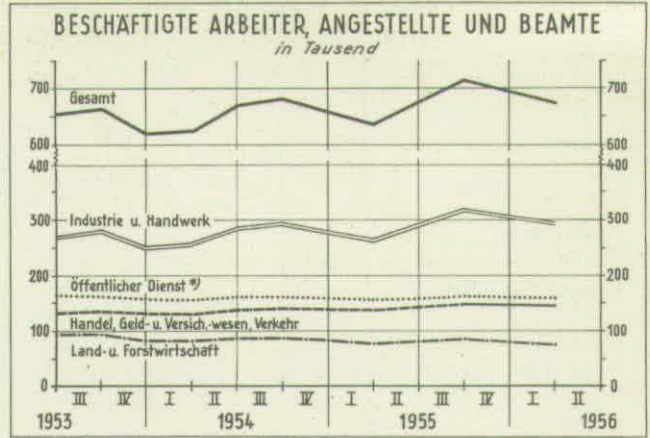
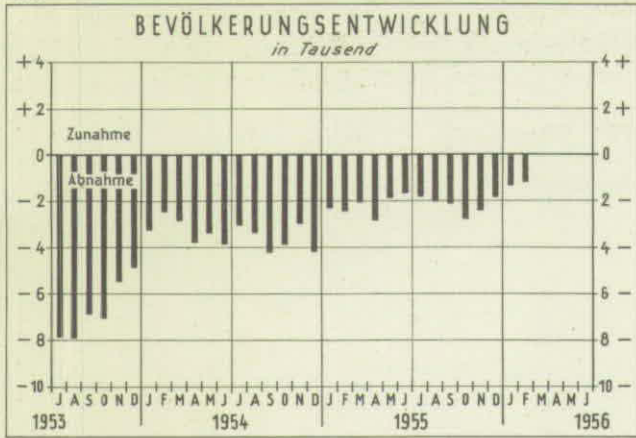
Kreisfreie Städte und Landkreise	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im Jahre 1955						Baufertigstellungen im Jahre 1955		Einnahmen an Gemeindesteuern im Kalenderjahr 1955			
	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden		Wohnungen		Normalwoh-nungen	Normalwohnräume <sup>7)</sup>	insgesamt in 1000 DM	darunter		
	insgesamt	darunter für Wohngebäude	insgesamt	darunter in Wohngebäuden	insgesamt	darunter in ganzen Wohngebäuden				Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme		
										abs. in 1000 DM	abs. in DM	Veränd. in % geg. Kalenderjahr 1954
	1000 DM		1000 qm									
Flensburg	18 469	15 483	348	293	1 103	1 067	569	2 385	8 749	5 344	56,45	+ 9
Kiel	68 738	53 587	1 395	1 085	3 968	3 573	2 480	8 307	30 108	19 997	77,82	+ 14
Lübeck	55 958	40 653	1 222	822	3 132	2 947	1 913	7 100	28 394	18 486	80,57	+ 5
Neumünster	13 472	8 503	277	178	548	522	737	2 826	8 081	5 183	71,65	+ 2
Eckernförde	9 152	7 520	237	173	579	514	454	1 630	3 916	1 232	17,77	+ 22
Eiderstedt	2 892	2 227	58	42	132	119	143	531	1 682	428	20,51	- 3
Eutin	12 854	10 860	293	230	769	718	620	2 391	6 294	2 661	29,28	+ 13
Flensburg-Land	9 073	7 680	239	177	500	479	446	1 594	3 386	1 035	16,38	+ 34
Hsgt. Lauenburg	20 254	15 343	514	327	1 165	1 017	920	3 685	8 624	3 973	30,03	+ 14
Husum	8 307	7 095	202	148	447	411	447	1 685	4 327	1 581	24,62	+ 23
Norderdithmarschen	10 671	8 035	256	168	647	560	368	1 419	4 517	1 622	26,16	+ 9
Oldenburg/Holstein	11 064	8 928	274	193	700	631	645	2 363	5 444	1 847	22,21	- 19
Pinneberg	54 929	42 851	1 107	811	3 091	2 817	2 306	8 659	15 127	9 083	47,66	+ 12
Plön	19 192	15 815	467	342	1 285	1 181	885	3 293	6 320	2 158	19,87	+ 24
Rendsburg	31 365	26 089	734	545	1 696	1 561	1 059	3 880	11 286	5 889	37,34	+ 17
Schleswig	11 251	7 993	284	178	606	499	496	1 746	6 636	2 963	28,80	+ 15
Segeberg	14 215	12 306	366	276	894	771	757	2 923	5 252	2 017	21,52	+ 14
Steinburg	18 178	14 697	429	305	1 027	915	740	2 747	10 228	5 657	44,57	+ 10
Stormarn	23 935	18 930	534	389	1 475	1 129	1 247	4 487	9 099	4 470	33,41	+ 24
Süderdithmarschen	8 511	5 876	206	120	416	357	445	1 446	5 070	2 061	26,82	+ 8
Südtondern	12 789	9 335	341	233	482	438	645	2 772	4 268	1 726	28,83	+ 27
Schleswig-Holstein	435 269	339 806	9 783	7 035	24 662	22 226	18 322	67 869	186 809	99 407	43,40	+ 12

1) Vertriebene sind Personen, die am 1. September 1939 in den (zur Zeit) unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Gebietsstand vom 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 2) Zugewanderte sind Personen, die am 1. September 1939 in Berlin, der sowjetischen Besatzungszone oder im Saargebiet gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 3) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 4) einschl. Verbrauchsteuern 5) endgültige Zahlen 6) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 7) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

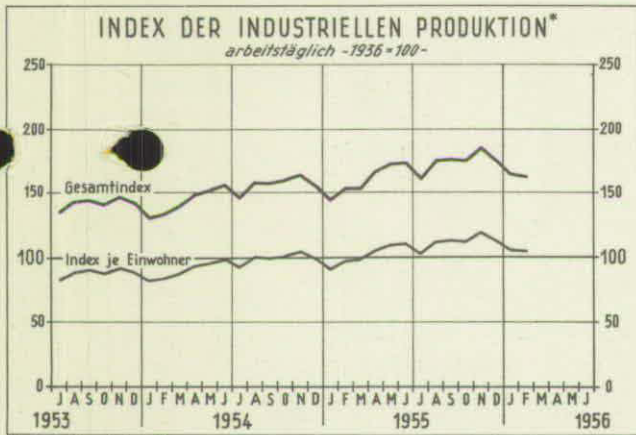


# SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN

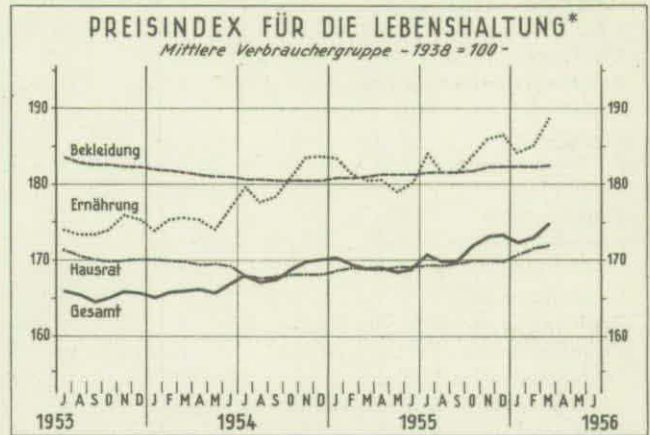
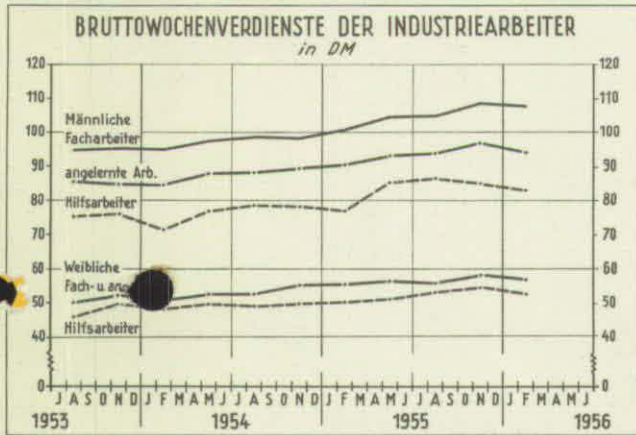
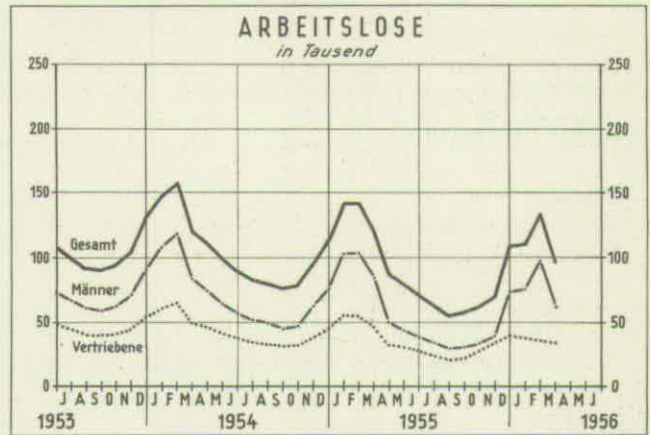
D-1999



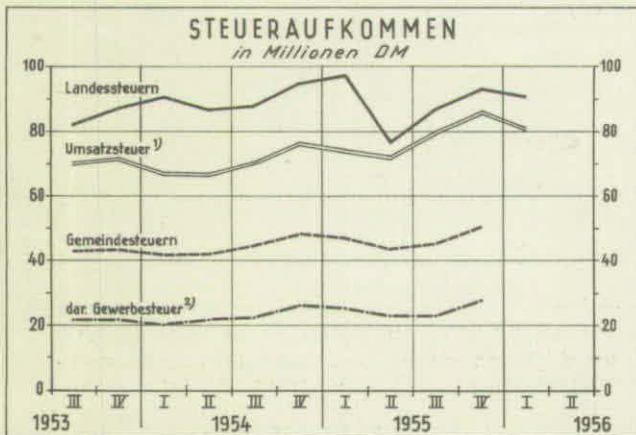
<sup>\*)</sup> einschl. Dienstleistungen im öffentl. Interesse



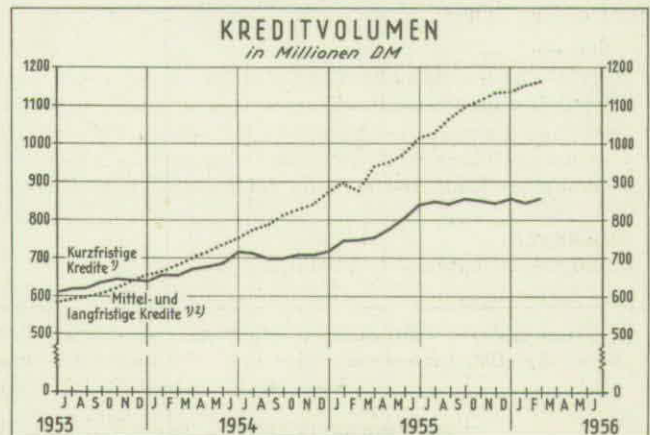
<sup>\*)</sup> ohne Bauwirtschaft



<sup>\*)</sup> 4-Personen Arbeitnehmer-Haushaltung



<sup>1)</sup> einschl. Umsatzausgleichsteuer  
<sup>2)</sup> nach Ertrag und Kapital und nach Lohnsumme



<sup>1)</sup> von Geschäftsbanken an Wirtschaftsunternehmen und Private  
<sup>2)</sup> einschl. durchlaufender Kredite

## Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Im März 1956 sind erschienen:

### Statistische Berichte:

#### Bevölkerung

Wanderungsbewegung – November 1955 –  
Umsiedlung – Dezember 1955 –

#### Gesundheitswesen

Neuerkrankungen an den wichtigsten meldepflichtigen Krankheiten – Februar 1956 –

#### Kultur

Studierende an der Christian-Albrechts-Universität Kiel (nach der kleinen Hochschulstatistik) – Wintersem. 1955/56 –

#### Preise

Preisindexziffern im Bundesgebiet – 4. Vierteljahr 1955 –  
Einzelhandelspreise in Schleswig-Holstein – Februar 1956 –  
Preisindex für die Lebenshaltung – Februar 1956 –  
Erzeuger- und Grosshandelspreise für Agrarerzeugnisse in Schleswig-Holstein – Januar 1956 –

#### Handel

Schnellbericht zur Einzelhandelsumsatzstatistik – Februar 1956 –  
Aussenhandel (Vorläufiges Ergebnis) – Dezember 1955 –

#### Verkehr

Seeschiffahrt Schleswig-Holsteins in den Jahren 1950 – 1953 aus der Statistik nach Verkehrsbezirken  
Strassenverkehrsunfälle in Schleswig-Holstein (Vorläufiges Ergebnis) – Februar 1956 –

#### Fürsorge

Kriegsbeschädigte und Schwerbeschädigte – Stand 31. Dezember 1955 –  
Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen – 4. Vierteljahr 1955 –

#### Handwerk

Handwerksberichterstattung – 4. Vierteljahr und Jahresergebnisse 1955 –

#### Industrie

Schleswig-holsteinische Industrie (Monatlicher Industriebericht) – Januar 1956 –

#### Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein – Januar 1956 –

#### Landwirtschaft

Beabsichtigter Anbau von Gemüse zum Verkauf in Schleswig-Holstein im Jahre 1956  
Ernteflächen und Erträge von Heil- und Gewürzpflanzen im Jahre 1955  
Schlachtungen und Fleischanfall – Jahreszusammenstellung 1955 –  
Schlachtungen in Schleswig-Holstein – Januar 1956 –  
Milcherzeugung und -verwendung in Schleswig-Holstein im Jahre 1955 und im Januar 1956  
Vollmilchanlieferungen an die Meiereien, Milchbe- und -verarbeitung – Jahreszusammenstellung 1955 –

#### Finanzen

Persönliche Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände – 3. Rechnungsvierteljahr 1955 –  
Einnahmen aus Gemeindesteuern – 3. Rechnungsvierteljahr 1955 –  
Stand und Bewegung der kommunalen Inlandschulden – 3. Rechnungsvierteljahr 1955 –  
Kommunale Bauinvestitionen – 3. Rechnungsvierteljahr 1955 –  
Personal der Landesverwaltung, aufgliedert nach Ortsklassen – Stand 2. 10. 1955 –

#### Bautätigkeit

Baufertigstellungen – 4. Vierteljahr 1955 –

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein – Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahres-  
bezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM. – Bestellungen nimmt entgegen: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein  
Kiel, Mecklenburger Str. 54, Fernruf: Kiel 31 671, Hausapp. 371

Postbezugspreis entfällt, da nur V-Stücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.